

Der Ausschluss aus dem Schriftstellerverband der DDR

„Wie habt ihr euch damals verhalten, Meister des Wortes, als es darauf ankam, sich zählen zu lassen?“ (Stefan Heym)

Am 7. Juni 1979 schloss der Schriftstellerverband der DDR neun seiner Mitglieder aus. Unter ihnen auch der berühmte Autor Stefan Heym. Die damalige Debatte innerhalb des Verbandes zeigte das Spannungsfeld, in dem sich die Autoren in der DDR bewegten, zwischen realistischem Anspruch und politischer Beeinflussung.

Der Kampf um Öffentlichkeit

Welche Aufgabe hatte die Literatur in der DDR? Welche Aufgabe die Kunst? Diese Frage darf bei der Betrachtung der veröffentlichten Literatur, beim Umgang mit Kunst und Kultur in der DDR nicht aus dem Auge verloren werden. Unterhaltung, Reflexion der sozialen Verhältnisse, Hilfe, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen, Vermittlung von Lehren (Brecht), Widerspiegelung der Wirklichkeit mit künstlerischen Mitteln, Bestandteil der, so die Lesart der Ideologen, Klassenauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus? Sicher hatte die Kunst in der DDR von alledem ein bisschen zu transportieren. Die 1928 von Friedrich Wolf (1888 - 1953) gehaltene Rede „Kunst ist Waffe“ umreißt die starke Politisierung der Kunst und vor allem der Literatur im Bund proletarischer Schriftsteller, die später auch der Kulturpolitik der DDR als Grundlage diente. Allerdings weisen auch viele Stücke Bertold Brechts eine starke sozialistische Parteilichkeit auf, die im historischen Kontext gesehen werden muss. Musste (oder durfte) dabei aber die kritische Auseinandersetzung mit der Realität auf der Strecke bleiben? Oder hätte nicht gerade in ihr eine Chance für das gesamte System gelegen? Das sind Fragen, die sich bei der Auseinandersetzung mit dem Ausschluss der neun Autoren aus dem Schriftstellerverband der DDR ergeben.

Die Situation

Am 7. Juni 1979 schließt der Schriftstellerverband der DDR neun seiner Mitglieder aus.[1] Unter ihnen der Autor von „Kreuzfahrer von heute“ Stefan Heym, der 1933 aus Deutschland emigrieren musste und als Angehöriger der US-

Armee an der Befreiung Deutschlands vom NS-Regime beteiligt war.

Weshalb diese Entscheidung? Ging es um das Öffentlichkeitsmonopol der SED?

Die Schriftsteller sollten das Leben im Sozialismus realistisch darstellen. Bei der Reflexion der Probleme und Schwierigkeiten im gesellschaftlichen Leben der DDR erhielten sie allerdings schnell ein staatsfeindliches Etikett. Ein unauflösbarer Widerspruch! So war auch die alltägliche Praxis sehr widersprüchlich. Einige Veröffentlichungen wurden unterbunden, andere, teils ebenso kritische Bücher, erschienen aber trotzdem. Die Zensur ging oft recht merkwürdig vor. So wurden drei Bücher von Stefan Heym infolge verboten - 1973 durften sie plötzlich erscheinen.

Was war vorausgegangen?

Diese Unberechenbarkeit der verantwortlichen „Kulturpolitiker“ animierte einige Autoren andere Wege zu gehen, um Öffentlichkeit zu erzielen: Sie nutzten die Verlage und die Medien in der BRD. Romane und Gedichtbände, die nicht erscheinen konnten, wurden im Westen veröffentlicht. Die DDR-Führung hatte nur zwei Möglichkeiten: Sie musste ihre restriktiven Beschränkungen etwas zurücknehmen oder die Nutzung der westlichen Medien unterbinden. Sie entschied sich für den Konfrontationskurs. Eine Lockerung der Zensur wäre ohne wirkliche Reformen nicht denkbar gewesen. Und für Reformen war das Gesamtsystem bereits zu sehr erstarrt! So musste eine Verschärfung des Devisengesetzes dafür herhalten, kritisches Denken und vor allem kritisches Schreiben zu unterbinden, es wurde zum Druckmittel gegen widerspenstige Schriftsteller.

Das Strafrecht wurde als Reservegeschütz in Stellung gebracht. Wer ohne Einwilligung des Büros für Urheberrechte im Ausland veröffentlichte, wurde wegen Devisenvergehens mit hohen Geldstrafen belegt. Ebenso wurde das Strafrecht verschärft. Der Paragraph 219 besagte unter anderem: Es ist zu bestrafen „wer als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik Nachrichten, die geeignet sind den Interessen der Deutschen Demokratischen Republik zu schaden, im Ausland verbreitet oder verbreiten lässt.“[2] Damit konnte jede kritische Äußerung, die im Ausland veröffentlicht wurde, bestraft werden. Dieser Teil des Strafrechts diente vor allem der Abschreckung. Doch viele Schriftsteller und Künstler zeigten spätestens bei den Auseinandersetzungen über die

Biermann-Ausbürgerung, dass sie nicht bereit waren, auf die Öffentlichkeit zu verzichten, die ihnen die westlichen Medien boten.

Seit der Ausbürgerung Wolf Biermanns hatte sich unter vielen Schriftstellern eine Verbitterung gegenüber der Politik der DDR-Führung verfestigt. Stefan Heym veröffentlichte seinen Roman „Collin“ in der BRD ohne die Zustimmung des Büros für Urheberrechte, die er gewiss auch nicht erhalten hätte. Daraufhin wurde er wegen des Verstoßes gegen das Devisengesetz verurteilt und musste 9.000 Mark Strafe zahlen. Im Zentralorgan des ZK der SED, dem „Neues Deutschland“, wurde Stefan Heym als „ehemaliger USA-Bürger“ denunziert.

Kritik innerhalb des Systems am System

Trotzdem waren viele Schriftsteller nicht mehr bereit, die ständigen Einschränkungen und Behinderungen in ihrer Arbeit widerstandslos hinzunehmen. So unterzeichneten acht Schriftsteller[3] einen Brief an den SED-Generalsekretär Erich Honecker. In diesem Brief heißt es unter anderem: „ ... mit wachsender Sorge verfolgen wir die Entwicklung unserer Kulturpolitik. Immer häufiger wird versucht, engagierte, kritische Schriftsteller zu diffamieren, mundtot zu machen oder, wie unseren Kollegen Stefan Heym, strafrechtlich zu verfolgen. Der öffentliche Meinungsstreit findet nicht statt. Durch die Koppelung von Zensur und Strafgesetzen soll das Erscheinen kritischer Werke verhindert werden.“[4] Diese scharfe Kritik an der DDR-Kulturpolitik wurde begleitet von einer Darstellung ihres Selbstverständnisses als Schriftsteller der DDR. „Wir sind der Auffassung, dass der Sozialismus sich vor aller Öffentlichkeit vollzieht; er ist keine geheime Verschlussache. Über seine Erfolge und Niederlagen, das heißt über unsere Erfahrungen zu schreiben, halten wir für unsere Pflicht und unser Recht.“ Natürlich wurde dieser Brief in der DDR-Presse nicht veröffentlicht. Nach einer Woche unterrichteten die Briefunterzeichner die westdeutsche Presse über den Brief und seinen wesentlichen Inhalt. Diese Verzögerung hatte mehrere Gründe. Die Unterzeichner wollten der DDR-Regierung Verhandlungsbereitschaft signalisieren und den Verdacht vermeiden, sie wollen über die Medien der BRD mit der DDR-Regierung diskutieren. Da sie aber auch die Öffentlichkeit über ihre Unterstützung für Stefan Heym informieren wollten, beschlossen die Autoren, die westdeutsche Presse zwar zu informieren, aber ohne ihr den genauen Wortlaut des Briefes zu übermitteln und mit der bereits erwähnten zeitlichen Verzögerung.

Die Antwort

Die Reaktion erfolgte prompt. Ein polemischer offener Brief von Dieter Noll an Erich Honecker wurde im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht. In dem Brief versicherte Noll, dass die Schriftsteller voll hinter der Partei und der Kulturpolitik der Regierung stünden, mit der Ausnahme, dass es „einige wenige kaputte Typen wie die Heym, Seyppel oder Schneider ... gibt.“[5] Auch das Referat Hermann Kants, das ebenfalls im „Neuen Deutschland“ erschien, muss als direkte Reaktion auf den, in der DDR nie veröffentlichten Brief, verstanden werden. „Wer die staatliche Lenkung und Planung auch des Verlagswesens Zensur nennt, macht sich nicht Sorge um unsere Kulturpolitik, er will sie nicht.“[6] Deutlich wird in dem Referat auch, dass Kant die Aufgaben der Literatur darin sieht, dem Ansehen der DDR zu dienen. Eine wirkliche Kritik kommt damit nicht in Frage. Hermann Kant hatte 1978 die Nachfolge von Anna Seghers als Präsident des Schriftstellerverbandes übernommen. Er hat Strittmatter, Hermlin und zeitweilig auch Erich Loest gegen Widerstände aus der Parteiführung unterstützt. Nun wurde er zum Vollstrecker der offiziellen Parteilinie gegenüber den kritischen Schriftstellern. Denn die SED-Führung wollte es nicht bei verbaler Polemik bewenden lassen, sondern an den renitenten Schriftstellern ein Exempel statuieren.

Die Ausschlüsse werden vorbereitet

So wurde ein groß angelegtes Ausschlussverfahren aus dem Schriftstellerbund der DDR geplant. Der Schriftstellerverband besaß einige Bedeutung für die materielle Absicherung seiner Mitglieder. Über den Schriftstellerverband erhielt man z.B. Aufträge und eine Steuernummer, die überhaupt erst eine freiberufliche Tätigkeit erlaubte. Die Folgen eines solchen Ausschlusses waren also für die konkrete Person erheblich. Doch wer sollte ausgeschlossen werden? Die acht Unterzeichner des Briefes an Honecker boten sich an, doch zwei waren bereits aus dem Verband ausgetreten. Es wurde versucht, Erich Loest auszuschließen, allerdings in seinem Fall ohne Erfolg. Er hatte im Regionalverband Leipzig einen zu großen Rückhalt. Er trat 1980 aus dem Verband aus und verließ die DDR. Für diese drei wurden vier andere den Auszuschließenden zugeschlagen. Sie alle waren durch Veröffentlichungen im Westen, kritische Briefe oder Sympathiebekundungen für Dissidenten negativ aufgefallen. Stefan Heym stand auf der Liste ganz oben, wurde er doch für die Krise verantwortlich gemacht. Stefan Heym zählte zu den Schriftstellern und Künstlern, wie Bertold Brecht und Anna Seghers, die nach 1945 aus dem Exil freiwillig und bewusst in

die DDR gegangen waren. Dem überzeugten Kommunisten Heym wurde antikommunistische Hetze vorgeworfen, dem weltberühmten Schriftsteller wurde vorgehalten, sein kritisches Buch „Collin“ befände sich auf dem Niveau eines Kossak. Schon lange vorher hat Wolfgang Leonhard einen Satz geschrieben, der gut auf diese Ereignisse passt: „Die Revolution frisst ihre Kinder!“ Den Autor Stefan Heym anzugreifen, bedeutete auch ein erheblicher Imageschaden für die DDR. Offensichtlich war die Politik der DDR-Führung bereits stark defensiv. Sie unterdrückte jeden Hauch von Opposition, weil sie spürte, dass ihr die Gesamtsituation entglitt und jede noch so schwache Opposition ihr Ende bedeuten könnte.

Die Umsetzung

Das Ausschlussverfahren war gut vorbereitet, und am Ausgang konnte es keinen Zweifel geben. Trotzdem sind die Debatten äußerst interessant. In den Reden ging es um wichtige Fragen. Darf man sich als Schriftsteller der DDR in der westdeutschen Presse kritisch zur DDR äußern? Diese Frage stand im Zentrum der Debatte. Viele Schriftsteller bezeichneten dies Mittel als ungeeignet, obwohl sie die Probleme, kritische Literatur und Stellungnahmen zu veröffentlichen, aus eigener Erfahrung kannten. Wie Stefan Heym allerdings richtig dazu anmerkte: „Ich würde lieber auf diese Anwürfe ... in unserer Presse antworten. Aber schon seit Jahren steht mir unsere Presse nicht mehr offen. Und so kann ich, wenn ich die Menschen in der DDR erreichen will, nur noch diesen Weg gehen.“[7] Hier möchte ich zur Eingangsfrage zurückkommen: Welche Aufgabe hatte die Literatur in der DDR? Diese Frage stand auch im Mittelpunkt. Hermann Kant meinte dazu: „Unsere Literatur genießt auch deshalb in diesem Land Ansehen, weil sie zum Ansehen des Landes beigetragen hat. ... Werktätig ist man hier nicht nur, wenn man in einem Werk tätig ist, sondern auch an einem, einem Literarischen zum Beispiel.“[8] Die Literatur ist nach Auffassung Kants dem Land und der Politik verpflichtet und darf dem nicht entgegenstehen.

Die Stellung Stefan Heyms dazu hat dieser selber klar formuliert: Kritische Literatur mag mit kurzfristigen politischen Überlegungen nicht übereinstimmen, doch Literatur soll „auch in zwanzig oder fünfzig Jahren noch gültiges über unsere Zeit aussagen. ...wer die Kunst irgendwelchen taktischen Bedürfnissen unterwerfen will, vernichtet gerade die Kunst, die der Sozialismus braucht.“[9] „Man wird versuchen, das ist auch der Zweck dieses Verfahrens, mich aus dem Land zu graulen. Ich möchte sagen, daß ich diese Republik nicht

freiwillig verlassen werde.“[10] Ein klares Bekenntnis zu einer antikapitalistischen Grundauffassung, der Heym auch nach der Wiedervereinigung als Alterspräsident des Deutschen Bundestages treu blieb.

Während der ganzen Debatten bekam nur Stephan Hermlin großen Beifall, seine Rede sollte es also wert sein, genauer betrachtet zu werden. Stephan Hermlin nahm eine vermittelnde Position ein. Er sprach gegen die Veröffentlichungen im Westen und von dem Hang einiger Schriftsteller, sich mehr mit Interviews und offenen Briefen zu beschäftigen als mit dem Schaffen von Literatur. Aber auch gegen die Ausschlüsse wendete er sich sehr deutlich. Er war sich der Probleme bewusst, hoffte aber eine Einigung zwischen Schriftstellern und Staatsführung erreichen zu können. „Wir haben eine lange Tradition im Nichtertragen anderer Meinungen und im Glauben daran, daß die eigene Meinung die Alleinseligmachende ist.“[11]

Er plädiert für die Rückkehr zur Vernunft und die Unterbrechung des gegenseitigen Hochschaukelns dieses Konflikts. Er forderte auch auf, sich der Probleme der Schriftsteller anzunehmen: „Wir Marxisten haben immer nach den Ursachen von Handlungen und Verhaltensweisen gefragt, um fehlerhafte Handlungen und Verhaltensweisen verändern zu können, wo ihnen das möglich sein müsste. Wenn Schriftsteller der DDR sich dort äußern, wo sie sich eigentlich nicht äußern sollten, so liegt es daran, dass sie sich oft nicht äußern können, wo ihnen das möglich sein müsste.“[12] Allerdings ahnte er bereits, dass seine vermittelnde Position in der aufgeheizten Atmosphäre nicht mehr zeitgemäß war. Die Fronten hatten sich zu stark verhärtet. Der Ausschluss wurde mit großer Mehrheit (circa 80%) beschlossen.

Schlussbetrachtung

Die DDR-Führung hatte demonstriert: Kritische Literatur ist unerwünscht! Bereits damals war das gesellschaftliche System so erstarrt, dass es zu Reformen nicht mehr fähig war. Als es 1989 die Kritik nicht mehr ersticken konnte, zerfiel es. Das Problem ist das nicht nur in der DDR anzutreffende schwarz-weiß malen. Es gibt nur Gut oder Böse, Freund oder Feind. Wer in der Westpresse veröffentlicht oder gar Kritik an der DDR äußert, kollaboriert mit dem Klassenfeind, ist der Feind.

Nach Gründen, dem „Wieso?“, wurde nicht gefragt. Aus Sicht der Staats- und Parteiführung zählte die BRD zur „Achse des Bösen“. Die SED-Führung hatte den

Kampf gewonnen - aber es war ein Pyrrhussieg. Hunderte Künstler verließen die DDR. Es waren Menschen, die eigentlich loyal zur DDR standen, die der gesellschaftlichen Idee „Sozialismus“ aufgeschlossen begegnet waren. Sie wurden in die Gegnerschaft gezwungen, wenn sie ihren kritischen Geist bewahren wollten.

Die zahlreichen Protestbriefe zeigen, wie der Ausschluss von vielen Menschen in der DDR reflektiert wurde. Protestbriefe gegen den Ausschluss kamen unter anderem von Christa Wolf und Günther de Bruyn, die natürlich auch gegen den Ausschluss gestimmt hatten. Stefan Heym wusste natürlich von dem Druck, der auf viele der Anwesenden bezüglich der Abstimmung ausgeübt wurde.

Doch er erinnert daran, „dass eines Tages ihre Söhne und Töchter sich bei ihnen erkundigen werden... Wie habt ihr euch damals verhalten, Meister des Wortes, als es darauf ankam, sich zählen zu lassen?“[\[13\]](#)

Quelle

Walther, Joachim u.a. (hg.): Protokoll eines Tribunals - Die Ausschlüsse aus dem DDR-Schriftstellerverband 1979.

Literatur

Heym, Stefan: Wege und Umwege München. 1980.

Jäger, Manfred Kultur und Politik in der DDR Köln 1994.

Mittenzwei, Werner: Die Intellektuellen - Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 2000. Leipzig 2001.

[1] Kurt Bartsch, Adolf Endler, Stefan Heym, Karl-Heinz Jakobs, Klaus Poche, Klaus Schlesinger, Rolf Schneider, Dieter Schubert und Joachim Seyppel.

[2] Jäger: Kultur und Politik in der DDR S.169.

[3] Kurt Bartsch, Jurek Becker, Adolf Endler, Erich Loest, Klaus Poche, Klaus Schlesinger, Dieter Schubert und Martin Stade.

[4] Walther: Protokoll eines Tribunals S.65.

[5] Walther: Protokoll eines Tribunals S.97.

[6] Walther: Protokoll eines Tribunals S.106.

[7] Heym: Wege und Umwege S.381.

[8] Walther: Protokoll eines Tribunals S.109.

[9] Walther: Protokoll eines Tribunals S.47.

[10] Heym: Wege und Umwege S.381.

[11] Walther: Protokoll eines Tribunals S.57.

[12] Walther: Protokoll eines Tribunals S.56.

[13] Walther: Protokoll eines Tribunals S.47.

Erinnerungskultur zwanzig Jahre nach dem Mauerfall

2009 war das Erinnerungsjahr schlechthin. Zum zwanzigsten Mal jährte sich der Fall der Berliner Mauer - ein Ereignis, das letztlich den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands freigemacht hat und aufgrund seiner historischen Bedeutung in vielerlei Hinsicht gewichtige Gründe zur Erinnerung lieferte. So war die "friedliche Revolution 2009" in aller Munde und so aktuell wie nie zuvor. Und das, obwohl bis dato dem Begriff der "Wende" eindeutig der Vorzug gegeben worden war. Ich betrachte die Erinnerungskultur nach dem Mauerfall aus tiefenpsychologischer Perspektive.

Die Angebote anlässlich des 20. Jubiläums der Wiedervereinigung in 2009 entwickelten eine so große Bandbreite, insbesondere in der Hauptstadt Berlin,

dass der Interessierte seine Mühe hatte, Schritt zu halten, geschweige denn, das vielfältige Veranstaltungsprogramm auch nur ansatzweise umfassend in Anspruch zu nehmen. Weder Tageszeitungen, noch Magazine ließen sich die Gelegenheit entgehen, um entsprechende Artikel oder gleich ganze Sonderausgaben mit historischem Charakter zu veröffentlichen, vom seriösen Traditionsblatt bis zur Boulevardpresse. Sonderausstellungen, allen voran die frei zugängliche Ausstellung zur friedlichen Revolution auf dem Alexanderplatz in Berlin, wurden eigens installiert, letztere wegen der großen Resonanz sogar bis 2010 verlängert. Podiumsdiskussionen zu den Themenbereichen Mauerfall und friedliche Revolution nahmen in der Regel deutlich kontroverse Züge an und auch der Büchermarkt wurde 2009 von einer Flut an Neuerscheinungen regelrecht überschwemmt: Unter anderem durch ein Werk von Harald Jäger, dem Grenzbeamten, der am Grenzübergang Bornholmer Straße nach eigenem Ermessen den Befehl gegeben hatte, den Schlagbaum zu öffnen – höchstpersönlich. Nicht wenige der damaligen Akteure traten verstärkt öffentlich in Erscheinung und so mancher hätte sich rückblickend wohl gerne als Initiator eines der wichtigsten Ereignisse in der deutschen Geschichte hochstilisieren lassen.

Die Feierlichkeiten fanden schließlich im Fest der Freiheit am Brandenburger Tor mit zahlreichen internationalen Staatsoberhäuptern und Tausenden von Besuchern ihren Höhepunkt. Doch nicht alle teilen die, in den offiziellen Reden schon zum Teil ins Pathetische ausufernden Darstellungen einer erkämpften Freiheit, die zum wiedervereinten Deutschland führte. Nicht jeder ist mit der deutschen Einheit einverstanden. Nicht alle sind darüber erfreut und erleichtert, dass die DDR als totalitäres System überwunden worden ist. Ja manch einer hat gar seine Probleme damit, wenn der ehemalige Arbeiter- und Bauernstaat als „Unrechtsstaat“ bezeichnet wird. So tauchten z.B. Anfang November 2009 in Berliner Wohnvierteln Plakate mit dem Text auf: *“Wir sind ein Volk und ihr seid ein anderes – Ostberlin, 9. November 2009“*. Angesichts dieser politischen Agitation drängt sich verständlicherweise die Frage auf, wer der Initiator dieser Plakate wohl sein mag bzw. welche Motivationsmuster hierbei zugrunde liegen. Wer differenziert nach zwanzig Jahren Mauerfall immer noch so deutlich zwischen Ost und West und warum ist es dem- bzw. denjenigen so wichtig, diese Sichtweise nach außen zu tragen und dafür Zeit und Geld in qualitativ hochwertige Plakate zu investieren? Weshalb gibt es nach zwanzig Jahren noch nicht einmal einen Konsens darüber, als was die ehemalige DDR zu verstehen ist?

Warum finden zwischen Historikern und Interessenverbänden polarisierte Streitigkeiten über Deutungshoheiten statt, wenn es um die Interpretation der ehemaligen DDR und deren Zerfall geht? Wie ist das Phänomen der sogenannten "Ostalgie" zu verstehen? Wie kommt es, dass im vereinten Deutschland in Bezug auf dieses vierzigjährige Kapitel der deutschen Geschichte noch immer eine solche Uneinigkeit vorherrscht? Fest steht, dass die Ereignisse von 1989, die zum Ende der DDR und im weiteren Verlauf zur Wiedervereinigung führten, sowohl in Fachkreisen als auch in der Öffentlichkeit sehr unterschiedlich interpretiert und kontrovers diskutiert werden.

Ebenso kontrovers wird die Auseinandersetzung darüber geführt, als was die DDR rückblickend angesehen werden kann oder angesehen werden sollte. Diesbezüglich finden unter anderem Begriffe wie "Unrechtsstaat", "Fürsorgediktatur" oder gar "Ohnrechtsstaat" Verwendung, während einige Diskutanten wiederum darauf beharren, dass es sich bei der DDR um einen souveränen und international anerkannten Rechtsstaat gehandelt habe.[1. vgl.: Sabrow, M.: Der ostdeutsche Herbst 1989 - Wende oder Revolution? Festkolloquium zu Ehren von Hans-Ulrich Thamer, LWL-Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte, 11.10.2008, 11.00-11.30.] Nach Martin Sabrow ist die Erinnerung an den Umbruch von 1989 in der Tat in starkem Maße fragmentiert und weist auf ein mehrfach gespaltenes Milieugedächtnis hin, in dem voneinander abgeschottete Bilder der DDR-Vergangenheit weitgehend unverbunden nebeneinanderstehen. Während die politische Diskussion im öffentlichen Diskurs von einer "Revolutionserinnerung" dominiert wird, in welcher die DDR als einen mutig überwundenen Unrechtsstaat konturiert wird, existiert dazu parallel ein in Netzwerken organisiertes Milieugedächtnis mit sowohl politischer als auch fachlicher Natur früherer DDR-Eliten, das eine vereinigungskritische Anchlusserinnerung pflegt, die die DDR zum einen als Normalstaat und zum anderen die Wiedervereinigung als eine Form von kolonialer Unterwerfung mit Zustimmung der Kolonisierten in gezielter Analogie zum Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 1938 darstellt.[2. vgl.: Sabrow, M.: Der ostdeutsche Herbst 1989 - Wende oder Revolution? Festkolloquium zu Ehren von Hans-Ulrich Thamer, LWL-Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte, 11.10.2008, 11.00-11.30.]

Die Art und Weise, wie in der Öffentlichkeit reagiert wird, sobald in Bezug auf die DDR Stellung bezogen wird, zeigt überdeutlich, um was für einen sensiblen

Bereich es sich handeln muss, wenn es um die Erinnerung an die DDR geht, der durchaus für Zündstoff sorgen kann. So geriet der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern Erwin Sellering (SPD) im Gedenkjahr 2009 mit relativierenden Äußerungen gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Bedrängnis. Wörtlich sagte er: *„Ich verwahre mich dagegen, die DDR als totalen Unrechtsstaat zu verdammen, in dem es nicht das kleinste bisschen Gutes gab. Die alte Bundesrepublik hatte auch Schwächen, die DDR auch Stärken.“* Sellering räumte in dem Interview zwar ein, dass es keine Kontrolle durch unabhängige Gerichte gegeben habe, weshalb zur DDR auch immer ein Schuss Willkür und Abhängigkeit gehörten, er habe aber Bedenken gegen eine Diskussion, die sich nur auf die DDR beschränkten. Es sei nicht ein idealer Staat auf einen verdammenswerten Unrechtsstaat gestoßen. Diese Äußerungen sorgten in politischen Kreisen, insbesondere bei der CDU für Empörung. So warf der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Harry Glawe, Sellering eine *„gefährliche Relativierung des Unrechtsstaates DDR“* vor. Die Aussagen Sellerings bezeichnete er als *„unerträglich“*. Die DDR sei auf einem Lügen-System aufgebaut gewesen. Für persönliches Vorankommen sei staatskonformes Denken die wichtigste Voraussetzung gewesen. Der Landesvorsitzende der Jungen Union, Marc Reinhardt, sagte diesbezüglich: *„Als Ministerpräsident eines neuen Bundeslandes und gebürtiger Nordrhein-Westfale ist es anmaßend, sich über eine nicht erlebte Vergangenheit derartig zu äußern“*.

Das Unrecht in der DDR 20 Jahre nach der Wiedervereinigung öffentlich infrage zu stellen, zeuge nicht nur von einem verklärten Geschichtsbild, sondern stelle gleichzeitig eine Ohrfeige für alle Opfer und ihre Angehörigen dar. Und der FDP-Fraktionschef im Schweriner Landtag, Michael Roolf, empfahl Sellering einen Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, wo politisch Verfolgte ohne Anklageerhebung und Prozess eingesperrt hätten und psychisch wie physisch gefoltert worden seien. Das System der DDR sei praktisch und rechtlich auf Kontrolle und Unterdrückung Andersdenkender ausgerichtet gewesen.[3. vgl.: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,614790,00.html> - (Letzter Zugriff: 02.05.2010, 21:13 Uhr).] Einen Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen empfiehlt unterdessen auch deren Leiter Hubertus Knabe jedem, der behauptet, dass die DDR kein Unrechtsstaat gewesen ist, und zieht öffentlich unverblümt Parallelen zum Nationalsozialismus, wodurch dieser durchaus Kritik auf sich zieht und sich entsprechend streitbar macht. Hans-Joachim Veen problematisiert, dass aus der „Prädominanz der NS-Vergangenheit

im Geschichtsbewußtsein der Deutschen“ heraus der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur bis heute nur unzureichend Geltung verschafft werden würde. Bei der Aufarbeitung der DDR könne es nicht um eine, aus seiner Sicht fragwürdige Gleichsetzung beider Diktaturen gehen. Stattdessen müsse sich die Erinnerung an die kommunistische Diktatur vielmehr von allen Analogieversuchen emanzipieren und die Besonderheiten der Herrschaftsausübung in der DDR, sowohl in Bezug auf deren Widersacher als auch deren Opfer, herausstellen.[4. vgl.: Veen in: März, P. /H-J. Veen (Hg): Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur. Köln 2006, S. 8f.]

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM) rief ein Kolloquium zum Thema “60 Jahre Gründung der DDR“ ins Leben. In dessen Rahmen hielt der Vorsitzende der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GRH), Hans Bauer, eine Rede, in der sich dieser in aller Deutlichkeit dagegen aussprach, die DDR als einen Unrechtsstaat zu bezeichnen. Der Begriff “Unrechtsstaat“, der aus rechtswissenschaftlicher Sicht nicht existiere, stelle einen zentralen Bestandteil dar, um die DDR zu delegitimieren und die Erinnerung an die DDR zu verzerren sowie positive Erinnerungen nach Möglichkeit zu tilgen. Durch die Verwendung des Begriffs “Unrechtsstaat“ soll, seiner Ansicht nach, vermittelt werden, dass die DDR von Anfang bis Ende unrecht gewesen wäre, was einer Geschichtsfälschung gleichkäme. Dies habe zu einer massenhaften politischen Strafverfolgung nach der Wiedervereinigung geführt, wodurch die Biografien von Millionen Menschen bis zur Unkenntlichkeit verfälscht worden wären. Der Begriff “Unrechtsstaat“ sei sachlich grob unangemessen und würde möglicherweise sogar die Menschenwürde verletzen.[5. vgl.: http://www.gbmev.de/archiv/Die_DDR_war_kein_Unrechtsstaat_GBM_Kolloquium_60_Jahre_DDR.htm - (Letzter Zugriff: 02.05.2010, 22:13 Uhr).] Solche Gegensätze zeigen auf, dass ein regelrechter Kampf um die entsprechende Deutungshoheit geführt wird, der schon längst über die fachliche Diskussion hinaus zu einem regelrechten Politikum geworden ist.

Ähnlich kontroverse Züge nimmt die öffentliche Wahrnehmung an, wenn es um das Phänomen der “Ostalgie“ geht. Während Symbole und Konsumgüter der DDR nach dem Fall der Mauer in den neuen Bundesländern aus dem öffentlichen Raum recht schnell verschwanden und stattdessen ein museales Nischendasein führten,

ist seit einigen Jahren diesbezüglich eine regelrechte Renaissance zu beobachten, durch welche sich nicht nur Lebensmittel der ehemaligen DDR, wie beispielsweise "Club-Cola", zunehmender Beliebtheit erfreuen, sondern auch politische Symbole aus der DDR wieder salonfähig werden. Das Angebot reicht von sogenannten "Ostalgie-Partys", auf welchen Trägern von FDJ-Hemden ermäßigten Eintritt erhalten, über themenbezogene Fernsehshows, bis hin zum "Ostel", ein Design-Hotel in Berlin mit originalgetreuem ostdeutschen Interieur. In diesem Zuge mehren sich die Stimmen, die rückblickend die Meinung vertreten, es sei ja schließlich nicht alles schlecht an der DDR gewesen, was als durchaus kritisch angesehen wird, da insbesondere vonseiten der Jugendlichen ein verklärter Blick auf die DDR und damit die Verharmlosung einer Diktatur befürchtet wird. Während man dem ironischen Spiel mit Requisiten aus der DDR-Zeit im Allgemeinen weitgehend tolerant gegenübersteht, wird es als durchaus problematisch angesehen, wenn mit dem Kult um Ost-Produkte die Haltung verbunden sein sollte, dass eine, als unreflektiert angesehene, gute, alte, glückliche Zeit durch die Wende ein abruptes Ende gefunden habe. Die Junge Union sah sich aus diesem Grunde sogar dazu veranlasst, mit dem Motto "*Ostalgie - Nein Danke!*" unter dem Leitspruch "*Es gibt kein richtiges Leben im falschen*" eine Kampagne gegen den Wunsch, die politischen Verhältnisse der DDR-Zeit wiederherzustellen, zu initiieren. Aber auch der DDR-Bürgerrechtler Ehrhart Neubert stellt fest, dass ein Trend der Verharmlosung bzw. einer nostalgischen Verklärung der DDR zu beobachten ist. Seiner Ansicht nach verflüchtigt sich das "gewalttätige Gesicht der SED-Diktatur" mehr und mehr in fürsorgliche, friedliebende, antifaschistische und sozial gerechte Beschönigungen. Dieser Trend sei nicht nur ärgerlich, sondern „tendenziell antidemokratisch“, weil dadurch die jüngere Generation gegenüber ideologischen und populistischen Gefährdungen, denen die freiheitliche Demokratie ausgesetzt ist, desensibilisiert anstatt immunisiert werden würde.[6. vgl.: Neubert, E. in: März, P. /H-J. Veen (Hg): *Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur*. Köln 2006, S.177 f.]

In Anbetracht dieser unterschiedlichen Sichtweisen, wie sie gegensätzlicher nicht sein könnten, stellt sich die Frage, welche Form der Erinnerung den einzelnen Meinungsbildern zugrunde liegt bzw. inwiefern individuelle Erlebnisse und psychologische Verhaltensmuster Einfluss auf die jeweiligen Meinungsträger nehmen. Neubert beschreibt in Bezug auf die Erinnerungskultur, je nach Umgang mit der DDR-Vergangenheit, vier verschiedene ostdeutsche Erinnerungstypen:

“die Lebenslänglichen“, “die Gezeichneten“, “die Wendigen“ und “die Wächter“.[7. vgl.: Neubert, E. in: März, P. /H-J. Veen (Hg): Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur. Köln 2006, S. 177 ff.] Die Lebenslänglichen sind seiner Ansicht nach diejenigen, die behaupten, es sei nicht alles schlecht gewesen. Sie wollen die DDR zwar nicht zurückhaben, trauern aber um sie. Über die Haltung, die BRD sei schließlich auch nicht besser gewesen, wird über eine Abgrenzung im Heute eine bestimmte DDR-Identität geschaffen, was sich unter anderem in einer “postsozialistischen Troztliteratur“ zeigt. Zu dieser Gruppe zählt er beispielsweise Peter Sodann und Daniela Dahn sowie bestimmte ehemalige Oppositionelle, die den Untergang der DDR zwar begrüßen, sich aber innerlich nicht von der Erfahrung in und mit diesem Staatsgebilde lösen könnten. Für die Gezeichneten wird durch die Vergangenheit die Gegenwart überlagert und die Zukunft entsprechend blockiert. Diese Gruppe gerät wegen “unfruchtbarer Erkenntnis“ in eine lähmende Unfähigkeit, die neuen Freiheiten als Chance wahrzunehmen“. Das „nicht vergessen können“ schlägt in Wut, Besessenheit und Wahn um, und zwar sowohl bei Opfern als auch bei Tätern, z.B. bei “Stasi-Jägern“ oder in Form von Geschichtsrevisionismus. Die Wendigen erfinden ihre eigene Biografie aus pragmatischen Gründen neu. Über die Erinnerung werden Bausteine neu zusammengefügt. Man war beispielsweise angeblich schon immer eher katholisch oder liberal. Die DDR-Zeit wird entweder ausgeblendet oder neu erfunden.

Bei den sogenannten Wächtern handelt es sich um Bürgerrechtler, die über die Erinnerungen wachen. Die Erinnerung als Schicksal wird zur Wahrheitssuche, um die Revolution zu vollenden. Das “richtige“ Geschichtsbild soll sich durchsetzen. Diese Vertreter findet man sowohl im Lager engagierter Verteidiger der DDR als auch bei deren Widersacher. Interessant wird diese Typologisierung, wenn man die einzelnen Typen aus tiefenpsychologischer Sicht heraus betrachtet. Fest steht, dass das Ende der DDR für jeden einzelnen ehemaligen DDR-Bürger ein gravierendes, einschneidendes Erlebnis darstellt, das, je nach individuellen Umständen und eigenem Erleben heraus, als traumatisch angesehen werden kann oder zumindest traumatische Züge aufweist. Man muss sich diesbezüglich vergegenwärtigen, dass, quasi über Nacht, für jeden einzelnen DDR-Bürger, eine Welt zusammengebrochen ist, ganz gleich welche Stellung dieser innerhalb des Arbeiter- und Bauernstaates einnahm. Ob Arbeiter, Lehrer, Schriftsteller, Grenzbeamter oder Parteifunktionär, für ausnahmslos alle ergab sich eine völlig neue Situation, mit grundlegenden, massiven, unmittelbar spürbaren

Veränderungen ihres Lebens. Ganz gleich, wie die Umwelt auch gestaltet sein mag, der Mensch hat nicht nur das Bedürfnis, sondern auch die Fähigkeit, sich seiner Umwelt anzupassen. Er benötigt als Orientierung feste Strukturen, um sich sicher zu fühlen, wobei dies nicht bedeuten muss, dass diese wirklich sicher sind. Entscheidend ist, mit den Rahmenbedingungen vertraut zu sein. Das heißt, auch wenn das Risiko besteht, dass ein bestimmtes Handeln zu Repressalien führen kann, aber klar ist, was als gefährlich einzustufen ist und was nicht, ist die Situation berechenbar - dadurch vertraut und damit letztlich sicherheitsspendend. Der Mensch neigt sogar dazu, eher in einer Situation zu verharren, unter der er leidet, als den Schritt zu wagen, diese Situation aktiv zu verändern, auch wenn ein Wechsel der Umstände ein Ende des Leids in Aussicht stellt, weil jede neue Situation als fremd und damit als nicht einschätzbar empfunden wird. Ob ein Individuum den Mut aufbringt, einen solchen Schritt zu wagen, hängt von seinem persönlichen Leidensdruck ab. Solange die Angst vor dem Neuen, Fremden und Unsicheren größer ist, als das subjektiv empfundene Leid, neigt man dazu, in der vertrauten Situation zu verharren. Dieser Umstand führt beispielsweise auch dazu, dass innerhalb von Gruppen auf Individuen Druck ausgeübt wird, sobald diese in ihrem Handeln zu sehr vom Gewohnten abweichen. Selbst wenn dadurch ein Impuls gesetzt wird, der die gesamte Gruppe weiter bringen könnte, weil diese dadurch den vertrauten Rahmen, mit dem sich die Gruppenmitglieder arrangiert haben, zu sehr stören und damit deren Gefühl von Sicherheit in Gefahr bringen.[8. vgl.: Sader, M.: Psychologie der Gruppe. München 1994.] [9. vgl.: <http://www.zeitzuleben.de/artikel/persoenlichkeit/veraenderungen-2.html> - (Letzter Zugriff: 13.06.2010, 20:59 Uhr).] [10. vgl.: <http://www.umsetzungsberatung.de/psychologie/leidensdruck.php> - (Letzter Zugriff: 13.06.2010, 21:01 Uhr).] [11. vgl.: <http://www.lebenshilfe-abc.de/leidensdruck.html> - (Letzter Zugriff: 13.06.2010, 21:02 Uhr).] Das Ende der DDR löste in allen Bevölkerungsschichten in erster Linie Verunsicherung und damit Ängste aus, denn Verunsicherung erzeugt in der Regel Angst und Angst führt wiederum zur Abwehr.[12. vgl.: Wiedermann, W.: Schnellkurs Psychologie. Köln 2005, S. 136 - 143.]

Niemand konnte abschätzen, was ihn erwartet, wie es weiter gehen wird, ob es noch eine Zukunft für die DDR geben oder wie das Leben in einem vereinten Deutschland aussehen würde. Rund ein Jahr nach dem Mauerfall fanden sich alle DDR-Bürger in einer anderen Staatsform wieder, ganz gleich, ob man sich dies

gewünscht hatte oder nicht, ob man sich mit der DDR arrangiert, von ihr profitiert oder gegen das SED-Regime aufgebeht hatte.[13. vgl.: Maaz, H-J.: Das gestürzte Volk. Die verunglückte Einheit. Berlin 1991, S. 34 - 37.] Man stelle sich z.B. jemanden vor, der eine Professur an der Humboldt-Universität für Marxismus innehatte. Von einem zum anderen Moment löst sich die erarbeitete berufliche Stellung mit sicherer Zukunft und hohem gesellschaftlichem Ansehen in Luft auf und damit die gesamte akademische Karriere, weil klar ist, dass niemals mehr ein Bedarf eines entsprechenden Lehrstuhls bestehen wird. Oder ein Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, der nicht nur über Nacht seine berufliche Sicherheit einbüßt, sondern damit auch seine Privilegien, und, subjektiv noch viel gravierender: seine persönliche Machtposition innerhalb der Gesellschaft. Doch auch für jeden anderen bedeutete das unabänderliche Ende der DDR gezwungenermaßen einen Neubeginn in der BRD, die man in der Regel lediglich aus dem illegal empfangenen Westfernsehen kannte - und zwar sowohl für denjenigen, der noch kurz vor dem Mauerfall ernsthaft seine Flucht geplant hatte als auch für den Bürgerrechtler, der sich für einen reformierten Sozialismus eingesetzt hatte und die DDR als Staat erhalten wollte.

Je nach persönlicher Biographie und Position innerhalb der DDR-Gesellschaft entstand durch den Umbruch für jeden Einzelnen eine ganz eigene subjektive Betroffenheit mit entsprechend individuellen Konsequenzen. Es ist leicht nachvollziehbar, dass vor diesem Hintergrund jeder Einzelne mit dieser neuen Situation ganz individuell umging und insbesondere heute, zwanzig Jahre später, aus dem Abstand heraus rückblickend individuell umgeht. Die Bandbreite reicht von Opfern des SED-Regimes, die über den Rechtsweg um Rehabilitation kämpfen, über Stimmen, die von sich behaupten, ihnen wäre es in der DDR im Großen und Ganzen gut gegangen, bis hin zu ehemaligen Mitgliedern des Politbüros, die sich in Form von Publikationen mit autobiografischem Charakter darum bemühen, ihr Handeln ohne Einschränkung zu rechtfertigen, um nur einige Beispiele zu nennen. Insbesondere in Bezug auf letztere Personengruppe ist es geradezu auffällig, dass von den 25 Mitgliedern des Politbüros im Jahr 1989 zehn der ehemaligen Mitglieder ihre Lebensgeschichte publiziert haben, im Falle Krenz und Modrow sogar gleich mehrfach. Einzige Ausnahme hierbei stellt Günter Schabowski dar, der, im Gegensatz zu seinen früheren Parteigenossen, ein erstaunlich hohes Maß an Selbstreflektiertheit an den Tag legt und schonungslose Selbstkritik übt. Angesichts dieser gesteigerten Mitteilungsbereitschaft drängt sich der Eindruck auf, dass das Bemühen nach öffentlicher Rechtfertigung dieser

Personengruppe geradezu zwanghafte Züge aufweist, was bei genauerem Hinsehen ja auch durchaus nachvollziehbar ist. Denn immerhin geht es hierbei um die Verteidigung ihres persönlichen Lebenswerkes. Wer lässt schon gerne das, wofür er, samt Ausbildung, gearbeitet und die Ziele, für die er gekämpft hat, von welchen man vollauf überzeugt war, im Nachhinein gerne madig machen, geschweige denn in eine kriminelle Ecke drängen? Statt wohlverdientem Ruhestand mit sozialistischen Staatsehren, ein Gerichtsverfahren beim Klassenfeind nach BRD-Gesetzgebung. Aus subjektiver Sicht sicherlich eine schier unerträgliche Schmach.[14. vgl.: Maaz, H-J.: Das gestürzte Volk. Die verunglückte Einheit. Berlin 1991, S. 39 - 40.]

Wie soll man eine solche Niederlage, eine derartige Demütigung wortlos auf sich sitzen lassen? Vor einem solchen Hintergrund muss man wohl sein Handeln rechtfertigen, vor anderen, vor allem aber sich selbst gegenüber, um sein Gesicht zu wahren. Wie kann alles, von dem man völlig überzeugt war und für das man zeit seines Lebens gearbeitet hatte, falsch gewesen sein? Immerhin hatte man doch die einzigartige Chance erhalten, zumindest für einen Teil der deutschen Bevölkerung den Sozialismus zu verwirklichen und den Faschismus restlos zu überwinden, auch wenn hierfür zum Teil drastische Maßnahmen vonnöten gewesen sein sollten, um diese Ziele zu erreichen. Und so wird die eigene subjektive Sicht auf die Dinge, die eigene Erinnerung so, wie man sich erinnern will, niedergeschrieben, um diese für alle Zeiten unabänderlich zu verfestigen, um sich selbst zu beruhigen und in sich sicher fühlen zu können. Es muss klargestellt werden, dass man nichts falsch gemacht hat und jedem Zweifler kann man in Zukunft sein Buch vor die Nase halten mit der Aufforderung: „Lies nach, da steht schwarz auf weiß, wie es damals wirklich war in der Deutschen Demokratischen Republik, denn ich war schließlich hautnah dabei!“, so als könne das gedruckte Wort einen Anspruch auf die eigene Unfehlbarkeit garantieren. Oder nehmen wir die Bürgerrechtler, die seinerzeit den Mut aufgebracht hatten, unter extrem hohen Risiken auf die Straße zu gehen und sich öffentlich zu Wort zu melden, wobei diese sowohl ihre Freiheit als auch ihre Gesundheit aufs Spiel setzten. Was dazu notwendig gewesen ist und was dies für die Beteiligten konkret bedeutet hatte, kann wohl niemand wirklich nachvollziehen, der sich nicht in genau jener Situation befunden hat und am eigenen Leib die Gefahren, Ängste und Repressalien erfahren hatte, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass zu jenem Zeitpunkt niemand abschätzen konnte, wie es um die DDR stand und welchen Verlauf die Bürgerrechtsbewegung wohl nehmen würde.

Statt am 9. November Freude taumelnd auf der Berliner Mauer zu stehen, hätte man genauso gut auch auf der Pritsche einer fensterlosen, engen Zelle mit ungewisser Zukunft landen können. Und dann wird man von dem Lauf der Dinge regelrecht überrollt und findet sich kurze Zeit später in einem vereinten Deutschland, anstatt, wie erhofft, in einem reformierten, weiterhin real gelebten Sozialismus wieder - ja noch nicht einmal die Partei, die man eigens gegründet hatte, um diese Ziele zu verwirklichen, findet bei den ersten freien gesamtdeutschen Wahlen nennenswerte Beachtung. Wie übergangen und enttäuscht muss man sich angesichts dessen wohl fühlen? War den eigenen Landsleuten, für die man seinen Kopf hingehalten hatte, denn nicht bewusst, um was es ging, für was man auf die Straße gegangen war, für was man sich auch und gerade in ihrem Interesse eingesetzt hatte? In Anbetracht dessen sollte es mehr als verständlich sein, wenn entsprechende Aktivisten vor diesem Hintergrund auch Jahre später nicht müde werden, die Erinnerung an eine friedliche Revolution wach zu halten und darauf hinzuweisen, um was es dabei eigentlich gegangen war und zu was diese ursprünglich hätte führen sollen.

Als denkbar dramatisch ist wohl vor allem die Situation derer anzusehen, die unter den Repressalien des SED-Regimes gelitten haben, die unter massiven psychischen Druck gesetzt wurden, deren Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten empfindlich eingeschränkt oder die gar unter menschenrechtsverletzenden Bedingungen inhaftiert wurden. Abgesehen von den seelischen Verletzungen, die niemals rückgängig gemacht werden können und die die Betroffenen zeit ihres Lebens begleiten werden, ist ihnen vor allem ein Teil ihrer kostbaren, unwiederbringlichen Lebenszeit gestohlen worden. Zeit, die man in Freiheit beileibe anders hätte gestalten können und sich darüber eine völlig andere Form von Lebensqualität hätte verschaffen können. Vielleicht war gerade dieser Aspekt mit die am stärksten treibende Kraft derer gewesen, die bereit waren, unter Lebensgefahr eine Flucht in den Westen zu wagen, weil sie nicht nur ihre persönliche Freiheit erlangen, sondern vielmehr keine weitere wertvolle Lebenszeit verlieren und Lebensqualität einbüßen wollten. Diejenigen müssen entsprechende Entbehrungen und Verletzungen verarbeiten, was nicht nur einen notwendigen therapeutischen Prozess erforderlich macht, sondern insbesondere Trauerarbeit. Der Verlust muss betrauert werden, der verhinderte Berufswunsch, die nicht erlebten Reiseerfahrungen, die Freiheitsberaubung, die Zeit in Haft, materielle Einschränkungen, die verwehrte Meinungsfreiheit, die Jugendzeit, um die man sich betrogen fühlt, das Unrecht, das man über sich ergehen lassen

musste, die Ohnmacht, der man hilflos ausgesetzt war, die Enttäuschung, die man früher oder später erleben musste. Der Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz aus Halle, Autor mehrerer Bücher, die sich aus fachlicher Sicht kritisch mit der Situation im wiedervereinigten Deutschland und deren Folgen auf die Psyche auseinandersetzen, spricht diesbezüglich von einem weitverbreitetem "Verlust-Syndrom".[15. vgl.: Maaz, H-J.: Das gestürzte Volk. Die verunglückte Einheit. Berlin 1991, S. 39; 56.] Als Beispiel für die Reaktion in der Bevölkerung auf Enthüllungen über Amtsmissbrauch und Existenzprivilegien der alten Eliten sei an dieser Stelle ein Augenzeuge zitiert:

„Also ich muß sagen, für mich ist da im nachhinein, als dann so alle Schweinereien aufgedeckt wurden, irgendwo eine Welt zusammengebrochen. Und ich habe lange gebraucht, lange gebraucht, bis ich das verdaut hatte, weil ich mich derart auch benutzt und mißbraucht gefühlt hatte.“[16. vgl.: Sabrow, M.: Der ostdeutsche Herbst 1989 - Wende oder Revolution?. Festkolloquium zu Ehren von Hans-Ulrich Thamer, LWL-Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte, 11.10.2008, 11.00-11.30.]

Demnach geht es sogar um eine Form von empfundenem Missbrauch, um eine tiefe Verletzung der Psyche und es ist absolut nachvollziehbar, dass diese traumatischen Erlebnisse in Wut und Zorn umschlagen und nicht vergessen werden können und Betroffene nach wie vor um Rehabilitation und Entschädigung kämpfen. Nach Melanie Klein gehören Wut und Zorn zu den Merkmalen eines Trauerprozesses, der in verschiedenen Phasen durchlaufen wird. Es bedarf, je nach individuellen Eigenschaften und persönlicher Disposition spezifischer Zeitspannen, um diesen zu durchlaufen. Ziel dabei ist eine Reorganisation, eine allmähliche Neudefinition des Selbst, um die Akzeptanz des Verlustes und eine Anpassung an die entsprechenden aktuellen Lebensumstände zu erreichen.[17. vgl.: Klein, M.: Die Trauer und ihre Beziehungen zu manisch-depressiven Zuständen, in: Das Seelenleben des Kleinkindes. Stuttgart 1983, S. 95 - 130.] Ich stelle die These auf, dass dem Großteil der beobachtbaren unterschiedlichen Erinnerungsstrukturen letztlich spezifische Abwehrmechanismen zugrunde liegen.[18. vgl.: Hobmair, H. (Hrg.): Psychologie. Köln 1997.] [19. vgl.: Wiedemann, W.: Schnellkurs Psychologie. Köln 2005, S. 137 - 143.] Der ehemalige Parteifunktionär beispielsweise will und kann nicht zugeben, dass sein Handeln in politischer Verantwortung in irgendeiner Form verwerflich gewesen sein könnte. Er muss den Glauben daran, dass er recht

gehandelt und sich für eine gute Sache eingesetzt hat, aufrechterhalten, sonst müsste er schließlich sein gesamtes Lebenswerk und damit sich selbst infrage stellen oder sich selbst gegenüber womöglich gar eingestehen, dass er sich in moralischer Hinsicht verfehlt hat und das, obwohl er immer fest an das Gute der Sache geglaubt hat. Er kann nicht zulassen, sich selbst zu diskreditieren und muss sein Selbst vor Demontage schützen. Er kann sich und anderen gegenüber nicht eingestehen, dass er Fehler gemacht haben könnte, dass er psychische oder physische Schädigungen von Personen mit verursacht haben könnte, für die er politische Verantwortung trug. Stattdessen muss er in die Abwehr gehen, indem verleugnet wird, da die Wirklichkeit nicht verkräftet werden kann, wodurch eine Art "emotionaler Airbag" geschaffen wird, der das Selbst schützt.[20. vgl.: Wiedemann, W.: Schnellkurs Psychologie. Köln 2005, S. 141.]

Wesentlich einfacher ist es hierbei, in die Projektion zu gehen, und die eigenen Anteile, die man an sich selbst nicht sehen will, nach außen zu verlagern.[21. vgl.: Wiedemann, W.: Schnellkurs Psychologie. Köln 2005, S. 141.] Nicht man selbst ist fehlbar, sondern die Rechtsprechung der BRD, von der man sich ungerecht behandelt fühlt. Nicht der eigene Blick auf die Dinge ist verklärt, sondern die Darstellung in der (westlichen) Presse. Die eigenen negativen Anteile werden verdrängt und stattdessen im Nachhinein Gründe gesucht, die das eigene Handeln rechtfertigen. Insgesamt weist eine solche Verhaltensweise im Grunde psychotische Züge auf, gemessen an dem Bezug zur Realität.[22. vgl.: Wiedemann, W.: Schnellkurs Psychologie. Köln 2005, S. 140.] Aber auch der Arbeiter, der sich stets darum bemüht hat, die Arbeitsnorm zu erfüllen und sich rückblickend dazu veranlasst sieht, zu betonen, es sei ja schließlich nicht alles schlecht gewesen, neigt zur Verdrängung, indem er sich sein Leben in der DDR im Nachhinein schön redet. Obwohl auch er unter dem SED-Regime gelitten hat und Sehnsüchte nach westlichen Konsumgütern verspürt hatte, ist all dies 20 Jahre später nicht mehr wirklich präsent. Stattdessen erinnert er sich in Form von selektiver Wahrnehmung auf positive Weise an das, was zu dieser Zeit zur Verfügung stand und an dessen Vorzüge. Die Tempolinsen waren ja so praktisch, die Spreegurken schmeckten doch unvergleichlich gut, der Arbeitsplatz war noch sicher und in der Datsche konnte man schließlich auch ungestört seine persönlichen Freiheiten leben. Demnach werden die negativen Anteile ausgeblendet, während die subjektiv als positiv empfundenen nachträglich idealisiert werden. Auf diese Weise findet im Nachhinein eine Art innere Korrektur statt. Man schafft sich über die eigene Erinnerung eine andere Realität,

eine andere Wahrheit, mit der man besser umgehen kann und die leichter zu ertragen ist. Darüber wird ebenfalls eine Art Schutz für das Selbst erzeugt, um sich nicht selbst gegenüber eingestehen zu müssen, dass ein Großteil des eigenen Lebens in Wirklichkeit begrenzt war, dass man sich angepasst hatte, dass man so vieles über sich ergehen ließ, ergehen lassen musste und weswegen man sich rückblickend aus der subjektiven Wahrnehmung heraus im Grunde vielleicht schämt. Man kann nicht zulassen, dass die eigene Biografie als minderwertig angesehen wird, dass man etwa ein Deutscher "zweiter Klasse" gewesen sein könnte, vom überheblichen "Wessi" belächelt, in seiner beruflichen Arbeitsleistung nicht ernst genommen und seinen eigenen Wurzeln letztlich beraubt. Ein solches Bild von sich selbst kann nicht zugelassen werden, sonst müsste man ja sich selbst gegenüber eine Art "Armutzeugnis" ausstellen, wobei es wohl weniger darum geht, dass man in der DDR eventuell weniger wert war als in der BRD, sondern vielmehr, dass jemand aus dem Westen denken könnte, die eigene Vergangenheit wäre im Vergleich weniger wert gewesen.[23. vgl.: Maaz, H-J.: Das gestürzte Volk. Die verunglückte Einheit. Berlin 1991, S. 65-76.]

Statt Malediven FKK an der Ostsee, statt Golf einen Trabant, statt Coca-Cola eine Club-Cola. War die DDR im Vergleich zur Bundesrepublik denn ein einziger Discounter? Nein! Die DDR-Produkte haben schließlich auch geschmeckt und man will sie wieder haben, schließlich ist man mit ihnen aufgewachsen, genauso wie der Westdeutsche mit Kinderschokolade und Ahoi-Brause! Wenn das alles wirklich nicht lecker gewesen sein sollte, dann wäre ja die gesamte Kindheit fade gewesen und wer will das schon? Schließlich hat man nur eine Kindheit erlebt, ganz gleich, ob im Osten oder im Westen oder wo auch immer, und die ist und bleibt eben nun mal einzigartig - unersetzlich! Davon abgesehen war der Sozialismus auch nicht auf solche Oberflächlichkeiten fixiert, sondern hatte hehre Ziele! Es ging schließlich um etwas grundlegend anderes - um die ideale Gesellschaft schlechthin! Wenn man zulassen würde, dass die Lebensmittel, die man über Jahrzehnte hinweg verzehrt hat, minderwertig gewesen sein sollten, würde dies ja bedeuten, dass ein Teil des eigenen Lebens minderwertig gewesen ist und das ist ein denkbar kostbares Gut, immerhin geht es um die eigene Identität! Die "Wendigen" nehmen es diesbezüglich nicht so genau und erfinden ganze Passagen ihrer Existenz gleich ganz neu und stellen damit ein gewisses Maß an Kreativität unter Beweis: Wenn meine persönliche Vergangenheit nicht gerne genommen ist, oder mir zum Nachteil gereicht, dann erfinde ich eben im Nachhinein einfach eine neue. Flexibilität wird in der modernen

Leistungsgesellschaft schließlich auch eingefordert! In gewisser Weise könnte eine solche Strategie sogar als eine konsequente Anpassungsleistung an die neu entstandenen gesellschaftlichen Anforderungen interpretiert werden.[24. vgl.: Maaz, H-J.: Das gestürzte Volk. Die verunglückte Einheit. Berlin 1991, S. 57-59; 89.] Oder das subjektiv empfundene Minderwertigkeitsgefühl schlägt gleich ganz in ein übertriebenes Geltungsbedürfnis um, indem die negativen Seiten der BRD betont hervorgehoben werden, um die Vorzüge der DDR gleichsam aufzuwerten, was als Überlebensstrategie der Psyche ebenfalls nicht unbekannt ist. Ich gehe davon aus, dass bei ausnahmslos allen von Neubert herauskristallisierten Typologien letztlich das gleiche Grundmuster vorliegt: die Abwehr eines Identitätsverlustes. Die persönliche Biographie muss in irgendeiner Weise geschützt werden, um die eigene Identität zu bewahren, denn durch die eigene Vergangenheit wird man zu dem, der man heute ist, und dieses reale Selbstbild muss nach Carl Rogers mit dem persönlichen Idealselbst als kongruent erlebt werden, denn je weiter diese auseinanderklaffen, desto unzufriedener, angespannter und zerrissener fühlt sich die entsprechende Person.[25. vgl. Wiedermann 2005, S. 118 - 122.]

Demnach könnte man die verschiedenen beobachtbaren Erinnerungskulturen in Bezug auf die DDR durchaus auch als unterschiedliche Bewältigungsstrategien interpretieren, um mit dem eigenen Erlebten umzugehen. Nach Maaz rief die Wende bei den Bürgern der ehemaligen DDR sowohl einen Orientierungsverlust als auch eine existenzielle Verunsicherung hervor, begleitet von Enttäuschung, Verbitterung und einer neuen Form von Demütigung. Seiner Ansicht nach reagierten die Betroffenen auf diese allgemeine Labilisierung grundlegend mit zwei verschiedenen Verhaltensweisen: Die Expansion und die Kontraktion, d.h. die Flucht nach vorn oder den resignierten Rückzug. Die Expansiven sind demnach die wenigen, die schnell die Zeichen der Zeit verstanden und es geschafft haben, die Wende auch in ihrem Verhalten umzusetzen, um sich den Erfordernissen der neuen Gegebenheiten erfolgreich anzupassen. Zu dieser Gruppe zählt Maaz nicht nur ehemalige Parteifunktionäre in neuen einflussreichen Positionen oder clevere Unternehmer, sondern auch diejenigen, die in ihrer eigenen Betroffenheit im Konsum und einem *“hysterisch-expansiven Ausagieren“* der neuen Möglichkeiten Ablenkung und Trost suchen.[26. vgl.: Maaz, H-J.: Das gestürzte Volk. Die verunglückte Einheit. Berlin 1991, S. 57-59.] Bei den sogenannten Kontrahierten, sozusagen den *“Gehemmtten“*, führen hingegen die enttäuschten Hoffnungen, der erlebte Orientierungsverlust, der

Werteverfall, die reale Existenzbedrohung, der Identitätsverlust, die Unsicherheit und die Unerfahrenheit gegenüber der westlichen Lebensart dazu, dass bereits vorhandene, tiefsitzende Erfahrungen von Abhängigkeit, Ohnmacht und Minderwertigkeit bis zurück in die frühe Kindheit erneut angesprochen werden, wodurch wiederum auf alte Widerstands- und Abwehrformen zurückgegriffen wird, die sich durch Passivität, Resignation, Anpassung, Unzufriedenheit oder stiller Verweigerung bemerkbar machen.[27. vgl.: Maaz, H-J.: Das gestürzte Volk. Die verunglückte Einheit. Berlin 1991, S. 59-62.] [28. vgl.: Maaz, H-J.: Das gestürzte Volk. Die verunglückte Einheit. Berlin 1991, S. 39.]

Maaz umschreibt die hervorgerufene Verzweiflung folgendermaßen:

„Die Orientierungspunkte sind verloren, die Werte entehrt – nicht nur die sozialistischen Ideale oder Parteidogmen, nein ganz allgemeine Verhaltensnormen, die Ausbildung, die beruflichen Erfahrungen, die Umgangsart, unsere beziehungsstiftende Notgemeinschaft und der Tauschhandel, ja selbst die Feindbilder sind verloren – die >>abgesteckten<< Reviere sind in einem heillosen Durcheinander, die erprobten Beziehungen sinnentleert, und zu allem kommt eine permanente existenzielle Verunsicherung und Ungewissheit vor der Zukunft. Kaum einer ist mehr seines Arbeitsplatzes sicher, und viele haben keine Vorstellung mehr, wo sie sich morgen oder gar im Alter befinden werden, wie sie ihre Existenz sichern können, von Geltung, Einfluss, Bedeutung und gesicherter sozialer Rolle ganz zu schweigen.“[29. vgl.: Maaz, H-J.: Das gestürzte Volk. Die verunglückte Einheit. Berlin 1991, S. 44.]

Er macht deutlich, wie weitreichend und umfassend, vor allem aber wie gravierend und tiefgreifend die Folgen sind, die durch den Zusammensturz der Deutschen Demokratischen Republik hervorgerufen wurden, die auch 20 Jahre nach dem Mauerfall noch deutlich spürbar sind und sich auch und gerade in der Auseinandersetzung um die Deutungshoheit niederschlagen. Doch Maaz diagnostiziert affektiv besetzte Verhaltensweisen nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Bei “Westdeutschen“ identifiziert er diesbezüglich eine Haltung, die der eigenen Selbstgerechtigkeit und Selbstbestätigung dient, indem durch die gescheiterte sozialistische Staatsform das Gefühl der eigenen Überlegenheit verstärkt wird. Der Lauf der Geschichte hat quasi unter Beweis gestellt, dass man in der besseren Staatsform gelebt hat, dass man tüchtiger und erfolgreicher ist und nun verdienterweise auf der Siegerseite steht. Insbesondere in Hinblick auf die bekannt gewordenen weitverbreiteten ehemaligen Verstrickungen mit der

Stasi sieht man sich als moralisch überlegen an. Indem mit diesem moralischen Zeigefinger verächtlich auf die Mitläufer und Verräter gezeigt wird, kann eine Stabilisierung der eigenen Psyche erzeugt werden. Die vermeintlichen Schwächen der Ostdeutschen verhelfen somit dem Westdeutschen, sich selbst großartig und bestätigt zu fühlen, ohne sich mit seinen eigenen negativen Anteilen auseinandersetzen zu müssen. Demnach dient der Zusammenbruch der DDR im Sinne eines Kompensationsmechanismus dem Westdeutschen, um seine eigene innere Not abzuwehren, indem er diese in den Ostdeutschen projiziert und somit nicht mehr an sich selbst wahrnehmen muss.[30. vgl.: Maaz, H-J.: Das gestürzte Volk. Die verunglückte Einheit. Berlin 1991, S. 65-68.] Dies wäre auch eine Möglichkeit, um zu erklären, weshalb sich ausgerechnet westlich sozialisierte Vertreter in der Diskussion um die Deutungshoheit der DDR so auffallend ereifern. Vielleicht hat die Erinnerungskultur im Umgang mit der DDR-Vergangenheit in Wirklichkeit weitaus weniger mit politischen Motiven, sondern letztlich vielmehr mit tiefenpsychologischen Verhaltensmustern zu tun - sogar mehr, als der ein oder andere im Nachhinein wahrhaben möchte. Wenn dem so ist, und einige Indizien sprechen deutlich dafür, würde die Geschichtswissenschaft konsequenterweise in ihrem Erkenntnisgewinn sicherlich davon profitieren, wenn sie neben politischen, wirtschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Aspekten auch verstärkt tiefenpsychologische Ansätze mit einbeziehen würde.

Literatur

Hobmair, H. (Hrg.): Psychologie. Köln 1997.

Jaraus, K.: Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20 (1998) S. 33 - 46.

Klein, M.: Die Trauer und ihre Beziehungen zu manisch-depressiven Zuständen, in: Das Seelenleben des Kleinkindes. Stuttgart 1983, S. 95 - 130.

Maaz, H-J.: Das gestürzte Volk. Die verunglückte Einheit. Berlin 1991.

März, P. /H-J. Veen (Hrg): Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur. Köln 2006.

Peters, U.H.: Lexikon Psychiatrie, Psychotherapie, Medizinische Psychologie. München 2007.

Sader, M.: Psychologie der Gruppe. München 1994.

Wiedemann, W.: Schnellkurs Psychologie. Köln 2005.

Vorträge

Angelow, J.: Thesen zu „Aufarbeitung und Versöhnung – passt das zusammen?“. Veranstaltung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung am 22.04.09 um 18:00.

Einführungsvortrag Plenum Kommunismus als Erzählung Geschichtsforum Berlin 1989 / 2009. 29.5.2009.

Froese, M.: Thesen zu „Aufarbeitung und Versöhnung – passt das zusammen?“.

Veranstaltung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung am 22.04.09.

Müller-Enbergs, H.: Thesen zu „Aufarbeitung und Versöhnung – passt das zusammen?“. Veranstaltung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung am 22.04.09.

Sabrow, M.: Der ostdeutsche Herbst 1989 – Wende oder Revolution?

Festkolloquium zu Ehren von Hans-Ulrich Thamer, LWL-Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte, Domplatz 10, 48143 Münster, 11.10.2008, 11.00-11.30.

Sabrow, M.: „Wende“ oder „Revolution“? Der Herbstumbruch 1989 und die Geschichtswissenschaft. Vortrag in der Reihe „Umbruch 1989-1991. Zentrum und Peripherie“, Forum Neuer Markt, 2.4.2009, 19.00.

Wagner, T.: Weshalb „Ostalgiker“ an Boden gewinnen. Deutschlandfunk – Studiozeit. Aus Kultur- und Sozialwissenschaften – Erinnerungskultur und Verdrängung 28.06.09, 17:49.

Wüstenberg, R.: Thesen zu „Aufarbeitung und Versöhnung – passt das zusammen?“. Veranstaltung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung am 22.04.09.

Internet

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,614790,00.html> - [Letzter Zugriff: 02.05.2010, 21:13 Uhr]

http://www.gbmev.de/archiv/Die_DDR_war_kein_Unrechtsstaat_GBM_Kolloquium_60_Jahre_DDR.htm - [Letzter Zugriff: 02.05.2010, 22:13 Uhr]

<http://www.zeitzuleben.de/artikel/persoenlichkeit/veraenderungen-2.html> - [Letzter Zugriff: 13.06.2010, 20:59 Uhr]

<http://www.umsetzungsberatung.de/psychologie/leidensdruck.php> - [Letzter Zugriff: 13.06.2010, 21:01 Uhr]

<http://www.lebenshilfe-abc.de/leidensdruck.html> - [Letzter Zugriff: 13.06.2010, 21:02 Uhr]

Jugendpolitik, Erziehung und Bildung in der DDR

Die Einflussnahme auf die Bürger der DDR bzw. auf die Entwicklung der Gesellschaft im Sinne eines real gelebten Sozialismus war umfassend und weitreichend. Die DDR-Führung übte unter anderem nicht nur maßgebend Kontrolle auf das Berufsleben, auf die Kultur und das gesellschaftliche Leben aus, sondern hatte insbesondere die heranwachsenden Generationen im Fokus. Welche politische Bedeutung der Jugendpolitik beigemessen wurde, verdeutlicht beispielsweise der Verlauf des Plenums des Zentralkomitees der SED im Dezember 1965. Obwohl ursprünglich wirtschaftliche Themen auf der Tagesordnung standen, entwickelten sich unerwarteterweise außergewöhnlich lange Diskussionen um die Kultur- und Jugendpolitik. Ausschlaggebender Anlass hierzu war ein nationaler Gitarrenwettbewerb und dessen Folgen, zu dem die FDJ-Führung im Mai des gleichen Jahres aufgerufen hatte, um die wachsende Begeisterung der DDR-Jugend für englische Beat-Gruppen, wie z. B. die "Beatles" oder die „Rolling Stones“, zu kanalisieren. Als sich

jedoch herausstellte, dass sich die teilnehmenden Gruppen überwiegend an der englischsprachigen Musikszene orientierten, wurde dieser Wettbewerb auf Weisung der Partei allerdings abgebrochen.

Im Herbst 1965 wurden die Bezirke schließlich angewiesen, sämtliche Beat-Gruppen zu registrieren, vorzuladen und im Falle einer zu westlichen Ausrichtung deren Lizenz zu entziehen, was ein Großteil dieser Musik-Gruppen betraf. Infolgedessen kam es zu Demonstrationen von Jugendlichen, die gegen den Lizenzentzug und das damit verbundene Auftrittsverbot protestierten. Erich Honecker verurteilte diese Vorkommnisse auf dem Plenum aufs Schärfste und machte dafür "antihumanistische kulturelle Darstellungen", insbesondere im Hinblick auf DDR-Filmproduktionen verantwortlich. Sowohl der FDJ als auch der Partei warf er vor, dass der schädliche Einfluss der Beat-Musik grob unterschätzt worden wäre.

Die Ursache dieser Missstände sah er in einem ungenügenden marxistischen Weltbild der Künstler und deren geringer Kenntnis von der Politik der Partei. In seiner Kritik ging er sogar soweit, den Klassenfeind für diese Entwicklung verantwortlich zu machen, der die DDR durch einen liberalen Einfluss von innen her aufweichen wolle.

Wie ist es zu erklären, dass der Jugendpolitik in der DDR eine solch große Bedeutung beigemessen wurde, dass sogar musikalische Vorlieben Jugendlicher zum Gegenstand eines ZK-Plenums wurden und die Gemüter derart erhitzten?

Aus politischer Sicht war die Erziehung zum sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus ein Bestandteil der kommunistischen Erziehung. Diese Auffassung entsprang unter anderem der marxistisch-leninistischen Erkenntnis, dass die Stärke des Sozialismus im Bewusstsein der Massen begründet ist. Um dieses Bewusstsein nachhaltig gewährleisten zu können, muss die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse im Kampf um den Kommunismus jede neue Generation für diesen Kampf gewinnen und entsprechend erziehen.[1. vgl.: Stübner, E.; Zapf, H. (Hrsg.): Sozialistischer Patriotismus und proletarischer Internationalismus. Berlin, 1981, S. 66]

Karl Marx schrieb 1867:

„Der aufgeklärtere Teil der Arbeiterklasse ... (begreift) sehr gut, dass die Zukunft seiner Klasse und damit die Zukunft der Menschheit völlig von der Erziehung der heranwachsenden Arbeitergeneration abhängt.“[2. vgl.: ebd. S. 66/67]

Dies bedeutet, dass jede neue Generation in den Kampf um die Festigung und allseitige

Stärkung des Sozialismus einzubeziehen ist. Kommunistische Erziehung erfordert demnach, jeden Schritt der Beschulung, Erziehung und Bildung mit dem ununterbrochenen Kampf der Proletarier und Werktätigen gegen die Ausbeutergesellschaft und für den Kommunismus zu verknüpfen. Inhaltlich wird die Erziehung von den konkret-historischen Anforderungen des Kampfes um den Kommunismus geprägt.[3. vgl.: ebd. S. 6] Demnach steht die kommunistische Erziehung in der Tradition des Arbeiterkampfes: Durch die aktive Aneignung der historischen Erfahrungen und Traditionen des Klassenkampfes und durch die Entwicklung einer Arbeits- und Lebenshaltung, die dem sozialistischen Patriotismus, der Klassensolidarität, der Bereitschaft zur Verteidigung und dem Schutz der sozialistischen Gemeinschaft entspricht.[4. vgl.: ebd. S. 68]

So stand die Erziehung zum sozialistischen Patriotismus als Bestandteil der kommunistischen Erziehung der Jugend auch im Mittelpunkt der Jugendpolitik innerhalb der DDR, um das Fortbestehen des Sozialismus zu sichern. Grundsätzlich orientierte sich die Bildungspolitik der DDR an der Sowjetunion und verfolgte zum einen das Ziel, ein hohes Bildungsniveau für alle Jugendlichen und Berufstätigen zu erreichen, und zum anderen die völlige Einbindung jedes Einzelnen in das ideologische und politische System der DDR. Aufgabe des sozialistischen Bildungswesens war demnach, die Bürger zu befähigen, die sozialistische Gesellschaft mitzugestalten, die technische Revolution zu meistern und an der Entwicklung der sozialistischen Demokratie mitzuwirken. Um dies zu gewährleisten, wurde bereits 1946 die FDJ mit Genehmigung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) offiziell als Jugendorganisation gegründet, nachdem die KPD-Spitze in Moskau bereits im Vorfeld Pläne für eine Nachkriegsjugendpolitik entwickelt hatte.

Die "Freie Deutsche Jugend" sollte die Aufgabe übernehmen, die Jugend in den Marxismus-Leninismus einzuführen und zu klassenbewussten Sozialisten zu erziehen. Sie verstand sich als sogenannte "Kampfreserve der SED", da die Partei selbst keine eigene Jugendorganisation besaß, und sollte die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik offiziell mitgestalten. Die Vertiefung der Freundschaft zur Sowjetunion und die Unterstützung aller Völker der Welt im Kampf gegen das imperialistische System stellten internationale Zielsetzungen der FDJ dar. Demnach wurden unmittelbar nach der Gründung folgende Grundsätze und Ziele der Freien deutschen Jugend genannt: "Gewinnung der Jugendlichen für die großen Ideale der Freiheit, des Humanismus, einer kämpferischen Demokratie, des Völkerfriedens und der Völkerfreundschaft", sowie "die aktive Teilnahme aller Jungen und Mädels beim Neuaufbau unseres Vaterlandes". Interessant ist sicherlich, dass zu diesem Zeitpunkt im gleichen Atemzug auch die Erhaltung der Einheit Deutschlands genannt wurde.[5. vgl.: Skyba, P.:

Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949-1961. Köln 2000, S. 34] Des Weiteren wurden als Organisationsziele festgelegt, politische und soziale Rechte sowie das Zusammengehörigkeitsgefühl der Heranwachsenden durch organisierte soziale, kulturelle und sportliche Aktivitäten zu fördern.[6. vgl.: ebd. S. 34]

Neben der ideologischen Ausrichtung stellte auch die Freizeitgestaltung ihrer Mitglieder eine wesentliche Aufgabe des neuen Jugendverbandes dar. Jugendliche wurden ab dem 14. Lebensjahr aufgenommen. Die Mitgliedschaft war laut Statut zwar freiwillig, in der Regel waren aber Jugendliche ohne Mitgliedschaft erheblichen Benachteiligungen ausgesetzt – insbesondere bei der Zulassung für eine weiterführende Schule. Für Grundschulkinder wurde zusätzlich die “Pionierorganisation Ernst Thälmann“ eingerichtet, die der FDJ angegliedert war, um auch diese Altersspanne einer altersgerechten Form der sozialistischen Erziehung zuzuführen.[7. vgl.: ebd. S. 35] Diese war als politische Kinderorganisation Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Schulsystems und als solche fest in die Schulen integriert.

Damit bildete sie die Vorstufe zur Mitgliedschaft in der FDJ. Im Anschluss an die Schulzeit setzte sich die Einbindung der Heranwachsenden zusätzlich durch den Wehrdienst und den Pflichtstudiengang “Marxismus-Leninismus“ für alle Studenten fort. Auf diese Weise wurde die Einflussnahme eines jeden DDR-Bürgers vom sechsten Lebensjahr bis zum Ende der Ausbildung gewährleistet und setzte sich darüber hinaus in diversen sozialistischen Organisationen prinzipiell bis zum Ausscheiden aus dem Arbeitsleben fort. Bezieht man die Kinderkrippe mit ein, umfasste die ideologische Einflussnahme sogar fast die gesamte Lebensspanne eines Menschen. Bei sämtlichen sozialistischen Organisationen stand stets das Kollektiv im Vordergrund, wohingegen Individualismus wenig erwünscht war, was für sich genommen bereits bezeichnend sein dürfte. Kinder bekamen schon in der ersten Klasse das blaue Halstuch der Jungpioniere umgebunden und legten ihr Pionierversprechen ab. Die erzieherische sozialistische Zielsetzung innerhalb dieser beiden Jugendorganisationen zeigte sich in den Ausformulierungen der Gebote bzw. Gesetze überdeutlich.

So heißt es unter anderem in den Geboten der Jungpioniere:

„Wir Jungpioniere lieben unsere Deutsche Demokratische Republik...halten Freundschaft mit den Kindern der Sowjetunion...lernen fleißig, sind ordentlich und diszipliniert...achten alle arbeitenden Menschen und helfen überall tüchtig mit.[8. vgl.: Fritsche, S.: Die Mauer ist gefallen. Eine kleine Geschichte der DDR. Berlin, 2008, S. 39]

In den Gesetzen der Thälmannpioniere wurden diese ideologisch ausgerichteten Zielsetzungen schließlich noch konkreter formuliert:

„Wir Thälmannpioniere lieben unser sozialistisches Vaterland, die Deutsche Demokratische Republik...lieben und schützen den Frieden und hassen die Kriegstreiber...sind Freunde der Sowjetunion und aller sozialistischer Brudervölker...lieben die Arbeit, achten jede Arbeit und alle arbeitenden Menschen...bereiten uns darauf vor, gute Mitglieder der Freien Deutschen Jugend zu werden.“[9. vgl.: ebd. S. 48]

Was insbesondere an den Gesetzen der Thälmannpioniere auffällt, ist die Formulierung: *“...und hassen alle Kriegstreiber“*. Bei Stüber und Zapf ist gar Folgendes nachzulesen:

„Ausprägung des sozialistischen Patriotismus beinhaltet deshalb auch, den Hass auf jegliche Ausbeutung und Unterdrückung zu entwickeln und zur Klassensolidarität, zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung zu erziehen.“[10. vgl: Stübner, E.; Zapf, H., S. 73]

Es wurde demnach also über das staatliche Bildungswesen nicht nur ein kämpferischer Einsatz für die sozialistischen Ideale propagiert, es sollte darüber hinaus sogar eine regelrecht hasserfüllte Haltung gegenüber dem Klassenfeind erzeugt werden, was aus pädagogischer Sicht absolut indiskutabel ist. Ein Beweis dafür, zu welchem absurden Auswüchsen eine Verknüpfung des Bildungswesens mit einseitig politisch geprägten Zielsetzungen führen kann, insbesondere in Anbetracht der erfolgten Instrumentalisierung von Jugendorganisationen für politische Ziele. Als Beispiel sei an dieser Stelle die sogenannte *“Aktion Blitz gegen NATO-Sender“* erwähnt, für die im September 1961 rund 25.000 FDJ-Mitglieder mobilisiert wurden, um Tausende von Fernsehantennen, die auf Sender in der BRD ausgerichtet waren, in Richtung sozialistische Sender zu drehen. Äußerlich orientierte sich sowohl die Organisation der Jungpioniere als auch die Organisation der Thälmannpioniere unübersehbar an der Bündischen Jugendbewegung. Halstuch und Fahrtenhemd bzw. *“Bluse“* wurden eindeutig von den Pfadfindern kopiert, ähnlich wie dies bereits im Dritten Reich unter den Nationalsozialisten in Form der Hitlerjugend geschehen war. Insofern steht die Ausgestaltung der Jugendorganisationen in gewisser Weise in deutscher Tradition, allerdings in der Tradition der Übernahme tradierter Elemente für eigene politisch und ideologisch geprägte Zielsetzungen.

Aufgrund der bereits frühen Aktivitäten Erich Honeckers im Spartakusbund und dem Kommunistischen Jugendverband Deutschland (KJVD) liegt es nicht nur nahe, dass er von 1946 bis 1955 den Vorsitz der Freien Deutschen Jugend (FDJ) innehatte, sondern auch und gerade, dass für ihn die organisierte sozialistische Jugendarbeit innerhalb der DDR

persönlich einen entsprechend hohen Stellenwert einnahm. Man kann sich aus heutiger Sicht geradezu bildlich vorstellen, wie er den Traum von einer Jugendorganisation hegte, die in der Tradition der bündischen Jugendbewegung mit mindestens der gleichen Lebendigkeit, die noch heute sowohl bei Pfadfindern, als auch bei dem Wandervogel-Bund zu finden ist, allumfassend die sozialistischen Ideale verinnerlicht und umsetzt. Quasi eine bündische Jugendorganisation nur mit ausgetauschten Traditionen und Idealen. Der wesentliche Unterschied zwischen der bündischen Jugendbewegung und den sozialistischen Jugendorganisationen der DDR liegt allerdings in der Freiwilligkeit. Während die Jugendbewegung ein Ausdruck von Abgrenzung und Selbstbestimmung darstellte und nach wie vor stellt, wurden die sozialistischen Jugendorganisationen in der DDR von oben aufdiktiert, was völlig konträr zu den Beweggründen steht, welche die bündischen Jugendorganisationen in Eigenregie entstehen ließ, auch wenn diese offiziell auf eine freie Entfaltung aufgrund des überwundenen nationalsozialistischen Faschismus ausgerichtet waren. Dieser Gedanke drückte sich entsprechend in dem Symbol der FDJ aus - eine strahlende aufgehende, goldene Sonne vor blauem Hintergrund, was symbolisieren sollte: „Nach finsterner Nacht des Faschismus bricht nun ein neuer Tag an.“ - Ein Neubeginn für die Jugend Deutschlands, was anfangs die westdeutschen Jugendlichen durchaus ebenfalls mit einschloss. Vor allem war die FDJ im Gegensatz zu westlichen Jugendorganisationen als eine Massenorganisation angedacht und ausgelegt, die alle Jugendlichen auf dem Gebiet der DDR mit einschließen sollte.

Die Jugendlichen, die insbesondere im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts in die Natur zogen und sich auf die sogenannte "Fahrt" begaben, stammten in erster Linie aus bürgerlichen Kreisen, die sich aus der Enge, der als langweilig empfundenen bürgerlichen Gesellschaft und der zunehmenden sterilen Industrialisierung, befreien wollten, indem sie sich in der Natur selbstbestimmte Freiräume eroberten. Ein seinerseits geradezu revolutionärer Akt, der auch heute noch immer nicht als selbstverständlich anzusehen ist. Eine Form des Protestes, von jugendlicher Rebellion gegen die Eltern, das Bürgertum und das auf fieberhaften Gelderwerb ausgerichtete Unternehmertum, oder kurz gefasst: gegen das Erwachsensein. Eine Abgrenzung in dieser Form fand innerhalb der DDR weder statt, noch wäre eine solche möglich gewesen. Aus diesem Grund konnte sich keine echte Jugendbewegung entwickeln, obwohl die Beweggründe hierfür mindestens genauso gegeben waren wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Gerade in Anbetracht der allgegenwärtigen Kontrolle vonseiten der politischen Führung und der damit einhergehenden Einengung der Selbstbestimmung wäre eine solche Jugendbewegung angezeigt, ja geradezu prädestiniert gewesen. Doch eine Abgrenzung

gegen den kollektiv verordneten Sozialismus hätte der sozialistisch ausgerichteten Erziehung und Jugendpolitik der DDR von Grund auf widersprochen. Aber statt den Jugendlichen hierfür Bewegungsspielräume zu gewähren, gab man ein Konstrukt vor, das alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen ansprechen und begeistern sollte, was durch vielfältige, durchaus attraktive Angebote vom Basteln bis zum Segelflug zum Teil auch durchaus gelang, was aber eben letztlich stets ideologisch ausgerichtet gewesen ist und in Bezug auf die Wehrerziehung am deutlichsten zum Ausdruck kam. Das Wehrdienstgesetz sah hierzu eine umfassende Vorbereitung auf den Wehrdienst für Jugendliche vor, die bereits in der 9. oder 10. Klassenstufe einsetzte. Diese sah praktische Übungen und Militärlageraufenthalte zur Schaffung entsprechender Kompetenzen vor. Sowohl Marx als auch Engels vertraten bereits 1848 die Ansicht, dass sich das Proletariat selbst bewaffnen und über militärische Kenntnisse verfügen müsse, um die Macht erringen und sich gegen die Angriffe reaktionärer Kräfte behaupten zu können.[11. vgl.: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die Wehrpflicht in der DDR, Bonn 1984] Als Ergebnis einer Besprechung mit Stalin am 1. April 1952 notierte sich Wilhelm Pieck, der sich zusammen mit Walter Ulbricht und Otto Grotewohl zu Beratungen über die Vorbereitung der II. Parteikonferenz der SED in Moskau aufhielt: „FDJ muss schießen lernen“.[12. vgl.: Skyba, P., S. 180] Infolge dessen brachte die vormilitärische Erziehung Jugendliche bereits vor der Erfüllung des Grundwehrdienstes mit Schusswaffen in Kontakt, die auch im Rahmen von Schießübungen aktiv benutzt wurden.[13. vgl.: Friedrich-Ebert-Stiftung] Ein Grundstein hierfür wurde bereits 1952 gelegt, als auf dem IV. Parlament des FDJ-Verbandes vom 27. bis 30. Mai in Leipzig verkündet wurde, dass die Volkspolizei offiziell eine Patenschaft für die FDJ übernehmen wird, wodurch die Ausrichtung der FDJ auf die Unterstützung des Militärs in die Wege geleitet wurde. Am dritten Tag des Parlamentes trat schließlich im Anschluss an eine Rede von Walter Ulbricht eine Delegation der Volkspolizei auf die Bühne und überreichte 100 Kleinkalibergewehre, was von den Anwesenden mit tosendem Applaus honoriert wurde.

Laut Protokoll stimmten die Delegierten das Lied „Greift zum Gewehr, Kameraden!“ an. Im weiteren Verlauf wurde die Erwartung kundgetan, dass die Versammlung entscheidende Beschlüsse fassen solle, um die Bereitschaft und Fähigkeit der deutschen Jugend zur aktiven Verteidigung ihrer deutschen Heimat zu gewähren. Als Ergebnis stimmten schließlich sämtliche Delegierten der Patenschaft unter stürmischen „Hurra“-Rufen zu. Die Patenschaft wurde allerdings nicht von der zivilen Polizei selbst, sondern durch deren paramilitärische Verbände übernommen, die der Hauptverwaltung für Ausbildung unterstanden.[14. vgl.: Skyba, P., S. 184] Auffallend ist jedoch, dass die gesamte sozialistische Jugendorganisation, mit über zwei Millionen Mitgliedern, mit dem Fall der

Mauer quasi über Nacht aufhörte zu existieren.

Warum implodierte die gesamte sozialistische Jugendorganisation der DDR quasi in dem Moment, als der formgebende äußere Rahmen weg fiel?

Gerade diese Tatsache stellt ein deutliches Indiz dafür dar, dass es der DDR-Führung innerhalb von 40 Jahren scheinbar nicht gelungen ist, mehr als eine kleine Minderheit für ihre idealistischen, sozialistischen Ziele über deren Jugendpolitik zu erreichen. Im Gegenteil: eine 1969 durchgeführte Untersuchung des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZJF) über die Befindlichkeit der DDR-Jugend zeigte unmissverständlich auf, dass die FDJ weit davon entfernt war, die jungen Menschen in der DDR anzusprechen und deren aktive Mitwirkung in der sozialistischen Gesellschaft zu erreichen. Die Resonanz auf politische Themen war oft negativ und selbst Veranstaltungen im Freizeitbereich wurden trotz des umfangreichen Angebotes oftmals als nicht sonderlich attraktiv bzw. generell als unmodern empfunden. Das gesamte Vereinsleben stagnierte und die Mitgliedschaft verflachte zu einer reinen Formsache.

Die Jugendlichen strebten stattdessen nach Selbstbestimmung und individuellen persönlichen Freiräumen, was bei den Parteifunktionären auf Unverständnis stieß. Die Begeisterung für englische Musikrichtungen, die Vorliebe für westliche Mode und das Tragen von langen Haaren wurden als dekadent und als eine Folge des westdeutschen Herrschaftssystems und seiner psychologischen Kriegsführung angesehen. Den Erziehungsfunktionären gelang es nicht, die wahren Beweggründe der Jugendlichen zu verstehen. Das Verhalten der Jugendlichen konnten diese lediglich in Deutungsmuster des Kalten Krieges einordnen. Die im ZK der SED maßgeblichen Funktionäre hatten ihre Sozialisation in den politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik erhalten und die Zeit des Nationalsozialismus entweder im Widerstand oder im sowjetischen Exil verbracht. Aufgrund der eigenen Jugenderfahrungen standen sie den kulturellen Ausdrucksformen der jüngeren Generationen fremd und verständnislos gegenüber und es zeichnete sich aufgrund dessen mehr und mehr ein regelrechter Generationenkonflikt ab, den die Funktionäre in ihrer sozialistisch ausgerichteten Betriebsblindheit nicht sehen konnten oder wollten. Anzeichen hierfür wurden höchstens als eine Folge des negativen Einflusses des Klassenfeindes interpretiert. Aus psychologischer Sicht liegt diesbezüglich die Vermutung nahe, dass man die Existenz dieses Generationenkonfliktes nicht wahrhaben wollte, weil man sich dann hätte eingestehen müssen, dass die große Zielsetzung, der Wunschtraum einer Jugend, welche die Zukunft der DDR gestaltet und frei von der Last der Vergangenheit den Sozialismus verwirklichen würde, im Grunde gescheitert war. Somit kann die Schuldzuweisung dem westlichen Klassenfeind gegenüber als eine Art Abwehr, als

eine Form von Projektion interpretiert werden. Anstatt die Verantwortung für die eigenen Fehler selbst zu übernehmen, wurden diese auf das Feindbild abgewälzt, was wesentlich einfacher ist.

Auf diese Weise war das Scheitern einer angestaubten Jugend- und Bildungspolitik vorprogrammiert. Der Kriegsgeneration, die in der Weimarer Republik sozialisiert wurde und sowohl den Nationalsozialismus als auch die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges erlebt hatte und entsprechend geprägt aus dieser Zeit hervorgegangen war, standen die Nachkriegsgenerationen gegenüber, die dafür ihrerseits nicht allzu großes Verständnis aufbrachten und nach vorne blicken wollten, anstatt rückwärts gewandt ständig an die Traditionen des sozialistischen Arbeiterkampfes und des Antifaschismus erinnert zu werden. Sie wollten Kinder ihrer eigenen Zeit sein und ihre Jugend selbstbestimmt gestalten. Man könnte gar vermuten, dass die Kriegsgeneration aufgrund ihrer eigenen Jugenddefizite den nachkommenden Generationen ihre Jugendzeit nicht wirklich gönnen konnte, was man übrigens in gewisser Weise auch auf die BRD beziehen könnte. Aber wie dem auch sei, fest steht, dass das Projekt sozialistische Kinder- und Jugenderziehung für den Klassenkampf und der Verwirklichung eines nachhaltigen zukunftsweisenden Sozialismus nicht wirklich gelungen ist. Dies zeigt, dass auch der größte, umfassendste idealistisch geprägte Einfluss von außen, niemanden wirklich erreichen kann, wenn all dies lediglich aufgezwungen wird und aufgrund fehlender eigenen Motivation kein fruchtbarer Boden existiert, auf dem ein überspringender Funke landen könnte. Dazu bahnt sich ein Zitat von Antoine de Saint-Exupéry geradezu ins Bewusstsein: *„Wenn du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Werkzeuge vorzubereiten, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer!“*

Offensichtlich ist es in der DDR nicht gelungen, die heranwachsenden Generationen für die Idee des real gelebten Sozialismus wirklich zu begeistern. Doch genau dies wäre eine Grundvoraussetzung gewesen, damit die Jugendorganisationen zu einem Erfolg hätten werden können und zwar so, dass die Kinder und Jugendlichen aus eigenem Antrieb, aus eigenem Interesse und vor allem aus eigener Überzeugung heraus, am Vereinsleben teilnehmen. Dies ist allerdings nur auf dem Prinzip der Freiwilligkeit möglich. Keine einzige Jugendgruppe könnte beispielsweise funktionieren und sich mit Lebendigkeit füllen, wenn deren Mitglieder lediglich von ihren Eltern zu einer Teilnahme gezwungen werden würden, weil sie die dort geleistete Jugendarbeit für eine gute Sache halten. Unter Zwang kann weder Motivation, noch Kreativität und schon gar keine echte Freude entstehen. Nach Carl Rogers ist es in der Erziehung wichtig, ob ein Kind Autonomie genießt oder unter ständiger

Kontrolle leidet, denn Autonomie ist gleichbedeutend mit Vertrauen in das Kind, das für die Unterstützung der freien Entfaltung von essenzieller Bedeutung ist. Ständige Bevormundung, Kontrolle, Überprüfung und Zwang sind hingegen zu vermeiden. Doch genau diese Autonomie wurde den Kindern und Jugendlichen innerhalb der sozialistischen Erziehung nicht gewährt. Im Gegenteil!

Stattdessen stand vielmehr eine umfassende Kontrolle im Vordergrund, die gegebenenfalls zu empfindlichen Sanktionen führen konnte. Selbst ein im Übermut erzählter Witz mit politischem Inhalt reichte bereits aus, um Jugendliche in ernsthafte Bedrängnis zu bringen. Delinquente oder nach Paragraph 249 StGB als „asozial“ registrierte Jugendliche wurden zur Umerziehung in dafür eigens vorgesehene Umerziehungsheime eingewiesen, wie z. B. in den geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. Dort wurden die Jugendlichen unter haftähnlichen Bedingungen einem von Drill und Demütigungen geprägten Umerziehungsprogramm zugeführt.[15. vgl.: Caroline F.: Einweisung zur Umerziehung. Vom Umgang mit sozial auffälligen Jugendlichen, in: Horch und Guck 2/2008, S. 6-7] Aus diversen Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Bezug auf die Definition des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“ geht hervor, dass eine gezielte „politisch-ideologische Diversion“ der Jugend durch den Klassenfeind ernsthaft befürchtet wurde.

Dort wurde unter anderem ausformuliert:

„Bestandteil der gegen den realen Sozialismus gerichteten à Subersion des Feindes, der die subversiven Angriffe auf ideologischem Gebiet umfaßt. Mit der politisch-ideologischen Diversion strebt der Feind in einem langfristig angelegten, mehrstufigen Prozeß subversive Ziele an. Sie bestehen in der Zersetzung des sozialistischen Bewußtseins bzw. der Störung und Verhinderung seiner Herausbildung, in der Untergrabung des Vertrauens breiter Bevölkerungskreise zur Politik der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Staaten... Durch die politisch-ideologische Diversion sollen folglich die ideologische Substanz und die verfassungsmäßigen Grundlagen in den sozialistischen Staaten in Gang zu setzen sein.“[16. vgl.: BSTU, GVS, JHS, 001 - 400/81, S. 323/324; BSTU, MfS, JHS, Nr: 183/85, Ausf. Bl. 1 bis 72]

Weiter heißt es unter dem Punkt „Rückgewinnung“:

„Methode der vorbeugenden politisch-operativen Arbeit des MfS. Inhalt der R. ist es, Personen, die durch gegnerische Einflüsse auf feindlich-negative ideologische Positionen abgeglitten sind oder bereits feindlich-negativ wirksam wurden, durch geeignete politisch-operative Maßnahmen sowie ideologische, moralische u. a. Einflußnahme in ihrer

antisozialistischen Position zu erschüttern und diese abzubauen. Ziel der R. ist es, diese Personen zur Aufgabe ihrer feindlich-negativen Position zu führen und sie zu einer zumindest loyalen Einstellung und Verhaltensweise gegenüber der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung zu veranlassen.“[17. vgl.: BSTU, GVS, JHS, 001 - 400/81, S. 337; BSTU, GVS MfS 0008-18/81, Ex.-Nr.: 779]

Daraus lässt sich schließen, dass ein abweichendes unerwünschtes Verhalten grundsätzlich weder als ein Ausdruck von Individualität, noch als entwicklungsbedingte Verhaltensweise in Folge der Adoleszenz interpretiert wurde, sondern offenbar lediglich in politisch-ideologischen Denkmustern vor dem Hintergrund des kalten Krieges gedeutet werden konnte. Wie sollen aber auf diese Weise die für das Erwachsen werden so bedeutungsvolle Mündigkeit und Kritikfähigkeit heranreifen? Doch genau dies war ja auch gar nicht erwünscht. DDR-Bürger sollten weder mündig, noch kritisch sein, sondern als linientreue Zahnräder im sozialistischen Kollektiv verlässlich funktionieren und, falls überhaupt, Kritik ausschließlich an den Klassenfeind adressiert äußern. Aus pädagogischer Sicht drängt sich die Frage geradezu auf, wie naiv die Verantwortlichen wohl gewesen sein müssen, um ernsthaft zu glauben, dass eine solche Rechnung wirklich aufgehen könnte. Aber genau dies ist eben der springende Punkt, weil diesbezüglich weniger pädagogische, sondern vielmehr politisch geprägte, idealistische Beweggründe und Zielsetzungen im Vordergrund standen. Man ging einfach davon aus, dass der Sozialismus die denkbar beste Staats- und Gesellschaftsform darstellt und das deutsche Volk nach einer Verkettung von Misere mit der Umsetzung des real gelebten Sozialismus endlich sein Endziel in Sachen Staatsform erreicht hätte. Vor diesem Hintergrund konnte ein nahe bringen dieser Gesellschaftsform auch nur das Beste für die heranwachsenden Generationen darstellen. Demnach mussten diese, quasi zu ihrem eigenen Wohle, davon überzeugt werden, wie wichtig es ist, die gleichen politischen Ideale anzustreben und zwar bis auf das letzte Individuum, auch und gerade, wenn es noch an der notwendigen Einsicht hierzu mangelte und begriffsstutzige Klientel im eigenen Interesse notfalls mit drastischen Maßnahmen zwangsbeglückt werden mussten.

Unter diesen Voraussetzungen konnten die sozialistischen Jugendorganisationen nie zu einem wirklichen Selbstläufer werden, allein schon aus Ermangelung an entsprechenden geistigen Freiräumen, die dazu notwendig gewesen wären, vor allem aber weil man den Kindern und Jugendlichen zu wenig Vertrauen entgegen gebracht hat. Wenn der Sozialismus wirklich rundum so perfekt und erstrebenswert wäre, wie dies vonseiten der DDR-Eliten dargestellt wurde, dann hätten ja die Jugendlichen in Ostdeutschland ausschließlich von sich aus erkennen müssen, dass dieser das mit Abstand Beste ist, das ihnen jemals widerfahren konnte, so dass hierfür gar keine große Überzeugungsarbeit

notwendig gewesen wäre.

Robert Baden-Powell, der Gründer der Pfadfinderbewegung, war der Überzeugung, dass Kinder und Jugendliche bereits durchaus in der Lage sind, Beachtliches selbstständig auf die Beine zu stellen und sich positiv zu entwickeln, wenn man ihnen Vertrauen entgegen bringt und sie im eigenständigen Tun ihre eigenen Erfahrungen machen und darüber lernen lässt. Und dies, wohlgemerkt, zu einer Zeit, in der die Überzeugung gesellschaftlicher Konsens war, dass Heranwachsenden vor der Vollendung ihres 21. Lebensjahres nichts ernsthaft zugetraut werden könnte. So prägte er denn auch das pädagogische Prinzip „Learning by doing“ (Lernen durch Tun, Lernen durch Handeln), das zu Beginn des 20. Jahrhunderts geradezu revolutionär gewesen ist und auch heute noch nichts an Aktualität eingebüßt hat.

In Anbetracht der gängigen SED-Parole *„Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!“*, dürfte sich wohl die berechtigte Frage stellen, ob man mit der Sowjetunion auch für die Jugendpolitik der DDR den richtigen Paten ausgewählt hatte.

Quellen:

BSTU, GVS, JHS, 001 - 400/81, S. 323

BSTU, GVS, MfS, 0008-18/81, Ex.-Nr.: 779

BSTU, MfS, JHS, Nr: 183/85, Ausf. Bl. 1 bis 72

Literaturverzeichnis:

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die Wehrpflicht in der DDR. Bonn, 1984.

Fritsche, Susanne: Die Mauer ist gefallen. Eine kleine Geschichte der DDR. Berlin, 2008.

Meier, Helmut/ Schmidt, Walter (Hrsg.): Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker. Berlin, 1988.

Müller, Jost: Sozialismus. Hamburg, 2000.

Radbruch, Gustav: Kulturlehre des Sozialismus. Ideologische Betrachtungen. Frankfurt am Main, 1970.

Stübner, Erwin/ Zapf, Helmut (Hrsg.): Sozialistischer Patriotismus und proletarischer Internationalismus. Berlin, 1981.

Skyba, Peter: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949 - 1961. Köln 2000.

Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Göttingen, 2001.

Fußnoten:

Das Mauerspiel 1378 (km): Ein Selbstversuch

Grenzsoldat oder Flüchtling: Das vom Medienkunststudenten Jens M. Stober entwickelte Computerspiel [1378 \(km\)](#) simuliert die Fluchtversuche von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik Deutschland vor dem Mauerfall - aus der typischen Ego-Shooter-Perspektive. Über das Spiel wurde im Vorfeld viel und kontrovers diskutiert. Grund genug für mich, es zu testen.

In einem [ZDF-Interview](#) legte der Entwickler Jens Stober seine Intention zur Entwicklung des Spiels dar: „Ich versuche Jugendliche mit ihrem Leitmedium, dem Computerspiel, anzusprechen, ihnen geschichtliches Wissen zu vermitteln und ihnen diese soziale Komponente, die soziale Interaktion, mitzuliefern, so dass sie merken, ich habe mich falsch verhalten.“ Dabei soll weniger die Spielaction als der pädagogische Lerneffekt im Mittelpunkt stehen, so Stober.

Heftige Kritik am Spiel

Doch bereits im Vorfeld der [offiziellen Präsentation](#) am Freitag, 10. Dezember, hatte es massive Proteste gegeben. So kritisierte die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) in einer [Presseerklärung](#), dass das Spiel „ein Beitrag zur Enthemmung und Brutalisierung der Gesellschaft“ sei. Hubertus Knabe, Leiter der Stasi-Gedenkstätte in Hohenschönhausen, erstattete gar [Anzeige](#) bei der Berliner Staatsanwaltschaft. Auch die [öffentlichen Statements](#)

und Einschätzungen vieler Historiker und Politiker fallen negativ aus.

Das Spiel im Test

Ich habe das Spiel getestet. Vorweg: Die Installation ist zeit- und kostenaufwendig, denn obwohl das Spiel gratis ist, benötigt man zusätzliche kostenpflichtige Software. Die Gesamtinstallation inklusive Einrichten eines Online-Accounts und dem Kauf der Zusatzsoftware dauerte insgesamt eine gute Stunde.

Das Gameplay: Die einem zugewiesenen Aufgaben sind davon abhängig, welche Seite man spielt. Als Mitglied der Grenztruppe hat man die Optionen, DDR-Flüchtlinge zu verhaften, ihnen bei der Flucht zu helfen oder sie zu erschießen – letzteres wird jedoch bestraft und man hat sich am Ende bei einem Mauerschützen-Prozess zu verantworten. Als Flüchtling ist es dagegen das Hauptziel, den Todesstreifen (BRD-Bezeichnung) bzw. Sicherheitsstreifen (DDR-Bezeichnung) zu überwinden, um in die Bundesrepublik Deutschland zu fliehen.

1378 (km) ist eine Modifikation (MOD) auf Basis von Half-Life 2: Deathmatch und ist momentan noch von Bugs belastet. Diese sollen durch Updates behoben werden, so die Entwickler. Ein Termin für ein erstes Update wurde aber noch nicht angekündigt. Die Grafik befindet sich auf dem Stand von 2004. Die Reaktionen der Gaming-Community (siehe z. B. Spieltest von krawall.de oder [Kommentare](#) zum Spiel) fielen dementsprechend überwiegend schlecht aus. Das Fazit vieler User: zu viele Bugs, zu alte Grafik, zu lieblose Umsetzung. Der Spielverlauf ist monoton gehalten, die Aktionsvielfalt aus der Ich-Perspektive ist sehr überschaubar. Dies entspricht auch der Ankündigung, mit dem Spiel eine realistische Simulation und keinen neuen Action-Shooter zu schaffen – eben ein „Serious-Game“, so die Entwickler.

Pädagogisch wertvoll?

Ein positiver Ansatz ist, dass der Spieler als Grenzsoldat nicht dazu gezwungen ist, auf Flüchtlinge zu schießen und dass man nur erfolgreich sein kann, wenn man diese nicht tötet. In diesem Punkt unterscheidet sich das Spiel ganz klar von einem typischen Ego-Shooter, der die Eliminierung der Gegner oftmals als zentrales Ziel hat. Dennoch muss man kritisch nachfragen, welche unerschwelligen Lerninhalte vermittelt werden sollen. Problematisch ist dazu noch, dass das Spiel vom Spielentwickler vorsichtshalber ab 18 Jahren

veröffentlicht wurde, weshalb es formal einen großen Teil der Zielgruppe ausschließt. Von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPJM) oder vergleichbaren Prüfstellen wurde 1378 (km) nach Anfrage von politik-digital.de noch nicht indiziert.

Jens Stober erklärt in einem [Interview](#), er habe für 1378 (km) „das Genre des Egoshooters genommen, weil das bei Jugendlichen das meistgespielte Genre überhaupt ist. Damit kann man sie unbewusst an das Spiel heranlocken, aber trotzdem ernsthafte Themen vermitteln.“ Der Medienpädagoge Gerald Jörns schreibt dazu in seinem [Blog](#): „Die Grundannahme des Spielkonzepts, dass der dumme Ego-Shooter-Spieler einfach alles in der Erwartung niedermähen wird, dass das Spiel es belohnen werde, ist also schlicht falsch. Es kommt einem beinahe so vor, als ob der Entwickler – wie auch bei der recht negativen Bewertung existierender Ego-Shooter – Gamer und Games pauschal etwas gering schätzt. Zu dumm nur, dass auf dieser falschen Ansicht die gesamte Spielidee beruht.“

Doch unabhängig vom pädagogischen Wert des Spiels hat das Team um Jens Stober eines erreicht: Mit der Diskussion um 1378 (km) wird auch die Geschichte der innerdeutschen Grenze thematisiert. Und das quer durch alle Generationen.

Dieser Beitrag wurde von mir auf politik-digital.de am 22.12.2010 unter einer Creative Commons - Lizenz erstveröffentlicht.

Entnazifizierung light?

Inhaltsverzeichnis

[1. Einführung](#)

[2. Hauptteil](#)

[2.1 Die DDR: Der fortschrittliche deutsche Staat](#)

[2.2 Entnazifizierung als Vehikel der allgemeinen Säuberungspolitik in der SBZ](#)

[2.3 Antifaschismus als Legitimationsmittel](#)

[2.4 Restlose Entnazifizierung als moralische Waffe](#)

[2.5 Probleme und Einschränkungen bei der Entnazifizierung](#)

3. Fazit

4. Literaturverzeichnis

1. Einführung

Am Ende des Zweiten Weltkriegs war Deutschland besiegt und von den Alliierten besetzt. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg, an dessen Ende die Legende vom „Dolchstoß“ entstand, den die „im Felde unbesiegte“ Reichswehr von der Heimatfront aus erhalten habe, lag das Reich militärisch völlig besiegt am Boden. Dieses Mal waren die siegreichen Alliierten entschlossen, Deutschland jegliche Möglichkeit zu zukünftiger Aggression zu entziehen. Daher beschlossen sie u.a. bereits im Krieg, dass die deutschen Kriegsverbrecher und Verantwortlichen für den Vernichtungskrieg ihrer gerechten Strafe zugeführt werden sollten. Dies geschah schließlich auch in den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher sowie deren Folgeprozessen und einigen weiteren Verfahren wie dem Ulmer Einsatzgruppenprozess oder dem Auschwitz-Prozess, die dann allerdings schon unter (west-)deutscher Justiz vollzogen wurden. Auch in der DDR gab es vergleichbare Verfahren (Waldheim-Prozesse) und viele andere Kriegsverbrecher wurden an den Stätten oder in den Ländern ihrer Vergehen gerichtet, so z.B. Rudolf Höß, der in Polen verurteilt wurde. Doch was geschah mit der breiten Masse der Bevölkerung? Jenen Millionen von Deutschen, die durch mehr oder weniger aktive Teilnahme an oder auch „nur“ durch stilles Dulden der verbrecherischen Praktiken des NS-Regimes an dessen Erhalt mitgewirkt hatten? Sollte man sie komplett aus der Gesellschaft ausschließen oder sollte man ihnen ihre „Fehler“ verzeihen? Und wie sollte man mit verschieden hohen Graden an Schuld umgehen, die die Menschen auf sich geladen hatten? Dies alles waren Fragen, die sich die Besatzungsmächte stellen mussten als sie das Verfahren der Entnazifizierung einleiteten. Wenn dieses auch anfangs unter der Prämisse stand, den Deutschen restlos jeden Drang und jede Voraussetzung zu einer neuerlichen Aggression zu nehmen, so wirkten sich doch bald die aktuellen politischen Entwicklungen im beginnenden Kalten Krieg darauf aus. Das sich verschlechternde Verhältnis zwischen den ehemaligen Verbündeten

in Ost und West, die sich abzeichnende geteilte Entwicklung der verschiedenen Besatzungszonen, die Berlin-Blockade und die schließlich erfolgende Gründung zweier Staaten auf deutschem Boden waren nicht dazu angetan, den unbedingten Willen zur vollständigen Entnazifizierung zu erhalten. So entwickelte sich eine „Entnazifizierung light“, die zwar viele ehemalige Nazis erfasste, aber auch vielen die lückenlose Integration ermöglichte. Ich möchte mich hier vorwiegend auf die Vorgänge in der SBZ/DDR beschränken.

2.1 Die DDR: Der fortschrittliche deutsche Staat

Der selbst ernannte Arbeiter- und Bauernstaat sah sich als der Teil Deutschlands, der eine Kontinuität zu den guten Linien der deutschen Geschichte herstellte, im Gegensatz zum kapitalistischen Gegner im Westen, der die schlechten Traditionen des Kaiserreichs und natürlich des Nationalsozialismus fortführte. Man sah sich als der fortschrittliche, in die Zukunft gewandte Staat, der dem reaktionären, „faschistischen“ Gebilde der BRD in allen Belangen überlegen war. Insbesondere galt dieser Vorsprung für die Vergangenheitsbewältigung und somit auch die Entnazifizierung. „Die Vergangenheit bewältigen, das heißt die Lehren aus der Geschichte zu ziehen, die faschistischen und revanchistischen Kräfte aus dem Staatsapparat [zu] entfernen und den aggressiven Kräften des Monopolkapitals die ökonomischen Machtmittel [zu] nehmen, damit sie nicht einen dritten Raubkrieg organisieren können“ (Ulbricht)[1]. Hier hört man sehr genau die in der DDR gängige Faschismustheorie heraus, die vom Faschismus als einer „offene[n] terroristische[n] Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ sprach. Durch diese Verbindung von Faschismus und Kapitalismus verlor der Nationalsozialismus jede Beziehung zur sozialistischen DDR. Somit war der einzige Staat, der noch verantwortlich war, die Bundesrepublik, die sich ja auch als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches sah. Für Albert Norden war die DDR „das gute Deutschland [...], das die Vergangenheit bewältigt und überwunden hat“. Die DDR war durch Säuberungen von allen Wurzeln des Nationalsozialismus befreit und somit ein neuer Staat ohne jegliche Kontinuität zum Deutschen Reich, was die BRD eben genau nicht geschafft habe. Man hatte dadurch sozusagen den Nationalsozialismus aus dem eigenen Staat „herausinterpretiert“. Die Zeit des Nationalsozialismus sei eine „Phase der Fremdherrschaft“ (Martin Broszat) gewesen ohne eigentlichen Bezug zur eigenen Geschichte. Die DDR erklärte sich somit auch zu einem Sieger des 2. Weltkriegs. „Eine kleine Gruppe von

Antifaschisten, die das Land regierte, hat ihr Siegesbewusstsein [...] aus pragmatischen Gründen auf die ganze Bevölkerung übertragen“, schreibt Christa Wolf.

2.2 Entnazifizierung als Vehikel der allgemeinen Säuberungspolitik in der SBZ

Ohne Frage wurde die Entnazifizierung in der SBZ wesentlich härter durchgeführt als in den westlichen Zonen. Sie führte in Ostdeutschland bis zum 31.12.1950 zu 12.147 Bestrafungen von Nazi- und Kriegsverbrechern, wohingegen es in der BRD insgesamt nur 6.456 waren. Man spricht von etwa 200.000 Entlassungen im Zuge der Entnazifizierung, bei etwa 4 Mio. Angehörigen der NSDAP und ihrer Gliederungen in der SBZ bei Kriegsende. In diesem Zusammenhang muss man auch sehen, dass hier die Unterscheidung zwischen „aktiven“ und „nominellen“ NSDAP-Mitgliedern gemacht wurde, die einen großen Teil der Menschen von vornherein von der schlimmsten Schuld rein wusch. Dabei verblüfft, dass die KPD kurz nach Kriegsende noch ganz anders dachte und auf die SMAD einzuwirken versuchte; in einem Bericht des Informationsbüros der SMAD „über die politische Lage in Deutschland“ vom 3.11.1945 findet man folgende Aussage: „Die Kommunisten erklären ununterbrochen, dass nicht nur die Nazis oder die deutsche Bourgeoisie, sondern auch das ganze deutsche Volk die Schuld an Hitlers Eroberungskrieg trägt.“[2] Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass die Sowjets und die neuen maßgeblichen deutschen Eliten den Deckmantel der Entnazifizierung zur groß angelegten Säuberung missbrauchten. Jeder, der missliebig oder gefährlich war oder dem Regime nicht passte, wurde aus seiner Stellung entfernt oder gar in einem der „Speziallager“ des NKWD interniert, die teilweise in ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslagern wie Sachsenhausen oder Buchenwald installiert worden waren. Interessanterweise wurden diese Lager im von seinem Selbstverständnis her so bewältigungsstarken Staat lange Zeit völlig tabuisiert. Diese Entfernung oder Internierung traf vor allem Beamte, Lehrer, Juristen, Gutsbesitzer, Industrielle und andere „Kapitalisten“, unabhängig von ihrer politischen Einstellung. Jene Maßnahmen dienten der Ausschaltung des Widerstandes gegen die Reformen in Industrie und Landwirtschaft, sowie allgemein der Vorbereitung der kommunistischen Herrschaft. Im Zuge dieser Reformen kam es zu einer „Bodenreform“, bei der alle Landbesitzer von mehr als 100 Hektar enteignet wurden, ehemalige Nazis sowieso, auch wenn ihr Land kleiner war. Auch

Industriekomplexe wurden eingezogen oder als Teil der Reparationen in die UdSSR transportiert. Diese Enteignungen galten als Bestrafung der Kriegsinteressenten. Hier spielte den Machthabern eine schwammige Formulierung des Alliierten Kontrollrats in die Karten, der den Status „Nazi-Aktivist“ definiert hatte. Als „Nazi-Aktivist“ konnte jeder gelten, der den „Frieden des deutschen Volkes oder der Welt“ gefährdete. Jeder, der gegen den Antifaschismus eingestellt war, war nach dieser Logik ein Faschist. Mit dieser Definition war dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet, denn wer konnte schon beurteilen, ob jemand ein „gefährlicher Deutscher“ war? Interniert waren unter anderem auch Jugendliche, von denen man annahm, sie seien Mitglieder der fiktiven „Werwolf-Organisation“ gewesen, Volkssturm-Mitglieder, aber auch nominelle Parteimitglieder der NSDAP sowie „Trotzkisten“, „Titoisten“ und Sozialdemokraten. Diese Bestimmung galt in der DDR bis ins Jahr 1955, in dem alle besatzungsrechtlichen Bestimmungen aufgehoben wurden. Ein weiteres großes Problem waren Denunziationen. Wenn jemandem ein Nachbar oder Arbeitskollege nicht passte, erklärte man kurzum, dieser sei ein schlimmer Nazi gewesen. Solch eine Aussage reichte völlig aus, um die sowjetischen Sicherheitsorgane zugreifen zu lassen. Von den NS-Verbrechern in sowjetischem Gewahrsam wurden im Jahre 1950 etwa zehntausend dem DDR-Innenministerium zur Verbüßung der Strafe übergeben. Der größte Teil wurde jedoch in der zweiten Hälfte der 50er Jahre amnestiert. Am 2. Oktober 1952 erhielten alle ehemaligen Nazi-Anhänger durch ein Gesetz ihre vollen Rechte als Staatsbürger der DDR.

2.3 Antifaschismus als Legitimationsmittel

Der Antifaschismus wurde in der DDR immer vehement herausgehoben. Durch ihn war das SED-Regime in der Lage, sich gegenüber der BRD als überlegen darzustellen, vor allem moralisch gesehen. Man habe in der DDR die richtigen Lehren aus der Geschichte gezogen und einen antifaschistischen Staat begründet, der mit der NS-Vergangenheit restlos aufgeräumt habe. Adenauers Ablehnung einer tiefgreifenden Säuberung lieferte der SED die beste Munition im Kalten Krieg. Die DDR-Führung behauptete, die ehemaligen Nazis komplett aus der Politik, der Wirtschaft und dem gesellschaftlichen Leben an sich entfernt zu haben, entweder durch Aburteilung oder durch Bekehrung zur eigenen Sache. Sie behauptete auch, dass sämtliche führenden Politiker der DDR am antifaschistischen Widerstand teilgenommen hätten. Es gab viele ehemalige

NSDAP-Mitglieder, die ihr Fähnchen ein weiteres Mal in den Wind hängten und sich dem neuen Regime anschlossen. Das genügte den Kommunisten bei sogenannten „nominellen Parteigenossen“ der NSDAP, gegen die keine Anklage wegen irgendwelcher Verbrechen erhoben wurde, meist, um sie sozusagen zu exkulpieren. Diese Leute hätten begriffen, dass sie Fehler gemacht hätten, aber nun seien sie auf den rechten Weg eingeschwenkt. Generell kann man feststellen, dass die Nachsicht mit den kleinen, unbedeutenden, „nominellen“ NSDAP-Mitgliedern auch im Osten Deutschlands sehr groß war. Da die DDR-Ideologie den Faschismus eigentlich ausschließlich dem „Monopolkapital“ und somit der Großbourgeoisie ankreidete, waren die „kleinen Leute“ im Prinzip schon per se nicht voll schuldig. Außerdem habe es ja in der Arbeiterklasse sehr starken Widerstand gegen Hitler und sein Regime gegeben. Dies war ein deutliches Angebot zur Integration der vielen Mitläufer. Die Verstrickungen des „einfachen Volkes“ blieben lange ein Tabuthema. Die „großen“ Täter und Verantwortlichen des Nazi-Regimes aber verfolgte man in der SBZ und später in der DDR mit großem Eifer und Nachdruck, wovon nicht nur die berühmt-berüchtigten „Waldheimer Prozesse“ Zeugnis ablegen, in denen angeblich die „wirklich schweren Nazi-Täter“ verurteilt wurden. Durch die Nutzung des Antifaschismus als Staatsdoktrin befreite sich die DDR von der unheilvollen Erbschaft des NS-Regimes, „antifaschistisch“ hieß „demokratisch“, meistens auch gemeinsam gebraucht, der Aufstand vom 17. Juni war eine „faschistische Provokation“ und die Mauer wurde als „antifaschistischer Schutzwall“ verkauft. Der Begriff Faschismus wurde in der DDR inflationär gebraucht. Die Partei- und Staatsführung weigerte sich, eine Mitverantwortung der DDR für die deutsche Geschichte in der NS-Zeit anzuerkennen. Der „Kampf gegen den Faschismus“ hatte immer weniger mit dem Nationalsozialismus und immer mehr mit dem Kalten Krieg zu tun.

2.4 Restlose Entnazifizierung als moralische Waffe

Die SED-Führung war jederzeit stolz darauf, den Faschismus in ihrem Land „mit der Wurzel“ ausgerissen zu haben. Diese Leistung wurde stets als Waffe gegen die „faschistische“ Bundesrepublik Adenauers und seiner Nachfolger ins Feld geführt, indem man betonte, dass in der DDR, im Gegensatz zur BRD, kein einziger Mensch mit einer NS-Vergangenheit auch nur irgendetwas zu bestimmen habe. Man stellte sich als den einzigen deutschen Staat hin, der es geschafft habe, die braune Vergangenheit abzustreifen. Der Jurist Kaul formulierte 1961

zur besonderen Art der Wiedergutmachung in der DDR: „Sie besteht darin, dass wir die Nazis aus ihren Stellungen entfernt haben und dass ein Nazi in der DDR zu keiner wichtigen Position gelangen kann.“ Die DDR sah sich als ein „Volk von Antifaschisten“. Sie bekam sogar internationale Anerkennung dafür, dass sie der Teil Deutschlands war, der es besser geschafft habe, die NS-Vergangenheit zu überwinden. Die umfassende Entnazifizierung habe zusammen mit der Bodenreform und der Kollektivierung der Landwirtschaft dazu geführt, dass die „Junker und Kriegsverbrecher in die Bonner Republik übergesiedelt“ seien. Eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit durch Millionen von Mitläufern blieb jedoch aus. Bemerkenswert ist es auch, dass die Entnazifizierung zwar immer als Ruhmesblatt der DDR-Geschichte dargestellt wurde, ihr Kern jedoch nie tangiert wurde. Der DDR-Historiker Wolfgang Meinicke stellte dazu 1984 fest: „In den vorliegenden Arbeiten über Probleme der antifaschistischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone blieb die Frage nach Verlauf, Wesen und Ergebnissen der Entnazifizierung weitgehend ausgeklammert“[3]. Mit Feuereifer waren DDR-Historiker und -juristen bei der Sache, wenn es darum ging, ehemalige Nazis in politischer Verantwortung in der BRD zu entlarven. Beispiele hierfür sind Theodor Oberländer oder Hans Globke, über die in der DDR in Abwesenheit Gericht gehalten wurde. Für diese Propaganda gab es ein spezielles Gremium, den „Ausschuss für die Deutsche Einheit“ unter der Führung von Albert Norden, der für diese Kampagnen gegen Westdeutschland zuständig war. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch das „Braunbuch“ über die Kriegs- und Naziverbrecher in der BRD, vor allem in Hinsicht auf die Selbstdarstellung der DDR. Hier seien nur einige Beispiele genannt:

„Die DDR erfüllte den Auftrag des deutschen Volkes und der Völker der Welt, alle Kriegs- und Naziverbrechen zu ahnden und gerecht zu sühnen“, „obwohl nach 1945 der weitaus größte Teil der Kriegs- und Naziverbrecher in die westlichen Besatzungszonen flüchtete“.

„Selbstverständlich enthält das Braunbuch keine Namen nomineller Mitglieder der NSDAP. Die DDR hat immer konsequent zwischen der Millionenzahl ehemaliger Mitglieder der Nazi-Organisationen unterschieden, die selber irregeführt und betrogen wurden, und jener abscheulichen Gruppe von Hintermännern, Initiatoren und Profiteuren der Naziverbrecher“.

„Die DDR hat stets ihren Teil dazu [beigetragen], dass die Vergangenheit in ganz

Deutschland bewältigt wird“. „Es gibt in der DDR keinen Richter oder Staatsanwalt, der der NSDAP angehörte“.

„Es war für die Justiz der DDR, die auf der Grundlage humanistischer deutscher Rechtstraditionen völlig neu aufgebaut wurde, eine Selbstverständlichkeit, alle Nazi- und Kriegsverbrechen zu ahnden und gerecht zu sühnen“.[4]

2.5 Probleme und Einschränkungen bei der Entnazifizierung

Probleme organisatorischer Art tauchten vielerorts auf. So hatten die Sowjets zuerst sämtliche aktiven Nazis und schließlich alle nominellen NSDAP-Mitglieder aus dem Justizapparat entfernt. Darunter litt das System, denn zuerst verließ man sich auf bürgerliche Juristen ohne NS-Vergangenheit, wobei aber ein erheblicher Personalmangel bestehen blieb. Schließlich setzten die Sowjets auf in Crashkursen ausgebildete „Volksrichter“, denen aber eine gewisse Kompetenz abging. Solch eine Situation gab es in vielen Bereichen. Besonders problematisch waren die Facharbeiter zu handhaben, denn sie konnte man nicht kurzerhand ersetzen, man brauchte ihr Know-how, was dazu führte, dass gerade bei diesen oft ein Auge zugeedrückt wurde, wenn es um ihre Verstrickung ins NS-System ging. Früh gab es Ausnahmeregelungen, die es zuließen, dass ehemalige PG´s eingestellt wurden, wenn es an einer anderen geeigneten Fachkraft mangelte. Diese Regelung konnte natürlich fast beliebig gedehnt werden und die Ausnahmen wurden schnell zur Regel. Schließlich wurde im Mai die NDPD gebildet, die quasi als Auffangbecken für Ehemalige funktionierte und das Ziel hatte, deren Integration zu fördern. Laut Ulbricht sollten diese Ehemaligen ihre „alten Fehler durch ehrliche Mitarbeit wieder gut machen“. Außerdem fehlte es einfach auch an Personal für die umfangreichen bürokratischen Anforderungen der Entnazifizierung, zumal die Sowjets anfangs kein Interesse an deutscher Beteiligung an diesem Verfahren zeigten. Erst mit dem SMAD-Befehl vom 16.8.1947 übertrugen sie die Verfolgung an deutsche Stellen. Dafür hatten sie drei Gründe. Zum Ersten sollte diese Maßnahme eine Intensivierung und damit eine Beschleunigung des Verfahrens bringen, zweitens hatte die SED um eine erste Amnestie für nominelle PG´s gebeten und schließlich war man in der Sowjetunion der Meinung, man habe in diesem Sektor jetzt „genug getan“ und könne an die deutschen Stellen übergeben. Schon ab 1947/48 ging die SED dazu über, trotz weiterhin verhängter harter Strafen bei Schauprozessen, einen Integrationskurs gegenüber ehemaligen Parteimitgliedern einzuschlagen. Es gab fortan nur noch vorsichtige Worte über das verbrecherische Erbe des NS-

Regimes zu hören. Hier werden die zunehmenden politischen, taktischen Probleme in Zusammenhang mit der Entwicklung zum Kalten Krieg deutlich. Es kam zu einer Verschränkung zwischen forcierter Strafverfolgung bei Hauptverbrechern, gezielter Rekrutierung von Polizei- und Militärangehörigen und Amnestierungen von NS-Verurteilten. Dies wirft ein deutliches Licht auf die spezifischen Interessen und Ziele der kommunistischen Vergangenheitspolitik im Vorfeld der Staatsgründung. Man beanspruchte die Deutungsmacht über den Täterbegriff, betrieb die sozioökonomische Umwälzung mit Hilfe des Strafrechts und schaltete die „Feinde des Aufbaus“ aus. Die DDR-Geschichtswissenschaft verbreitete später die Legende, dass der Terror der Anfangszeit ausschließlich Nazi- und Kriegsverbrecher getroffen habe. Am 26. Februar 1948 ordnete die SMAD durch den Befehl Nr. 35 an, die Tätigkeit der Entnazifizierungskommissionen bis zum 10. März 1948 einzustellen und die Kommissionen aufzulösen. In den Tageszeitungen hieß es am 21. April 1948: „Der Schlussstrich ist gezogen!“

3. Fazit

Die Entnazifizierung war in der SBZ/DDR ohne Zweifel ein größerer Erfolg als in der BRD. Doch darf man auf keinen Fall die problematischen Aspekte aus dem Blick verlieren. Das SED-Regime nutzte diesen „Erfolg“ über den westdeutschen Rivalen auf breiter Linie für die eigenen Zwecke aus und stellte sich als moralisch überlegen dar. Die Entnazifizierung reihte sich ein in die allgemeine Antifaschismusattitüde der DDR und diente als Legitimierung gegenüber der BRD. Bei einer Podiumsdiskussion im Martin-Gropius-Bau kam mir vor kurzem der Ausspruch zu Ohren, es habe im Dritten Reich etwa 20.000 aktive Widerständler gegeben, von denen 17 Millionen später in der DDR gelebt hätten. Das trifft den Nagel meiner Meinung nach genau auf den Kopf. Die SED-Führung gerierte sich und ihr gesamtes Volk als absolut gereinigte und exkulpierte Gemeinschaft, die keinerlei Kontinuitäten zum NS-Regime aufweise. Ganz im Gegenteil seien ja alle Nazis in den Westen geflohen, was man auch an der klaren antifaschistischen Haltung der DDR sehen könne. Doch auch in der SED gab es Tausende von ehemaligen Anhängern der NSDAP, das ließ sich nicht verleugnen. Sicherlich wurde die Entnazifizierung nicht ausschließlich und anfangs nicht einmal vorwiegend zur Beschleunigung kommunistischer Herrschaftsansprüche genutzt. Doch haben sich beide Komponenten frühzeitig stark vermischt und gewiss stand die Entnazifizierung in der SBZ von Anfang an im Schatten des

politischen Neuaufbaus. Schnell wurde der neue Feind wichtiger als der alte und so legte man mehr Wert auf das „Wohin?“ als auf das „Woher?“. Die DDR gesellte sich zu den Siegern des 2. Weltkrieges und prangerte stets die ungebrochenen Kontinuitäten der BRD zum Dritten Reich an. Hier spielt doch eine gehörige Portion Selbstüberschätzung und Verkennung der Tatsachen eine gewichtige Rolle. Die restlose Entnazifizierung der DDR passte nur zu gut in das allgemeine sozialistische Geschichtsbild. Viele unbequeme Fakten wurden einfach verschwiegen oder unter den Teppich gekehrt. Man muss auch konstatieren, dass die Entnazifizierung sicherlich auf dem Papier besser funktioniert hatte als in den Köpfen der Menschen. Die mentale Einstellung der Bevölkerung änderte sich durch sie kaum und sie blieb dadurch letztlich ein äußerer, nicht internalisierter Prozess. Nicht zu unterschätzen ist allerdings in der gesamten Angelegenheit, dass die gelenkten DDR-Historiker dennoch einen wesentlichen Beitrag zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit geleistet haben, auch wenn diese vorwiegend auf jenen Feldern passierte, die ins Gesamtbild des Regimes passten, wie zum Beispiel die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. In diesem Sinne muss man sehr vorsichtig sein bei einer Bewertung der Entnazifizierung im Ostteil Deutschlands, die einerseits sehr hart und tiefgreifend vor sich ging, andererseits aber ebenso wie im Westen deutliche Lücken und Kompromisse erkennen lässt.

4. Literaturverzeichnis

Bergmann, Werner (Hg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, DDR und BRD, Frankfurt a. M. 1995.

Bonwetsch, Bernd; Bordjugov, Gennadij; Naimark, Norman: Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov (Archiv für Sozialgeschichte Beiheft 20), Bonn 1998.

Eckert, Rainer; von Plato, Alexander; Schüttrumpf, Jörn (Hg.): Wendezeiten - Zeitenwände. Zur „Entnazifizierung“ und „Entstalinisierung“, Köln 1991.

Fürstenau, Justus: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher

Nachkriegspolitik, Berlin 1969.

Herbert, Ulrich: Zweierlei Bewältigung, Hamburg 1992.

Herf, Jeffrey: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998.

Hoffmann, Christa: Stunden Null. Vergangenheitsbewältigung in Deutschland 1945 und 1989, Bonn/Berlin 1992.

Kappelt, Olaf: Die Entnazifizierung in der SBZ sowie die Rolle und der Einfluss ehemaliger Nationalsozialisten in der DDR als ein soziologisches Phänomen, Hamburg 1997.

Nationale Front des Demokratischen Deutschland: Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin (Ost) 1965.

Rößler, Ruth-Kristin (Hg.): Die Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945-1948, Goldbach 1994.

Reichel, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland, München 2007.

Stern, Leo: Die DDR - Verkörperung der progressiven Traditionen der deutschen Geschichte, in: ZfG XVII (1969).

Weinke, Annette: Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigung 1949-1969, Paderborn u.a. 2002.

Wille Manfred: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Magdeburg 1993.

Fußnoten:

[1] Zitiert nach: Stern, Leo: Die DDR - Verkörperung der progressiven Traditionen der deutschen Geschichte, in: ZfG XVII (1969) 3. S. 1112.

[2] Bonwetsch, Bernd; Bordjugov, Gennadij; Naimark, Norman: Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung

(Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov. (Archiv für Sozialgeschichte Beiheft 20). Bonn 1998. S. 20.

[3] Meinicke, Wolfgang: Die Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1948, in: Wendezeiten - Zeitenwände. Zur „Entnazifizierung“ und „Entstalinisierung“. Köln 1991. S. 33.

[4] Zitate aus: Nationale Front des Demokratischen Deutschland: Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin (Ost) 1965.

Faustus-Debatte in der SED-Kulturpolitik der 50er Jahre

Inhaltsverzeichnis

[1. Einführung](#)

[2. Hauptteil](#)

[2.1 Historischer Hintergrund - Musik in der DDR](#)

[2.2 Hanns Eislers „Johann Faustus“ und die Faustus-Debatte](#)

[3. Fazit - Die kulturpolitische Konfrontation](#)

[4. Literaturverzeichnis](#)

1. Einführung

„Hübsch provokant ist ja das Ganze [...]“^[1], antwortete Thomas Mann im November 1952 dem Komponisten Hanns Eisler auf seinen Textentwurf des Librettos „*Johann Faustus*“. Diese Bemerkung scheint dabei repräsentativ für die gesamte musikwissenschaftliche und politische Auseinandersetzung mit dem Werk Eislers in der Öffentlichkeit der DDR. Welches Ausmaß diese unkonventionelle Faust-Interpretation auf die Kulturpolitik der DDR wirklich haben sollte und welche Reaktionen durch diesen Text ausgelöst wurden, konnte

Thomas Mann dennoch nicht einmal ansatzweise ermessen. Ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung des „*Johann Faustus*“ von Hanns Eisler entbrannte 1953 am Beispiel dieses Entwurfs eine der grundlegendsten Diskussionen über die künstlerische Verwendung und Verwertung des Werks Goethes. Die, unter dem Namen *Faustus-Debatte* bekannt gewordene, Konfrontation spiegelt die elementare Diskrepanz zwischen einer freien künstlerischen Interpretation des klassischen Erbes auf der einen Seite und der Vorgaben der SED in der Klassikrezeption auf der anderen Seite wider. Der Untersuchungsgegenstand des vorliegenden Essays soll jedoch keine inhaltliche Analyse der Oper Eislers darstellen, sondern eine nähere Betrachtung des dazugehörigen öffentlichen Diskurses. Inwieweit verfolgte die *Faustus-Debatte* literarische oder politische Intentionen? Welche Bedeutung besaß diese Auseinandersetzung im Rahmen der angestrebten Kulturpolitik der DDR und welche tatsächlichen Absichten verfolgte Eisler mit seinem Libretto? Ziel des Essays ist es, unter Berücksichtigung der vielseitigen Hintergrundinformationen, die *Faustus-Debatte* aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und in die Politik der SED der 50er Jahre einzuordnen.

2.1 Historischer Hintergrund - Musik in der DDR

In den Gründungsjahren der Deutschen Demokratischen Republik kennzeichnete die SED, neben der Orientierung nach sowjetischem Vorbild, auch die „besondere Pflege des ‚klassischen‘ Kulturguts“[\[2\]](#) als einen wesentlichen Eckpfeiler ihrer Kulturpolitik. Nachdem die Geschichtspolitik der DDR zunächst durch eine pessimistische Sicht auf die deutsche Vergangenheit gekennzeichnet war, wurde die verfolgte „*Misere-Theorie*“ ab 1950 stückweise zurückgenommen. Die „Lasten des deutschen Versagens“[\[3\]](#) wogen zu schwer auf dem jungen Geschichtsbewusstsein der Deutschen Demokratischen Republik. Innerhalb der Umstrukturierung und Umgestaltung aller Lebens- und Arbeitsbereiche nach einer positiven programmatischen Linie der Einheitspartei, wurden auf der Basis des sozialistischen Realismus Dogmen in Kraft gesetzt, die einen Rückgriff auf die Klassik postulierten. Auf welche Art und Weise die Auseinandersetzung mit den traditionellen nationalen Errungenschaften gestaltet werden sollte, wurde jedoch klar vorgegeben. Aus der absoluten Mustergültigkeit der Vorgaben und ihrer bedingungslosen Deutungsvariationen resultierte geradezu eine Entpolitisierung und Instrumentalisierung der Kunst für die politischen Intentionen der SED in den ersten zwei Jahrzehnten ihrer Existenz. Warum aber wählte die DDR gerade

die deutsche Klassik als einen ihrer zentralen „Gründungs- und Orientierungsmythen“[\[4\]](#)?

In erster Linie hatte die SED durch den Verweis auf die deutsche Historie und Tradition die unvergleichliche Gelegenheit, sich aus der Vergangenheit heraus in der Gegenwart zu legitimieren. Dadurch stieß sie nicht nur auf große Zustimmung bei der Bevölkerung, die sich eher von nationalen als von sowjetischen Vorbildern angesprochen fühlte. Zudem konnte sie, Bezug nehmend auf die klassischen deutschen Ideale, ihre eigenen kulturpolitischen Vorstellungen verbreiten. Die Verflechtung der deutschen Klassik mit der Programmatik der DDR beinhaltete aber auch politische Brisanz. Der gemeinsame historische Hintergrund wurde auch in der Konfrontation der Bundesrepublik mit der DDR aufgegriffen. Im Kampf um die Rechtmäßigkeit des eigenen deutschen Staates wurde die „Geschichte als Waffe“[\[5\]](#) eingesetzt. Im Mittelpunkt des „Klassikzentrismus“[\[6\]](#) standen dabei die Werke Johann Wolfgang von Goethes und Friedrich Schillers. Durch die aufwendigen Inszenierungen des Goethe-Jahres 1949 und des Schiller-Jahres 1955 versuchte die SED einen nationalen Enthusiasmus in der gesamten Bevölkerung auszulösen.

Die scheinbar grenzenlose, von der Parteispitze angeordnete, Begeisterung gipfelte darin, dass Goethe zum „Taufpaten der DDR“[\[7\]](#) ernannt wurde und der Ausspruch „Schon Goethe“[\[8\]](#) zu einem Schlachtruf in der Kulturpolitik dieser Zeit avancierte. Schlüsselbegriffe, wie Nationalität, Sozialismus und Identität, wurden eindrucksvoll aus den berühmten Stücken des deutschen Dichters herauskristallisiert. Dabei wurde die Figur des Doktor Faustus zu einem positiven Helden stilisiert, der als Vordenker und Visionär einer sozialistischen Staatsform umgedeutet wurde.

2.2 Hanns Eislers „Johann Faustus“ und die Faustus-Debatte

Hanns Eisler gilt als einer der bedeutendsten Komponisten der Deutschen Demokratischen Republik. Er arbeitete an vielen musikalischen Kompositionen, Büchern und Zeitschriftenartikeln, die sich überwiegend großer Beliebtheit erfreuten. Außerdem arrangierte Eisler die Musik für die Nationalhymne des sozialistischen Staates, für die er im Oktober 1950 den Nationalpreis I. Klasse der DDR erhielt. Deswegen scheint es aus der heutigen Perspektive besonders interessant, dass Hanns Eisler mit dem Stück „*Johann Faustus*“ für eine Oper berühmt geworden ist, bei der die Musikbegleitung nie von ihm komponiert

wurde. Diese „Oper ohne Musik“[\[9\]](#) wurde 1952 publiziert und löste im darauf folgenden Jahr eine große kulturpolitische Welle der Kritik im SED-Regime aus. Um diese Reaktionen beurteilen zu können, wird im Folgenden kurz auf den Inhalt des Librettos eingegangen. Eisler projiziert die Figur des Goethe'schen Faust in die Zeit nach dem Deutschen Bauernkrieg, der 1524/25 immense Auswirkungen auf Deutschland besaß.

Im 16. Jh. konnten und wollten die Bauern die Repressalien der herrschenden Feudalgesellschaft nicht mehr länger hinnehmen und forderten ihre eigenen Rechte. Weiterhin greift Hanns Eisler die Rolle der beiden Kontrahenten Martin Luther und Thomas Müntzer für die damalige Zeit auf. Während Müntzer die Aufstände der Bauern unterstützte, war Luther entschieden gegen diese Art und Weise, seiner Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Im ersten Akt des Stückes schließt Faust, der aus einer Bauernfamilie stammt, ein Abkommen mit Mephisto, um den unerträglichen Erinnerungen des Verrates an seinen Mitmenschen und seiner Untätigkeit in den Bauernaufständen entfliehen zu können. Im Gegenzug dazu erhält der Teufel Pluto, als Auftraggeber Mephistos, Fausts Seele. Beide reisen im zweiten Akt, gemeinsam mit Fausts lebenslustigem Diener Hanswurst, nach Atlanta in die USA.

Doktor Faustus muss jedoch mit seiner Gefolgschaft erneut nach Wittenberg fliehen, nachdem seine Affäre mit der Hofdame und seine Verwicklungen in den Deutschen Bauernkrieg aufgedeckt wurden. Im dritten und letzten Akt verfällt Faust zunehmend in Depressionen. Seine steigende Anerkennung in der Öffentlichkeit divergiert zu den eigenen Empfindungen, Schuldgefühlen und Leistungen. So bekommt er im Höhepunkt der Oper Eislers für seine „ideologische Hilfe während der Bauernunterdrückung“[\[10\]](#) eine weitere Doktorwürde verliehen, obwohl die tatsächlichen Taten des Faust im völligen Kontrast dazu stehen. Die Gegensätzlichkeit zwischen Luther und Müntzer während und unmittelbar nach dem Deutschen Bauernkrieg greift der Komponist in seiner literarischen Gestaltung auf, indem sich Faust, als bekennender Anhänger Müntzers, am Ende des Librettos Luther zuwendet und ihn umarmt.

Im Zentrum des Entwurfs Eislers steht jedoch nicht der Verrat des Doktor Faustus an seinem gesamten Umfeld, sondern vielmehr die negativen Konsequenzen aus seinen Handlungen. Genau diese pessimistische, zwiespältige und zweifelnde Darstellung des Protagonisten in dem Werk von Hanns Eisler ist der Ausgangspunkt für die Kritiken der SED-Kulturpolitiker. Die intensive

Auseinandersetzung der geisteswissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit der DDR mit dem Werk „*Johann Faustus*“ von Hanns Eisler basiert im Kern auf drei Diskussionsrunden, die von Mai bis Juni 1953 in der Akademie der Künste in Berlin veranstaltet wurden. Wortführer der *Faustus-Debatte* waren Alexander Abusch und Wilhelm Girnus aus den Reihen der SED. Alexander Abusch, der zur damaligen Zeit Bundessekretär des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung war, gilt als inoffizielles Mitglied des Ministeriums für Staatssicherheit. Wilhelm Girnus verfügte, als ein Mitglied der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten und als stellvertretender Chefredakteur des *Neuen Deutschland*, über einen großen Wirkungsbereich in der programmatischen Gestaltung kultureller Angelegenheiten der DDR-Regierung. Zu den weiteren Teilnehmern der so genannten „*Mittwochsgesellschaften*“ gehörten aber auch Autoren, Komponisten, Literatur- und Theaterwissenschaftler, wie Bertolt Brecht, Arnold Zweig, Helene Weigel, Walter Felsenstein und Johannes Becher.

Ausgangspunkt der ersten „*Mittwochsgesellschaft*“ am 13. Mai 1953 waren die Aufsätze „*Faust - Held oder Renegat in der deutschen Nationalliteratur?*“ von Alexander Abusch und „*Das »Faust«-Problem und die deutsche Geschichte*“ vom Redaktionskollegium des *Neuen Deutschland*. Ganz im Sinne des Klassikmythos und der Goethe-Rezeption der DDR stellt Alexander Abusch in der Diskussion Faust als einen „großen positiven Held des klassischen deutschen Nationaldramas“[\[11\]](#) dar, der die „Tragödie des inneren deutschen Freiheitskampfes“[\[12\]](#) repräsentiert, sinngemäß zu den Anschauungen von Friedrich Engels und Karl Marx. Im gleichen Atemzug verweist Abusch auf die Arbeit von Eisler, der „bisher noch nicht tief genug die Grundfragen unseres patriotischen Kampfes durchdacht und deshalb auch noch nicht eine echte Beziehung zu dem großen Erbe unserer Nationalliteratur“[\[13\]](#) aufgebaut hat. Der Kritiker erkennt zwar die Ideen Hanns Eislers an, erklärt aber, dass die negative Darstellung des Goethe'schen Faust, als eine zentrale nationale Heldenfigur der DDR, dem klassischen Werk und der vorgegebenen Lesart nicht gerecht werden kann. Wilhelm Girnus beschreibt den „*Johann Faustus*“ von Eisler in strikter Abgrenzung zu seinen anderen Arbeiten, die große Zustimmung im SED-Regime erhielten. Er schließt seine Ausführung damit ab, dass die Figur des Faust in dieser Interpretation „pessimistisch, volksfremd, ausweglos, antinational“[\[14\]](#) ist und somit abzulehnen ist. Eine der wenigen befürwortenden Stimmen in diesem Diskurs war der Beitrag „*Doktor Faustus und der deutsche Bauernkrieg*“ von

Ernst Fischer.

Diese positive Rezension des Librettos wurde bereits ein halbes Jahr vor der öffentlichen Auseinandersetzung publiziert. Aufgrund von zum Teil provokativen Formulierungen, wie der Beschreibung des „deutschen Humanisten als Renegaten“[\[15\]](#) oder der Faust-Figur als „Zentralgestalt der deutschen Misere“[\[16\]](#), bot der Artikel für die Kritiker dieser Faust-Inszenierung viele Angriffspunkte. Nicht nur, dass die Gegner des „*Johann Faustus*“ von Hanns Eisler in diesem Text Bestätigung ihrer Vorwürfe fanden, auch der Autor Ernst Fischer selbst rückte in das Blickfeld der Diskutanten. Im Verlauf der nächsten beiden „*Mittwochsgesellschaften*“ wurde Eisler die Gelegenheit dazu gegeben, sich zu rechtfertigen. Des Weiteren beteiligten sich einige Förderer des Librettos an der Debatte, wie Bertolt Brecht und Arnold Zweig. Dessen ungeachtet war der Anteil der kritischen Stimmen deutlich größer, als der der Befürworter. Kurz vor der dritten und letzten Diskussionsrunde wurden im *Neuen Deutschland* zudem Leserbriefe abgedruckt, die Aufsehen erregend ihre Ablehnung gegenüber dem Werk Eislers Ausdruck verleihen sollten. So illustrieren „vier ‚Werkstätige‘[...] ihre ‚Empörung‘ gegen ‚eine so frivole Verhöhnung des vielleicht genialsten und dem deutschen Volke teuer gewordenen Meisterwerkes“[\[17\]](#).

Nicht nur der Wahrheitsgehalt und die Urheber der Zeitungsbeiträge sind zu hinterfragen, sondern auch ihr Publikationsort im *Neuen Deutschland*. Schließlich endeten die drei „*Mittwochsgesellschaften*“ mit dem Verbot der Oper „*Johann Faustus*“ und dem Rückruf der noch nicht verkauften Exemplare des Textentwurfes zur Einlagerung in den Kommissions- und Großbuchhandel in Leipzig. Nach dem Abschluss der *Faustus-Debatte* zog sich Hanns Eisler nach Wien zurück. Enttäuscht über die Ablehnung seines Werkes, beendete er die Arbeit an seiner Interpretation des Faust, ohne die dazugehörige Musik zu seiner Oper komponiert zu haben. Schon im Oktober 1953 bat er die SED um Erlaubnis, wieder in die DDR zurückzukehren. Die Zustimmung von der Parteiführung wurde Eisler erst 1955, also rund zwei Jahre später, erteilt. Das Libretto „*Johann Faustus*“ wurde nach einigen erfolglosen Versuchen erst 1982 durch das Berliner Ensemble in der DDR uraufgeführt. Nach einer Vertonung des Textes durch Friedrich Schenker konnte das Stück Eislers erst 2004 in Kassel verwirklicht werden, als Oper mit musikalischer Begleitung.

3. Fazit - Die kulturpolitische Konfrontation

Bei der Einordnung der *Faustus-Debatte* in die Kulturpolitik der DDR wird schnell deutlich, dass die negative Darstellung des Protagonisten nicht der damaligen programmatischen Klassikrezeption entsprach. Kaum hatte Walter Ulbricht 1952 endgültig die „*Misere-Theorie*“ revidiert und an das nationale Bewusstsein der Bevölkerung appelliert, publizierte Hanns Eisler seinen „*Johann Faustus*“. Während die DDR gerade einen unvergleichlichen „geschichtspolitischen Schöpfungsakt“[\[18\]](#) von einer pessimistischen und hoffnungslosen zu einer vaterlandsliebenden und optimistischen Konfrontation mit der Vergangenheit vollzog, illustrierte Eisler einen Faust, der das genaue Gegenteil zu all diesen Bestrebungen darstellte. Verdeutlicht man sich diesen Sinnzusammenhang, musste das Libretto des Komponisten unabwendbar auf großen Widerspruch treffen.

Welche Bedeutung aber besaß die *Faustus-Debatte* für die SED-Politik? Zunächst wurde an dem Werk Eislers ein Exempel statuiert. Sein „*Johann Faustus*“ entsprach nicht den Richtlinien und musste folglich geahndet werden. Die *Faustus-Debatte* konzentrierte sich jedoch nicht allein auf Hanns Eisler. Auch Befürworter dieses Stückes, wie Ernst Fischer und Bertolt Brecht, gerieten in die Kritik der Teilnehmer der „*Mittwochsgesellschaften*“. Zudem fand nicht nur eine politische, sondern auch eine detaillierte literarische Auseinandersetzung mit dem Textentwurf Hanns Eislers statt. Des Weiteren dienten die Diskussionsrunden auch dazu, sich des politischen Standortes des Autors zu vergewissern. Denn Hanns Eisler war kein Parteimitglied, hatte mehrere Jahre in den USA verbracht und besaß dadurch noch viele internationale Kontakte. Außerdem bildeten einige seiner Melodien, die er zu Liedtexten von Ernst Busch verfasst hatte, die Grundlage für Jazz-Stücke und fielen somit in der DDR dem ‚Formalismusvorwurf‘ zum Opfer.

Überdies war einer seiner größten Sympathisanten Bertolt Brecht, der mit seiner eigenen Faustinterpretation auch in die Kritik der DDR geraten war. Gemäß der Staatspolitik der SED gehörte Eisler zu einem Personenkreis der kulturellen Öffentlichkeit, der zwangsläufig unter engerer Beobachtung stand. Beschäftigt man sich mit der Musik im SED-Regime von 1949 bis 1969 näher, kristallisieren sich zwei Charaktere der musikalischen Elaborate heraus: „DDR-Musik und Musik aus der DDR“[\[19\]](#). Auch wenn der Unterschied zwischen beiden Intentionen hauchfein scheint, ist er für die Bewertung der *Faustus-Debatte* von enormer Aussagekraft. Die Musiker in der DDR zerteilten sich in zwei Lager. Auf der einen

Seite standen diejenigen, die sich mit der vorgegebenen Klassikrezeption der Kulturpolitik arrangierten und teilweise auch identifizierten. Diesen Künstlern standen Musiker gegenüber, die sich innerhalb ihres Schöpfungsprozesses nicht von der SED-Programmatik beeinflussen ließen. Das Bemerkenswerte an dieser Differenzierung ist, dass alle Künstler auf ihre Art und Weise versuchten, mithilfe ihrer Arbeit einen Beitrag zum Aufbau des sozialistischen deutschen Staates zu leisten. Somit sind die Musiker, die ungeachtet vorgegebener Normen komponierten, nicht sofort als Gegner der DDR zu verstehen, sondern einzig und allein als Kritiker ihrer „staatlichen Pseudomusikästhetik“[\[20\]](#). Zu diesen Künstlern zählt Hanns Eisler.

Als ein bekennender Kommunist mit der Wahlheimat DDR, versucht er seiner künstlerischen Freiheit und Kreativität Ausdruck zu verleihen – ohne jedoch die vorgegebenen politischen Paradigmen zu berücksichtigen. Der Übergang zwischen einfachem Experimentieren mit allen möglichen Mitteln und deren Verwirklichung im legalen Rahmen der SED-Bestimmungen scheint fließend zu sein. Auf der anderen Seite muss sich Eisler der Bedeutung seiner Publikation bewusst gewesen sein, wenn er die Entwicklung in der Kulturpolitik der DDR verfolgt hatte. Als ein renommierter und gefeierter Komponist konnte er großen Einfluss auf die kulturelle Gestaltung des neuen deutschen Staates ausüben. Welche Absichten verfolgte er also mit seinem Opernlibretto? Unterstellt man der Konzeption des „*Johann Faustus*“ politische Motive, so muss die inhaltliche Umsetzung des Goethe-Klassikers eindeutig als Verstoß gegen die propagierte Klassik-Rezeption gewertet werden. Kontrastiert man diese Hypothese mit der Arbeitsweise von freien Künstlern, kann man schließlich keine eindeutige Antwort auf die Frage geben.

Nicht nur die Intentionen Hanns Eislers bleiben undurchsichtig, sondern auch die der Mitstreiter in der *Faustus-Debatte*. Da die Kulturpolitik in den ersten Jahren der SED-Herrschaft zum Aufgabenbereich der Parteispitze gehörte und noch nicht über das Ministerium für Staatssicherheit kontrolliert wurde, sind auch die Absichten der Diskutanten essentiell für eine Beurteilung des Entscheidungsprozesses. Welche Rolle spielte eigentlich Alexander Abusch bei der Diskussion? Als Urheber der „*Misere-Theorie*“ hätte er doch diesen schwermütigen Zugang zum Goethe'schen Faust als einen letzten Versuch der Umsetzung seiner Theorie unterstützen können. Doch Abusch, der genau in diesem Zeitraum unter näherer Beobachtung der SED stand, versuchte

höchstwahrscheinlich in der *Faustus-Debatte* seine Parteitreue zu demonstrieren. Köster illustriert, dass Abusch vormittags über die richtige Faust-Interpretation diskutierte und sich nachmittags in geheimen Befragungen behaupten musste. Für Wilhelm Girnus hingegen scheint die Debatte eine Herzensangelegenheit. Für ihn war Goethe die Verkörperung alles Positiven und der Hoffnung, die ihm angeblich dabei geholfen hat, die Zeit im KZ Sachsenhausen zu überstehen. Insgesamt ist die *Faustus-Debatte* als Ausdruck einer literarischen und kulturpolitischen Konfrontation mit dem Klassiker J. W. von Goethes zu werten.

Die Kulturpolitiker, welche individuellen Beweggründe sie auch dazu bewogen haben mögen, mussten bezüglich der Zuwiderhandlung der musikalischen Doktrin der SED-Regierung reagieren bzw. Stellung beziehen. Insofern stellen die „*Mittwochsgesellschaften*“ und das Verbot der Oper eine unverkennbare und einschneidende politische Einflussnahme auf das Libretto „*Johann Faustus*“ dar. Letztendlich sind die systemkritischen Beiträge von Hanns Eisler und Bertolt Brecht in den 50er Jahren Einzelfälle und scheinen somit keinen großen Einfluss auf die kulturelle Entwicklung der DDR, abseits politischer Programmatik, gehabt zu haben.

4. Quellen- und Literaturverzeichnis

Abusch, Alexander: Faust - Held oder Renegat in der deutschen Nationalliteratur?, in: Die Debatte um Hanns Eislers "Johann Faustus". Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S. 47-61.

Betz, Albrecht: Hanns Eisler. Musik einer Zeit, die sich eben bildet, hrsg. v. Heinz Ludwig Arnold, München 1976.

Dietrich, Gerd: „Die Goethepächter“. Klassikmythos in der Politik der SED, in: Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht, hrsg. v. Lothar Ehrlich/ Gunther Mai, Köln/ Weimar/ Wien 2000, S. 151-174.

Eisler, Hanns; Mann, Thomas: Briefwechsel über „Faustus“, in: Sinn und Form. Beiträge zur Literatur - Sonderheft Hanns Eisler, hrsg. v. d. Deutschen Akademie der Künste, Berlin 1964, S. 246-247.

Fischer, Ernst: Doktor Faustus und der deutsche Bauernkrieg. Auszüge aus dem Essay zu Hanns Eislers Faust-Dichtung, in: Die Debatte um Hanns Eislers "Johann

Faustus“. Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S. 21-36.

Köster, Maren: Negative und positive Helden? Probleme der Rezeption der Faustus-Debatte, in: Hanns Eislers »Johann Faustus«. 50 Jahre nach Erscheinen des Operntextes 1952. Symposium, hrsg. v. Peter Schweinhardt, Wiesbaden 2005, S. 95-108.

Neues Deutschland, Redaktionskollegium: Das »Faust«-Problem und die deutsche Geschichte, in: Die Debatte um Hanns Eislers "Johann Faustus". Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S.91-101.

Schebera, Jürgen: Nachbemerkung. Oper ohne Musik, in: Johann Faustus, Hanns Eisler, Leipzig 1996.

Tischer, Matthias: Musik aus einem verschwundenen Staat, in: Musik in der DDR. Beiträge zu den Musikverhältnissen eines verschwundenen Staates, hrsg. v. Matthias Tischer, Berlin 2005, S. 1-11.

Wißmann, Friederike: Klassik als Auftrag und Selbstentwurf - Faust-Vertonungen in der DDR, in: Musik in der DDR. Beiträge zu den Musikverhältnissen eines verschwundenen Staates, hrsg. v. Matthias Tischer, Berlin 2005, S. 152-165.

Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.

Fußnoten:

[1] Mann, Thomas: Briefwechsel über „Faustus“, in: Sinn und Form. Beiträge zur Literatur - Sonderheft Hanns Eisler, hrsg. v. d. Deutschen Akademie der Künste, Berlin 1964, S. 247.

[2] Wißmann, Friederike: Klassik als Auftrag und Selbstentwurf - Faust-Vertonungen in der DDR, in: Musik in der DDR. Beiträge zu den Musikverhältnissen eines verschwundenen Staates, hrsg. v. Matthias Tischer, Berlin 2005, S. 152 - 165, hier S. 152.

[3] Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001, S. 67.

[4] Dietrich, Gerd: „Die Goethepächter“. Klassikmythos in der Politik der SED, in: Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht, hrsg. v. Lothar Ehrlich/ Gunther Mai, Köln/ Weimar/ Wien 2000, S. 151 - 174, hier S. 151.

[5] Wolfrum, Geschichte als Waffe, S. 71.

[6] Wißmann, Klassik als Auftrag und Selbstentwurf, S. 160.

[7] Dietrich, Gerd, „Die Goethepächter“, S. 160.

[8] Wißmann, Klassik als Auftrag und Selbstentwurf, S. 153.

[9] Betz, Albrecht: Hanns Eisler. Musik einer Zeit, die sich eben bildet, hrsg. v. Heinz Ludwig Arnold, München 1976, S. 191.

[10] Betz, Hanns Eisler, S. 195.

[11] Abusch, Alexander: Faust - Held oder Renegat in der deutschen Nationalliteratur?, in: Die Debatte um Hanns Eislers „Johann Faustus“. Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S. 47-61, hier S. 53.

[12] Abusch, Faust - Held oder Renegat, S. 52.

[13] Abusch, Faust - Held oder Renegat, S. 60.

[14] Neues Deutschland, Redaktionskollegium: Das »Faust«-Problem und die deutsche Geschichte, in: Die Debatte um Hanns Eislers „Johann Faustus“. Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S.91-101, hier S. 101.

[15] Fischer, Ernst: Doktor Faustus und der deutsche Bauernkrieg. Auszüge aus dem Essay zu Hanns Eislers Faust-Dichtung, in: Die Debatte um Hanns Eislers „Johann Faustus“. Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S. 21 - 36, hier S. 27.

[16] Fischer, Doktor Faustus, S. 27.

[17] Zit. nach: Schebera, Jürgen: Nachbemerkung. Oper ohne Musik, in: Johann Faustus, Hanns Eisler, Leipzig 1996, S. 162.

[18] Wolfrum, Geschichte als Waffe, S. 69.

[19] Tischer, Matthias: Musik aus einem verschwundenen Staat, in: Musik in der DDR. Beiträge zu den Musikverhältnissen eines verschwundenen Staates, hrsg. v. Matthias Tischer, Berlin 2005, S. 1-11, hier S. 7.

[20] Tischer, Musik aus einem verschwundenen Staat, S. 8.

Der Riss der Generationen in den achtziger Jahren

Inhaltsverzeichnis

[1. Einführung](#)

[2. Hauptteil](#)

[2.1 Die großen Alten und die mittlere Generation](#)

[2.2 Die Generation der Sprachveränderer](#)

[2.3 Reaktionen der Etablierten](#)

[3. Schlussbemerkung](#)

[4. Quellen- und Literaturverzeichnis](#)

1. Einführung

Die Kulturpolitik der DDR bewegte sich in den Jahren ihrer Existenz zwischen Eiszeit und Tauwetter. Nach der seit 1965 besonders starr gewordenen kulturpolitischen Atmosphäre wurde zu Beginn der siebziger Jahre eine neue Ära in der Kulturpolitik eingeleitet. Honeckers Statement: „Wenn man von der festen Position des Sozialismus ausgeht, kann es meines Erachtens auf dem Gebiet von Kunst und Literatur keine Tabus geben“^[1], wurde als Aufforderung in Richtung kultureller Freizügigkeit interpretiert. Die SED-Führung bestimmte ab 1971 drei kulturpolitische Leitpunkte: Erstens die Anhebung des kulturellen Niveaus der Bevölkerung, zweitens die Förderung des sozialistisch-realistischen

Kunstschaffens und drittens ein auf Vertrauen basierendes, kameradschaftliches Miteinander zwischen Partei und Kulturschaffenden. Das vertrauensvolle Verhältnis zwischen Staatsführung und Intelligenz erhielt jedoch spätestens 1976 tiefe Risse, denn die Ausbürgerung Wolf Biermanns wirkte massiv auf den größten Teil der Intellektuellen. Nach Werner Mittenzwei war Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre noch immer eine Stetigkeit bezüglich der DDR-Literatur auszumachen. Trotzdem kam es in dieser Zeit zu einer „*Veränderung im literarischen Kräftefeld*“ [2]. Unter der jüngeren Autorengeneration machte sich Unbehagen gegenüber den renommierten Schriftstellern breit. Sie fühlten sich als „Randständige“ und warfen den kulturpolitischen Institutionen Vernachlässigungen vor. Die Werke dieser Autoren standen jedoch durchaus in Kontinuität zu den Veröffentlichungen anerkannter Schriftsteller, denn in der Einstellung zur DDR unterschied man sich kaum. Abweichend verhielt es sich mit der jüngsten Autorengeneration zu Beginn der achtziger Jahre. Diese neue Generation, welche die Traditionen der Vätergeneration radikal ablehnte, suchte nach einer neuen Ausdrucksform für ihre Unruhe, ihren Unmut und ihre Wünsche. Die sich vor allem in Berlin Prenzlauer-Berg, aber auch in Dresden-Neustadt oder Leipzig-Connewitz formierenden Gruppierungen suchten eine neue Ausdrucksweise, eine „*andere Sprache*“ [3]. Es entstand eine andere Literatur, eine intuitive Literatur, deren Antrieb „*radikale Neusetzung*“ [4] war. Verfechter dieser anderen Sprache waren Lutz Rathenow, Uwe Kolbe, Sascha Anderson, Bert Papenfuss-Gorek oder Rainer Schedlinski, um nur einige zu nennen. Diese Befreiungsversuche blieben nicht nur auf die jüngste Generation der Autorenschaft beschränkt. Auch Kulturschaffende in Theater, Film, Bildender Kunst oder Musik versuchten sich den staatlichen Vorgaben zu entziehen. Dieser Essay konzentriert sich jedoch auf den Riss der Generationen in den achtziger Jahren bezüglich der Autorenschaft und fragt, wie dieser zu erklären ist und sich äußerte.

2.1 Die großen Alten und die mittlere Generation

Die verschiedenen Autoren-Generationen der DDR unterschieden sich insbesondere durch ihre geschichtliche Erfahrung. Die erste und somit älteste Generation war stark durch den Zweiten Weltkrieg geprägt, den viele von ihnen als Soldaten erlebten. Gezeichnet durch den erfahrenen Hitlerfaschismus und den zerstörerischen Krieg fiel es dieser Generation wohl kaum schwer, sich für einen radikalen Neuanfang im Sinne des Sozialismus einzusetzen. Die Hoffnung auf das

neue System als „das Andere“, war in den Köpfen präsent. Den damals gegenwärtigen marxistischen Ideen entzog sich nur eine Minderheit. Auch wenn es schon nach kurzer Zeit Auseinandersetzungen zwischen den Kulturschaffenden und der Parteiführung geben sollte, blieb die deutsche Kriegsvorgangeneit derjenige Punkt, an dem sich beide Seiten immer wieder trafen. Den Auftritt der zweiten Schriftsteller-Generation der DDR kann man – wie zumindest Uwe Wittstock schreibt – auf den Tag genau bestimmen. Wittstock datiert das Erscheinen dieser Generation auf den 11. Dezember 1962. An diesem Tag veranstaltete Stephan Hermlin an der Akademie der Künste in Ost-Berlin einen Lyrikabend. Dort wurden Gedichte und Texte mehrheitlich unbekannter Autoren vorgetragen, unter ihnen neben Wolf Biermann auch Volker Braun oder Sarah Kirsch. Dieser Lyrikabend schien zum politischen Skandal zu werden. Trotzdem, oder wohl genau deshalb, wurden diese neuen Schriftsteller ins Bewusstsein der Leute gehoben. Diese Autoren wurden durch Schule und Studium weitgehend durch den Sozialismus geprägt und betrachteten diesen auch als dasjenige System, in welchem sie ihr Leben bestreiten wollten. Gleichwohl gerieten sie durch ihr Nachdenken und ihre Kritik am Sozialismus in Konflikte mit der Staatsführung. Ihre Beschäftigung mit den kommunistischen Idealen, ihr Nachdenken über die Vorstellung einer herrschaftsfreien Gesellschaft stieß in der SED auf Widerstand. Trotz des ideologischen Streits um diese Generation von Autoren wurden ihre Werke nicht von allen Kulturfunktionären der DDR abgelehnt. So konnten ihre Arbeiten in Zeitschriften wie „Sinn und Form“ oder „Neue Deutsche Literatur“ gedruckt werden. Dem ungeachtet – wie Uwe Wittstock bestätigt – *„die politischen Anfeindungen, die jene Schriftsteller-Generation schon mit dem ersten großen Auftritt auf sich zog, überschatteten ihre Karriere weiter und sollten bis in die achtziger Jahre hinein nicht verstummen“*[5]. Auch wenn sich die kulturpolitische Situation durch den Antritt Honeckers 1971 für kurze Zeit entspannte, spitzte sich spätestens mit der Biermann-Ausbürgerung der Konflikt zwischen Schriftstellern und Partei wieder zu. Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre verließen viele der ernstzunehmenden Autoren die DDR. Den Kulturfunktionären blieb noch die Hoffnung auf die jüngste Generation von Autoren. Diese wollte mit dem sozialistischen Staat jedoch kaum zu tun haben. Den Sozialismus in Deutschland betrachteten sie als wertlos und nicht als etwas, zu dem man sich positiv verhalten musste.

2.2 Die Generation der Sprachveränderer

„Nach den Weltveränderern kamen die Sprachveränderer.“^[6] In den sechziger und siebziger Jahren stand bezüglich der DDR-Literatur die Auseinandersetzung zwischen dem Staat und seinen Bürgern im Zentrum. Die arrivierten Autoren bezogen in ihren Arbeiten fast ausschließlich Stellung für oder gegen den Sozialismus. Dies änderte sich zu Beginn der achtziger Jahre. Die jüngste Generation der um 1945 bzw. 1950 geborenen Schriftsteller unterscheidet sich ganz grundlegend von den älteren Jahrgängen. Diese Autoren, die oft als „die Hineingeborenen“^[7] bezeichnet werden, haben die Jahre des Aufbaus nach dem Krieg, der sozialen und ökonomischen Veränderungen nicht bewusst erlebt. Sie wurden in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren entscheidend geprägt. Zu dieser Zeit hatte sich die DDR als Gesellschaftssystem bereits gefestigt. Die Jungen lehnten sich gegen überlieferte Doktrin auf und nahmen Gegenpositionen ein. Ihre Vorbilder waren Schopenhauer, Nietzsche, Sartre, Deleuze oder andere poststrukturalistische Theoretiker. Den älteren Jahrgängen wurde misstraut, da diese den Meinungs austausch scheuen würden. Volker Braun beispielsweise wurde für sie zu einer Gestalt, von der sie sich abzugrenzen versuchten. Brauns „selbstquälerische, verzweifelt hoffende Dialektik“^[8] wurde als anstößig bezeichnet.

Heiner Müller beschrieb den offensichtlichen Bruch in den achtziger Jahren folgendermaßen: „Die Generation der heute Dreißigjährigen in der DDR hat den Sozialismus nicht als Hoffnung auf das Andere erfahren, sondern als deformierte Realität. Nicht das Drama des Zweiten Weltkriegs, sondern die Farce der Stellvertreterkriege. Nicht die wirklichen Klassenkämpfe, sondern ihr Pathos, durch die Zwänge der Leistungsgesellschaft zunehmend ausgehöhlt. Nicht die große Literatur des Sozialismus, sondern die Grimasse der Kulturpolitik.“^[9]

Die Generation, von der nun die Rede ist, suchte nicht mehr die direkte politische Konfrontation. Auf die Zusammenarbeit mit Verlagen und Institutionen wie dem Schriftstellerverband wurde verzichtet. Durch die Existenz der inoffiziellen Zeitschriften (MIKADO, SCHADEN, ANSCHLAG usw.) und Verlags-Projekte änderte sich ihre Situation erheblich. Die Veröffentlichungen dieser jungen und zumeist unbekannteren Autoren waren nicht mehr nur von der Zustimmung der Verlagslektoren abhängig und der Autoren-Status wurde nicht mehr nur von staatlichen Einrichtungen verliehen. Ihre bloße künstlerische Orientierung, „die Sprache als ‚Gegengift‘ zur Ideologie entwickeln und gebrauchen zu können“^[10], führte in einem Staat, der alle Sphären der Gesellschaft zu überwachen

beanspruchte, zu Kollisionen. Der ideologischen Sprache, die totalitäre Ziele verfolgte, versuchten sich die Autoren der alternativen Szene bewusst zu entziehen. Gegen Konventionen und Grammatik wurde verstoßen, um sich der geläufigen Sprache zu verweigern. Es entstand eine autonome Sprache, die sich gegen die syntaktisch und grammatisch verständliche, aber eben totalitäre Sprache wandte. Diese neue Sprache sollte Medium und Prozess individueller Selbstfindung und Selbstbehauptung sein. Die jungen Schriftsteller bemühten sich, den Leser mit ihrer Sprache in das Feld der Assoziationen zu führen. Das Prenzlauer-Berg-Szene-Mitglied Rainer Schedlinski erklärt die Motivation zu neuen Ausdrucksformen wie folgt: *„der totalitäre diskurs der gesellschaft determiniert den einzelnen bis in seine geringsten und intimsten tätigkeiten, indem er für alles, was einer tut, einen gesellschaftlichen sinn formuliert. selbst der knigge, der jetzt erschienen ist, musste im vorwort vom parteitag hergeleitet werden. [...] die sprache der kunst, die poetische sprache, bewegt sich ausserhalb der dienst-und fachsprachen. sie entzieht uns ihrer aufsicht. sie schädigt die diskursive wahrnehmung, die uns schädigt.“*^[11]

2.3 Reaktionen der Etablierten

Eine solche Literatur konnte es natürlich in der DDR nicht leicht haben. Die Schriftsteller der jüngsten Generation befanden sich trotz der Tatsache, dass sie dem Staat den Rücken zuwandten, in einem Konflikt mit diesem. Diese Autoren der alternativen Szene wurden an ihrer Arbeit behindert, publizierten ihre Werke im Westen oder wurden dorthin abgeschoben. Auch durch die Absage des Staates an eine ganze Generation von Schriftstellern entfalteten sich neue Umgangsformen mit ihren Texten. Uwe Kolbes „Der Kaiser ist nackt“ sollte darauf hinweisen, dass die Literatur auf dem Weg in die Öffentlichkeit, wie bereits erwähnt, nicht wirklich auf Verlage und Druckbetriebe angewiesen war. Die handgefertigten Zeitschriften stiegen zu den Verständigungsmitteln der jungen Kunst-Szene auf. So konnte sich die alternative Szene der jüngsten Generation von den Vorgaben des offiziellen Kulturbetriebes lossagen. Die Abneigung der Jungautoren gegenüber den älteren, ihre Aufmüpfigkeit und ihre provokativen künstlerischen Mittel löste, wie könnte es anders sein, natürlich auch Reaktionen unter den arrivierten Schriftstellern der älteren Generationen aus. Der von den Szene-Autoren heftig kritisierte Volker Braun beanstandete in seinem Essay über Rimbaud die Geschichtslosigkeit und Aussteigermentalität der Jungautoren. Braun, auch wenn er durchaus gewisse Sympathien für die jüngste

Generation empfand, nannte diese provokativ *„Kinder der administrativen Beamten“*[12]. Glaubt man Manfred Jäger, traf dies durchaus für viele der jungen Autoren zu, waren doch unzählige Elternteile nicht unbedeutende SED-Funktionäre. Neben den der „anderen Literatur“ sehr skeptisch Eingestellten, gab es allerdings auch etablierte Autoren, die dieser durchaus sehr positiv gesinnt waren und sogar als Förderer in Erscheinung traten. Uwe Kolbe hatte es Franz Fühmann zu verdanken, dass er beim Aufbau-Verlag Lyrikbände veröffentlichen konnte, trotz seiner aktiven Mitgliedschaft in der Prenzlauer-Berg-Szene. Ebenfalls versuchte Fühmann, als Mitglied der Akademie der Künste, deren Präsidenten Konrad Wolf davon zu überzeugen, in einer Anthologie Texte der Szene-Autoren zu sammeln. Die Unterstützung, die die ältere für die jüngere Generation zeigte, ist also keineswegs gering zu schätzen. Adolf Endler, Franz Fühmann, Elke Erb, Heiner Müller, Volker Braun etc. griffen den jungen Schriftstellern nicht nur finanziell unter die Arme, *„sondern trugen auch zu deren Schutz vor Kriminalisierung bei. Der ästhetische Bruch mit der Väter- und Mütter-Generation war so bei allen Differenzen immer auch begleitet von persönlicher Verbundenheit.“*[13]

3. Schlussbemerkung

Richtet man den Blick auf die letzten zehn Jahre DDR, zeigt sich, dass auch unter der letzten aktiven Generation unterschiede auftraten und auch da ein gewisser Bruch auszumachen ist. Während diejenigen Autoren, welche mehrheitlich in den fünfziger Jahren geboren wurden, sich vor allem mit der Sprache beschäftigten, gingen - wie Birgit Dahlke festhält - *„die nach ihnen Geborenen später zur Tagesordnung über, bewegten sich [überwiegend] sozusagen neben Schriftstellerverband, DDR-Fernsehen, Zeitungen, Verlagen und Redaktionen“*[14]. Für diese Autoren, die Sascha Anderson einst die >>Gar-nicht-erst-Eingestiegenen<<-Autoren nannte, wie beispielsweise Durs Grünbein oder Cornelia Sachse, waren die bestehenden alternativen Veröffentlichungsmöglichkeiten in- aber auch außerhalb der DDR bereits Voraussetzung. Der Riss der Generationen in den achtziger Jahren weist auf Differenzen in der Erfahrung des Sozialismus, im Bewusstsein aber ebenfalls hinsichtlich der künstlerischen Mittel auf. Die jüngeren Jahrgänge machten mit dem *„linguistic turn“*[15] der DDR-Öffentlichkeit klar, dass eine neue Generation herangewachsen war, die ein völlig anderes Realitätsverständnis hatte. Die Motive für den „Ausstieg“ der jungen Leute waren mannigfaltig und die SED-

Führung sah sich gezwungen, ihre Vorstellung, gerade der intellektuelle Nachwuchs werde durch die Sozialisation im Sozialismus unzweifelhaft ein ideologisch ausgereiftes Bewusstsein annehmen, aufzugeben. Auch wenn die ältere Generation, ob Kulturfunktionäre oder Schriftsteller, nicht gerade mit Wohlwollen darauf reagierte, war eine wirklich ernstzunehmende Reaktion derselben kaum zu beobachten. Der Niedergang der eigenen Ideologie wurde kaum registriert und seit den siebziger Jahren befanden sich die meisten älteren Autoren ohnehin in einem Prozess der Ablösung von der Partei. Es könnte bemerkt werden, dass aus Sicht der Parteiführung und ihrer Institutionen die Prenzlauer-Berg-Szene und die alternativen Szenen in anderen Städten der DDR zu einem massiven Umdenken im Verhältnis zur Jugend und zu einem härteren Kurs hätte führen können. Birgit Dahlke hält jedoch gerade fest, dass *„das kulturpolitische Einlenken, die zunehmende Duldung und Beendigung der vorherigen Ausgrenzungspraxen eher ein Zeichen einer in die Defensive geratenen Jugend- und Kunst-Politik als bewusste Kurskorrektur [war]“* [16].

4. Quellen- und Literaturverzeichnis

Arnold, Heinz Ludwig: Die andere Sprache, in: Arnold, Heinz Ludwig (Hrsg.): TEXT+KRITIK. Zeitschrift für Literatur, SONDERBAND, München 1990, S. 9-15.

Böthig, Peter: Grammatik einer Landschaft. Literatur aus der DDR in den 80er Jahren, Berlin 1997.

Dahlke, Birgit: „Temporäre autonome Zone“. Mythos und Alltag der inoffiziell publizierenden Literaturszene im letzten Jahrzehnt der DDR, in: Günther Rüter (Hrsg.): Schreiben im Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus, Paderborn 1997, S. 463-478.

Jäger, Manfred: Kultur und Politik in der DDR 1945-1990, Köln 1995.

Kolbe, Uwe: Hineingeboren. Gedichte 1975-1979, Berlin 1982.

Mittenzwei, Werner: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 1990, Leipzig 2001.

Wittstock, Uwe: Von der Stalinallee zum Prenzlauer Berg. Wege der DDR-Literatur 1949-1989, München 1989.

Fußnoten:

- [1] Zit. nach Manfred Jäger, Kultur und Politik in der DDR 1945-1990, Köln 1995, S. 140.
- [2] Mittenzwei, Werner: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 1990, Leipzig 2001, S. 347.
- [3] Ebd.
- [4] Arnold, Heinz Ludwig: Die andere Sprache, in: Arnold, Heinz Ludwig (Hrsg.): TEXT+KRITIK. Zeitschrift für Literatur, SONDERBAND, München 1990, S. 9-15, hier S. 9.
- [5] Wittstock, Uwe: Von der Stalinallee zum Prenzlauer Berg. Wege der DDR-Literatur 1949-1989, München 1989, S. 159.
- [6] Ebd. S. 227.
- [7] „Hineingeboren“ ist der Teil eines Gedichts und eines Gedichtbandes von Uwe Kolbe. Dieser Begriff wird oft als Generationsbegriff verwendet. Vgl. dazu: Kolbe, Uwe: Hineingeboren, Gedichte 1975-1979, Berlin 1982.
- [8] Jäger, Kultur und Politik, S. 227f.
- [9] Zit. nach Böthig, Peter: Grammatik einer Landschaft. Literatur aus der DDR in den 80er Jahren, Berlin 1997, S.14.
- [10] Mittenzwei, Die Intellektuellen, S. 352.
- [11] Zit. nach Wittstock: Von der Stalinallee zum Prenzlauer Berg, S. 228f.
- [12] Jäger: Kultur und Politik, S. 228.
- [13] Dahlke, Birgit: „Temporäre autonome Zone“. Mythos und Alltag der inoffiziell publizierenden Literaturszene im letzten Jahrzehnt der DDR, in: Rüter, Günther (Hrsg.): Schreiben im Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus, Paderborn 1997, S. 463-478 (hier: S. 467).
- [14] Ebd. S.476.
- [15] Böthig, Grammatik einer Landschaft, S. 68.
- [16] Dahlke, „Temporäre autonome Zone“, S. 471.

Die Fliegen Sartres und ihre Kritik an der Stalinisierung der SBZ

Inhaltsverzeichnis

[1. Vorwort](#)

[2. Hauptteil](#)

[2.1 Die Fabel der Fliegen und der Existentialismus Sartres](#)

[2.2 Die Fliegen und die stalinistische Herrschaftspraxis](#)

[2.3 Sartre als Ansatzpunkt für einen Widerstand gegen die Stalinisierung?](#)

[3. Schlussbemerkung](#)

[4. Quellen- und Literaturverzeichnis](#)

1. Vorwort

Deutschlands Kultur war nach dem zweiten Weltkrieg - wie die Infrastruktur und Millionen Wohnungen - zerstört und lag am Boden. In den 12 Jahren von 1933-45 wurden große Teile der Kultur für nationalsozialistische Propaganda missbraucht. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Wiederaufbau der Kultur. Dabei orientierte man sich an der Tradition der Klassiker. Weniger bot die Kunst der Weimarer Republik einen Ansatzpunkt für einen kulturellen Neubeginn. Im besonderen Maße wurde aber auch internationale Kultur nach Deutschland importiert. Es schien so, als wolle Deutschland das nachholen, was es in den 12 Jahren der Isolation verpasst hatte.^[1] In den großen Städten, wie in Berlin, kam es zu einem bunten Treiben. Neben den Vorstellungen der nicht zerbombten Theater gab es auch eine breite Kleinkunstbewegung und beswingte Kellerräume, in denen amerikanische Musik gespielt wurde. In dieser Zeit wurde die Kulturpolitik eher liberal gehandhabt.

Diese liberale Kulturpolitik und der kulturelle Neuanfang führten auch dazu, dass Sartres Werke im Nachkriegsdeutschland stark rezipiert wurden. Besonders in den westlichen Besatzungszonen wurden Sartres Tragödien inszeniert. So fanden in den Jahren 1946-49 mehr als 20 Aufführungen statt. Es gab zwei sehr umstrittene Sartre-Aufführungen im besetzten Deutschland. So fand die Deutschland-Premiere der 1943 in Paris uraufgeführten *Fliegen* in einem Düsseldorfer Theater statt. Diese von Gründgens inszenierte Premiere wurde sehr polemisch in der SBZ-nahen Theaterzeitschrift *Theater der Zeit* diskutiert (1947). Die zweite Inszenierung erfolgte am 7. Januar 1948 im Berliner Hebbeltheater, welches in der amerikanischen Besatzungszone lag.

Die Reaktion der sowjetnahen Kulturfunktionäre über die Aufführung war ablehnend. Erpenbeck, Dramaturg und SED-Mitglied, bezeichnete Sartres Existentialismus, der die Grundlage von Sartres Tragödien war, als „dekadent“ und „Gipfelpunkt des subjektiven Idealismus“.^[2] Dymschitz, ein sowjetischer Kulturoffizier, zählte Sartre zu den formalistischen Künstlern, „die organisch zur bürgerlichen Dekadenz gehören und deren dekadente Werke das natürliche Ergebnis ihrer reaktionären Weltanschauung darstellen“.^[3] Für ihn waren Sartres Werke wegen ihres „reaktionären“ Gehaltes nicht geeignet, den kulturellen Neuanfang Deutschlands mitzubestimmen. Ihm zufolge passten Sartres Werke nicht in den Kanon, der für die Umerziehung der Bevölkerung geeigneten Werke (Klassiker von Goethe und Schiller).

Schon aus den von Dymschitz und Erpenbeck gemachten Aussagen wird ersichtlich, dass Sartres *Fliegen* von sowjetischer Seite stark abgelehnt werden. In diesem Essay soll exemplarisch am Beispiel der *Fliegen* untersucht werden, weshalb die Kulturorgane der SBZ die Aufführung von Sartres Theaterstücken verhinderten. Woraus resultierte diese Haltung? Hätten Sartres *Fliegen* gegen die sowjetische Macht und den Stalinismus polemisieren können? Hätten die *Fliegen* und der Existentialismus die Bevölkerung möglicherweise zu Protesten mobilisieren können? Waren der orthodoxe Marxismus in Gestalt des Stalinismus und der in den Werken Sartres ersichtlich werdende Existentialismus vereinbar?

2.1 Die Fabel der Fliegen und der Existentialismus Sartres

Um einen Ausgangspunkt zur Klärung dieser Fragen zu haben, wird zunächst die Fabel des Stückes dargestellt. Im Anschluss daran wird erläutert, worum es sich

beim Existentialismus handelt. Um das Stück zu verstehen, ist es am Besten, wenn von Orests Aussetzung ausgegangen wird: Orest wurde, nachdem sein Vater Agamemnon durch Ägist, den Liebhaber seiner Mutter Klytämnestra, umgebracht wurde, durch einen Diener in einen Wald gebracht, um dort getötet zu werden. Jedoch wurde das Kind nicht getötet, so dass reiche Athener Bürger das Kind fanden und es durch den Pädagogen erziehen ließen.^[4] Fünfzehn Jahre später reisen Orest und sein Pädagoge zu der Stadt Argos, wo Orest geboren wurde. Sie wollen zu Ägists Palast. Doch keiner möchte ihnen den Weg zum Palast verraten. Beide wundern sich über die unzähligen dicken Fliegen in der Stadt. Plötzlich taucht Jupiter, der Gott des Todes und der Fliegen, auf und rät ihnen, nicht weiter in die Stadt zu reisen. Der Pädagoge versucht Orest auch zu überzeugen, nicht in die Stadt zu reisen, auch wenn Orest den Mord an seinem Vater Agamemnon rächen und endlich seinen Platz in seiner Heimat einnehmen möchte. Der Pädagoge wendet ein, dass Orest bei seiner Bildung und seinen Kenntnissen die Welt offen stehe. Vorerst stimmt Orest dem Pädagogen zu. Daraufhin treibt der Pädagoge Pferde für die Weiterreise nach Korinth auf.^[5]

Unvermittelt trifft Orest seine Schwester Elektra, der er sich als Philebos von Korinth zu erkennen gibt. Sie erzählt ihm von ihrer alltäglichen Plackerei: die dreckige Wäsche des Königspaares zu waschen und den Müll zu entsorgen. Nur eines lässt sie die ganzen Mühen auf sich nehmen, nämlich die Hoffnung, dass ihr Bruder Orest bald käme. Plötzlich taucht Klytämnestra auf. Sie gebietet ihm, die Stadt zu verlassen und fordert Elektra auf, sich für die Zeremonie vorzubereiten. Orest weigert sich, dem Folge zu leisten und nimmt an einer großen Feierlichkeit teil.^[6]

Diese Zeremonie wird, wie jedes Jahr, schon seit 15 Jahren am Tage der Ermordung Agamemnons durchgeführt. Der einzige Zweck dieser Veranstaltung ist es, die Schuld und Reue der Bevölkerung aufrechtzuerhalten und somit wird Ägists Herrschaft über die Bevölkerung garantiert. Das Ritual läuft folgendermaßen ab: zuerst versammeln sich die Bürger in schwarzen Kleidern auf einem Platz. Dort flehen sie um die Ankunft ihres Königs Ägist. Dann, nachdem der König erschienen ist, lässt der Hohe Prieser einen Stein von einer Höhle wegrollen. Daraufhin verlassen die „Toten“ die Höhle. Die Bürger fangen an, die Toten an ihrem Körper zu spüren, sie werden reumütig. Ihre Reue resultiert möglicherweise daraus, dass die Bürger die Schreie des Agamemnon in der Nacht seiner Ermordung hörten, aber den von Ägist bewirkten Mord nicht aufhalten

konnten. Paradoxerweise wurde Ägist trotzdem ihr Herrscher. Während der Zeremonie taucht plötzlich Elektra vor der Höhle auf, sie tanzt in einem weißen Kleid über den Platz und fordert die Bürger zu Fröhlichkeit und Lebendigkeit auf. Doch dieses Verhalten passt Ägist gar nicht in den Kram, so dass er sie verschwinden lässt, in dem sie von einem großen Stein überrollt wird.[7]

Nachdem die Zeremonie beendet ist, treffen sich Orest und Elektra am Rande der Stadt. Elektra möchte die Stadt verlassen. Orest möchte sie bei ihrer Flucht unterstützen, doch sie weigert sich, diese Hilfe anzunehmen. Nachdem Orest ihr offenbart, dass er ihr Bruder sei, wird das Gespräch harmonischer und die Sympathie zwischen Beiden stärker. Nur zweifelt Elektra daran, wie er mit seiner Friedfertigkeit Ägist töten wolle. Doch ein Zeichen - ein heller Lichtblitz - nimmt beiden den letzten Zweifel; Orest ist bereit, das Übel der Städter auf sich zu nehmen.[8]

Während sich Orest und Elektra in den Palast schleichen, diskutieren Jupiter und Ägist, dass Ägist nicht länger die Komödie des Herrschers spielen möchte. Er habe es satt, alljährlich diese Zeremonie durchzuführen. Jupiter motiviert ihn, weiter zu regieren, in dem er betont, dass sie beide nach einer neuen Ordnung streben würden. Ägist fürchtet sich jedoch davor, dass er machtlos werden könne, wenn in einem Manne die Freiheit ausbreche.[9]

Kurz nach dieser Unterhaltung stürzt Orest aus seinem Versteck und tötet Ägist und Klytämnestra. Elektra bricht über Klytämnestras Leichnam in Trauer zusammen, sie fühlt sich schuldig. Nach dem Mord flüchten sie in den Tempel des Apollon. Orest bleibt standhaft, er hat ohne Reue getötet. Doch Elektras Schuldgefühle werden stärker, die Erinnyen fallen über sie her. Elektra bricht zusammen und macht Orest später Vorwürfe, dass er nur Unglück über sie gebracht habe. Da die Erinnyen bei Orest keinen Ansatzpunkt finden, kommt Jupiter, der ihm sagt, dass das gesamte Weltall ihn für schuldig an dem Mord seiner Eltern hält. Er erwidert einige Augenblicke später, dass er frei und nur seinen eigenen Gesetzen untertan sei. Am nächsten Morgen kommt er aus dem Tempel des Apollon und stellt sich dem Volk als neuen König vor. Er nahm die Schuld der Städter und des Mordes auf sich, lehnte aber letztendlich das Amt des Königs ab.[10]

Kommen wir in diesem Zusammenhang nun auf den Existentialismus zu sprechen, der in der philosophischen Tradition Nietzsches, Kierkegaards und Heideggers

steht. Diese philosophische Richtung bezieht sich teilweise auf Ideen aus der Soziologie und Psychoanalyse. Im Folgenden sollen nur Aspekte der umfangreichen Philosophie Sartres, die für die weitere Darstellung wichtig sind, vorgestellt werden. Den Existentialisten wie auch Sartre geht es im Wesentlichen darum, dass sie die Angst als eine Grundbedingung der Freiheit ansehen. Freiheit wird in diesem Zusammenhang als die Abwesenheit aller Notwendigkeit gedacht. Eine Handlung könne dann zu Freiheit führen, wenn der vom Akteur selbst gesetzte Zweck der Handlung erfüllt wird. Angst würde dann entstehen, wenn das Ziel der Handlung nicht erreichbar ist, weil sich dem Ziel Hindernisse in den Weg stellen. Die Angst, die an der Ausführung der Handlung hindert, könne jedoch durch Reflexion, in der ein Akteur die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten gegeneinander abwägt, überwunden werden.[\[11\]](#)

Eine Entscheidung, die ein Akteur trifft, ist niemals endgültig. Er muss vielmehr immer wieder neu entscheiden, da seine Handlung in einem endlosen „Anlass-Intention-Akt-Ziel-Zirkel“ eingebettet ist. Jede Handlung kann also die Grundlage einer neuen Handlung sein. Der Wille des Akteurs entscheidet in Abhängigkeit der schon vollführten Handlungen und ‚wählt‘ eine geeignete Handlungsmöglichkeit aus. Entsprechend der gegebenen und innerhalb des „Anlass-Intention-Akt-Ziel-Zirkels“ gewonnenen Handlungsmöglichkeiten kann der Akteur sogar seine Profession frei wählen. Die Entscheidungen und die daraus resultierenden Handlungen sind immer schon ein Stück weit im Urentwurf des Charakters angelegt.[\[12\]](#)

Im Theaterstück werden diese existentialistischen Ansätze besonders in der Person Orests deutlich. Orest spürt, dass er nach Argos gehört, weil er mit der „Verpflichtung“ - der Urentwurf seines Charakters - geboren sei, dass er Prinz in Argos werden solle.[\[13\]](#) Als Prinz in Argos hätte er seinen Bürgern die Freiheit ermöglicht, da er die Bewohner von der Herrschaft des Ägist befreit hat, aber sich nicht zum König wählen ließ. Diese beiden Ziele verwirklicht Orest, in dem er aus dem Tempel des Apollon tritt und sich zum König wählen lässt, aber seine Untertanen in die Freiheit entlässt.[\[14\]](#) Bis er jedoch dieses Ziel erreicht hat, muss er immer wieder seine Freiheit neu erringen. So weist ihn sein Pädagoge darauf hin, dass er noch eine Menge neuer Dinge zu lernen hätte. Daher weicht Orest vorerst von seinem Ziel, Ägist zu rächen, ab, weil ihn die Angst überkommt, den Mord nicht ausführen zu können. Kurz darauf trifft er plötzlich Elektra und er kommt seinem Ziel näher. Denn er merkt nun, dass Elektra schon lange auf ihn

wartet.[15] Nachdem er von Elektras Existenz erfahren hat, spürt er sich seinem Ziel näher und die ursprüngliche Angst verlässt ihn. Denn er spürt in Elektra eine Kämpferin, die sich gegen Jupiter auflehnt, weil sie es wagt, Abfall vor Jupiters Statue zu kippen[16]. Im Zuge der Verbundenheit zu Elektra reflektiert Orest über seine Handlungsmöglichkeiten und entscheidet sich dazu, in Argos zu bleiben und am Ritual teilzunehmen. Orest besaß die gesamte Zeit Wahlfreiheit: er selbst entschloss sich zur Verpflichtung, Prinz in Argos zu werden. Auch entschloss er sich dazu, nach dem eben beschriebenen Abwägungsprozess, in Argos zu bleiben, um am Ritual teilzunehmen.

2.2 Die Fliegen und die stalinistische Herrschaftspraxis

Nun soll untersucht werden, inwieweit dieses Stück sowjetische Herrschaftspraxis polemisieren konnte. Dazu sollen aus dem Theaterstück Beschreibungen über Ägists Regierungsweise zusammengetragen und interpretiert werden. Es gibt drei längere Passagen in dem Stück, die auf die sowjetische Regierungspraxis anspielen. Diese Passagen sollen in Hinblick auf die sowjetische Herrschaftspraxis interpretiert werden. Die erste Passage lautet:

„Die Königin vergnügt sich an unserem Nationalspiel: dem Spiel der öffentlichen Beichte. Hier schreit jeder seine Sünden allen andern ins Gesicht, und es kommt nicht selten vor, dass [...] an den Feiertagen irgendein(en) Kaufmann [...] schreit, dass er ein Mörder, ein Ehebrecher, ein Veruntreuer (sei.) [...] Jeder kennt die Verbrechen des anderen auswendig.“[17]

Sartre spielt offen auf das russische Spiel der öffentlichen Beichte an. In den zwanziger Jahren war es üblich, dass jedes Parteimitglied der KPdSU, welches von der politischen Linie der Partei abwich, sich selbst sühnen konnte, in dem es sich offen der Partei unterwarf und sich zu Reue bekannte.[18] Auch in öffentlichen Gerichtsprozessen gegen ‚Volksfeinde‘ der sowjetischen Ordnung waren solche Bekenntnisse zu Reue gang und gäbe. Die Täter gestanden letzten Endes Taten, die sie nicht selbst begangen hatteb.[19] Genauso sollten die Bürger von Argos Reue für den Mord an Agamemnon zeigen. Diesen Mord haben die Bürger jedoch nicht aktiv begangen. Besonders das Ritual in den Fliegen lässt sich mit solchen Gerichtsprozessen vergleichen, da auch hier die Bevölkerung zu Reue über ihr ‚Verbrechen‘ aufgefordert wird.

Die zweite Aussage wurde von Jupiter gemacht:

„Agamemnon war ein guter Kerl, aber er hatte einen großen Fehler. Er hat nicht erlaubt, daß die Hinrichtungen öffentlich vorgenommen wurden. Das ist schade. So ein richtiges Hängen, das ist eine Zerstreung in der Provinz, und die Leute nehmen allmählich auch den Tod nicht mehr so wichtig.“[\[20\]](#)

Dieses Zitat besagt, dass der letzte Herrscher von Argos keine öffentlichen Hinrichtungen durchgeführt habe, aber der neue Herrscher Ägist führe öffentliche Hinrichtungen durch. Auch hier lässt sich eine Parallele zur sowjetischen Herrschaft aufmachen. Mit der zunehmenden Machtfestigung der Stalinisten (Ägist), nachdem Lenin und andere Revolutionsführer (Agamemnon) gestorben oder ins Ausland emigriert waren, kam es in den dreißiger Jahren zum großen Terror, bei dem massenweise Menschen grausam ums Leben gekommen sind. Diese Hinrichtungen fanden unter Stalin in aller Öffentlichkeit statt, um andere Menschen einzuschüchtern. Die Menschen mussten während des großen Terrors mit Denunziationen rechnen, sodass viele Menschen von einem jähen Ende ausgingen. Um nicht wahnsinnig zu werden, durften die Menschen den Tod nicht mehr als so wichtig nehmen.

Das dritte Zitat stammt von Ägist selbst: „ich wollte, daß Ordnung herrsche und daß sie durch mich herrsche. [...] ich habe Ordnung gemacht. O schreckliche und göttliche Leidenschaft!“[\[21\]](#). Auch Stalins Herrschaft zielte auf eine neue Ordnung der Gesellschaft ab, denn er wollte im Sowjetreich eine Utopie verwirklichen. Dieser Umgestaltung wird weltgeschichtliche Bedeutung beigemessen. Genauso wie Stalin hielt sich auch Ägist für gottgleich.[\[22\]](#) Diese Selbstherrlichkeit stellte auch Ägist durch öffentliche Selbstinszenierungen zur Schau, in dem er sich während des Rituals von seinem Volk empfangen läßt.[\[23\]](#)

Die zusammengetragenen Parallelen machen deutlich, dass Sartre das System des Stalinismus karikiert. Während des Stalinismus gab es nur einen autokratischen und selbstherrlichen Herrscher, der mittels einer Einheitspartei herrschte. Alle Posten und Ämter innerhalb dieser Partei wurden von oben nach unten hin besetzt. Die unteren Dienststellen mussten die Weisungen der oberen Dienststellen entsprechend umsetzen. Um sich von missliebigen Parteigenossen zu trennen, wurden auf Weisung von Stalin Parteisäuberungen durchgeführt.

Es ließe sich aber auch einwenden, dass die Bezüge zwischen der Herrschaftspraxis in der Sowjetunion und der in den Fliegen beschriebenen Regierungsweise nur zufälliger Natur sind. Diese Annahme widerspricht jedoch

der These, dass die Fliegen eine Karikatur des Stalinismus beinhalten. Für die eben erwähnte Annahme spricht, dass Sartres Fliegen, die während der deutschen Besetzung Frankreichs geschrieben wurden, zum Widerstand gegen die deutschen Besatzer aufrufen und nicht gegen den Stalinismus polemisieren sollten. So führt Levy in seiner umfangreichen Sartre-Biografie vier Zeugenaussagen zusammen, die Sartre bei der Uraufführung loben und betonen, dass die Fliegen zu einer „Revolte“ gegen die „neue Ordnung“ der deutschen Besatzer aufforderten. Außerdem würde man in Ägist und in Klytämnestra „ohne Mühe die Figur des Besatzers und der kollaborierenden Verräterin“ erkennen. Auch die im Stück dargestellte Ideologie der Reue würde eine Anspielung auf die „von Vichy propagierte Mystifizierung des Leidens“ sein.[24]

Gegen die oben gemachte Annahme spricht, dass die deutschen Besatzer die Aufführung des Theaterstückes nicht verboten haben, sondern es sogar gestatteten. Dies macht deutlich, dass die Anspielungen von den deutschen Besatzern nicht wahrgenommen und auch nicht für gefährlich erachtet wurden. Vermutlich fiel der entsprechenden Zensurbehörde eher die sowjetfeindliche Haltung der Fliegen auf, sodass sie sogar Großankündigungen im deutschen Kulturkalender ‚*Der Deutsche Wegleiter*‘ gestattete.[25]

Möglicherweise richteten sich aber Sartres Fliegen sowohl gegen die deutschen Besatzer als auch gegen das sowjetische Herrschaftssystem. Sartres antistalinistische Haltung wird besonders an dem Umstand deutlich, dass er nach dem Zweiten Weltkrieg eine „Vereinigung der Linkskräfte unter Ausschluss der Kommunisten“ gründete.[26] Diese Vereinigung schloss bewusst sowjetnahe Kommunisten aus, da sie möglicherweise Sympathie mit dem Stalinismus gehabt hätten.

2.3 Sartre als Ansatzpunkt für einen Widerstand gegen die Stalinisierung?

Wenn das Theaterstück öffentlich in der sowjetischen Besatzungszone aufgeführt worden wäre, so hätte es, wie in der obigen Interpretation deutlich wurde, das Potential gehabt, die sowjetische Herrschaftspraxis zu polemisieren und zu karikieren. Denn es gab Teile der Bevölkerung, die die Stalinisierung, die in der SBZ unter anderem darauf abzielte, scheindemokratische Institutionen wie die Blockparteien einzuführen und die SPD und KPD zur SED zwangszuvereinigen, offen kritisierten. Dieser prosozialistische Teil der Bevölkerung wollte nicht, dass die Ämter und Führungspositionen in den Parteien von Moskau aus besetzt

werden, sondern dass sich der Sozialismus von unten heraus entwickelt. Es gab in der SBZ überzeugte Sozialisten, die Eigeninitiative zeigten und sich an Antifa-Ausschüssen und den eingerichteten Roten Milizen beteiligten. Selbst in westlichen Besatzungszonen gab es eine breite Bewegung von unten, die zum Beispiel Referenda in den Landtagen gestellt haben, um die Verstaatlichung von Betrieben zu bewirken.[\[27\]](#)

Bei einem solchen sozialistischen Druck von unten hätte die Aufführung dieses Theaterstückes unter gewissen politischen und gesellschaftlichen Umständen dazu führen können, dass die deutschen Kommunisten – auch diejenigen, die die Stalinisierung beziehungsweise den großen Terror aus dem Ausland beobachteten bzw. selbst erlebten – über die beginnende Stalinisierung hätten reflektieren können. Diese Reflektion hätte innerhalb der von Sartre beschriebenen Grundbedingungen von Freiheit und Angst stattfinden können. So hätte die beginnende Stalinisierung bei einigen Kommunisten bzw. Sozialisten Angst ausgelöst. Diese Angst hätte Sartre zufolge durch Reflektion und Abwägung überwunden werden können.[\[28\]](#) Eine mögliche Handlungsalternative wäre ein Aufruf zum Widerstand gewesen.

Dieses Widerstandspotential des Existentialismus hätte zu einem „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus führen können.[\[29\]](#) Eine mögliche Konsequenz dieses „dritten Weges“ wäre gewesen, dass die SBZ sich unter gewissen Umständen von Moskau losgesagt hätte. Dieses Szenario schien besonders nach Titos Machtübernahme in Jugoslawien denkbar. Um die Gefahr eines solchen Widerstandes und die Lossagung von Moskau zu verhindern, diskreditierten die sowjetischen Kulturoffiziere das Stück. So wurde schon drei Tage nach der Premiere der *Fliegen* im Berliner Hebbeltheater ein Artikel namens „Der Existentialismus. Eine neofaschistische Nachkriegsmode“ von Ernst Nikiesch veröffentlicht. Dieser Artikel, der im *Neuen Deutschland* veröffentlicht wurde, versuchte den Existentialismus in die Nähe des Faschismus zu rücken. Darauf folgte eine ganze Serie von Artikeln in den neugeschaffenen sowjetnahen Zeitungen *Neues Deutschland* und *Tägliche Rundschau*.

Die Vorlage für die in den Artikeln verwandten Rhetorik lieferte sicherlich Georg Lukacz, ein ungarischer Kulturtheoretiker. Er veröffentlichte schon 1941 in russischer Sprache eine Monografie mit dem Titel „Marxismus oder Existentialismus“. Diese Buch stellt eine Verbindung zwischen dem Existentialismus und dem Idealismus, der bürgerlich-kapitalistischen

Weltanschauung, her. Lukacz ging soweit, dass er auf Grund der theoretischen Nähe des Existentialismus zu Heideggers Philosophie Sartres Philosophie eine Nähe zum Faschismus unterstellte. Gerade Heideggers Aufrufe zur Passivität habe dem Faschismus Tür und Tor geöffnet.^[30] Diese Analyse Lukacz's zielt darauf ab, den Existentialismus für die bürgerliche wie auch die kommunistische Intelligenz zu diskreditieren.

3. Schlussbemerkung

Sartres Fliegen besaßen in den Nachkriegsjahren das Potential, um zum Widerstand gegen die Stalinisierung aufzurufen. Die in den Fliegen dargestellte Karikatur der sowjetischen Herrschaftspraxis war geeignet, um gegen die Sowjetisierung zu polemisieren. So befürchteten die Sowjetoffiziere, dass der von Sartre begründete Existentialismus ein drittes Lager zwischen Kapitalismus und Sozialismus hätte aufmachen können. Diese Philosophie hätte einen Widerstand gegen die Sowjetisierung der SBZ begründen können. Um sich vor der ‚Gefahr‘, die von Sartres Philosophie ausging, zu schützen, wurde der Existentialismus von sowjetischer Seite aus diskreditiert. Dazu wurde eine groß angelegte Propagandaschlacht gegen den Existentialismus initiiert.

4. Literaturverzeichnis

Baberowski, Jörg: Der Rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, Bonn 2007.

Becher, Robert: Die gescheiterte Revolution. DDR 1989/90, Berlin 2009.

Börner, Sylvia: Die Kunstdebatten 1945 bis 1955 in Ostdeutschland als Faktoren ästhetischer Theoriebildungsprozesse, Frankfurt am Main 1993.

Dietrich, Gerd: Politik und Kultur in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945-1949, Bern 1993.

Levy, Bernard-Henri: Sartre. Der Philosoph des 20. Jahrhunderts, Paris 2000.

Lukacs, Georg: Existentialismus oder Marxismus?, Berlin 1951.

Mittenzwei, Werner: Nachwort, In: Sartre, Jean-Paul: Die Fliegen, In: Sartre, Jean-Paul: Drei Stücke, Berlin-Ost 1967, S. 281 - 306.

Sartre, Jean-Paul: Die Fliegen, In: Sartre, Jean-Paul: Drei Stücke, Berlin-Ost 1967.

Schivelbusch, Wolfgang: Vor dem Vorhang. Das Geistige Berlin 1945-48, München 1995.

Stüber, Petra: Spielräume und Grenzen. Studien zum DDR-Theater, Berlin 1998.

Suhr, Martin: Sartre zur Einführung, Hamburg 1989.

Fußnoten:

1. Vgl. Schievelbusch: 1995, S. 42.
2. Vgl. Stuber: 1998, S. 107.
3. Vgl. Börner: 1993, S. 51.
4. Vgl. Sartre: 1967, S. 13.
5. Vgl. Sartre: 1967, S. 1-19.
6. Vgl. Sartre: 1967, S. 21 -29.
7. Vgl. Sartre: 1967, S. 29-40.
8. Vgl. Sartre: 1967, S. 41-50.
9. Vgl. Sartre: 1967, S. 54-61.
10. Vgl. Sartre: 1967, S. 63-81.
11. Vgl. Suhr: 1989, S. 45-54.
12. Vgl. ebd.
13. Vgl. Sartre: 1967, S. 17.
14. Vgl. Sartre: 1967, S. 81.
15. Vgl. Sartre: 1967, S. 20.
16. Vgl. Sartre: 1967, S. 21.
17. Vgl. Sartre: 1967, S. 26.
18. Vgl. Barberowski: 2007, S. 144.
19. Vgl. Barberowskis Ausführungen zum Sachty-Prozess in Barberowski: 2007, S. 119.
20. Vgl. Sartre: 1967, S. 10.
21. Vgl. Sartre: 1967, S. 59.
22. Vgl. Sartre: 1967, S. 58.
23. Auch die rote Farbmetaphorik, die Sartre verwendet, spielt auf die sowjetische Herrschaft an. Diese rote Farbmetaphorik bezieht sich auf das Ritual, dass „ein rotes Fest (sein wird), dessen Erinnerung ihr nie auslöschen könnt“.
24. Vgl. Levy: 2000, S. 354-356.
25. Vgl. Levy: 2000, S. 353.

26. Vgl. Mittenzwei: 1967, S. 286.
 27. Vgl. Becher: 2009, S. 20-23.
 28. Gerade diese Wahlfreiheit war den sowjetischen Besatzern ein Dorn im Auge. Denn das stalinistische System, das darauf basierte, Befehle von oben nach unten hin weiterzuleiten, hätte nicht mit dem Prinzip der Wahlfreiheit funktioniert. Jeder Befehlsempfänger hätte sich unter der Prämisse Wahlfreiheit auch gegen die Umsetzung der Befehle entscheiden können. Dies räsontiert auch der ostdeutsche Historiker Mittenzwei 1976 (Vgl. Mittenzwei: 1967, S. 287).
 29. Vgl. Dietrich: 1993, S. 120f.
 30. Lukacz: 1951, S. 6f. und S. 63ff.
-

Die historische Mission der DDR

Inhaltsverzeichnis

[1. Vorwort](#)

[2. Hauptteil](#)

[2.1 Das Nationale Dokument](#)

[2.2 Die historische Mission der DDR](#)

[2.3 Die historische Mission der Arbeiterklasse](#)

[3. Schlussbemerkung](#)

[4. Quellen- und Literaturverzeichnis](#)

1. Vorwort

Als nach dem Bau der Berliner Mauer die Teilung Deutschlands für jedermann unübersehbar wurde und eine zuvor von BRD und DDR propagierte

Wiedervereinigung in weite Ferne zu rücken schien, sah sich die SED zu einer Anpassung ihrer bisherigen Einheits-Rhetorik gezwungen. Eine bedeutende Rolle kam dabei dem *Nationalen Dokument* zu, das am 17. Juni 1962 vom IV. *Nationalkongress der Nationalen Front* verabschiedet wurde. Auf dieses Dokument und dessen geschichtspolitische Bedeutung werde ich nun folgend näher eingehen.

2. Hauptteil

2.1 Das Nationale Dokument

Das nationale Dokument über *Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands* zielte im Wesentlichen darauf ab, den Anspruch der DDR-Eigenstaatlichkeit zu untermauern. Und dies geschah nun nicht mehr allein mit dem aus der Verwirklichung des Potsdamer Abkommens abgeleiteten Rechtmäßigkeitsanspruch. Denn daneben trat nun auch eine historische Komponente, die die DDR zu legitimieren helfen sollte. So sprach man u.a. davon, dass die DDR „der einzige rechtmäßige deutsche Staat auf Grund der geschichtlichen Gesetzmäßigkeit und der Tatsache [sei], daß in ihm jene Kräfte an der Macht sind, die von der Geschichte zur Führung des deutschen Volkes berufen wurden und deren Politik mit den Interessen der Nation übereinstimmt. [...] Er ist das junge, vorwärtsstrebende Element, der Motor der deutschen Geschichte.“[\[1\]](#)

Diese Argumentation versuchte man mit beispielhaften Vorgängen aus der neueren und neuesten Geschichte zu stützen. Im Mittelpunkt stand hierbei die Arbeiterklasse. Ihr bedeutungsvolles Wirken als „geschichtliche Kraft“ erlangte diese demnach erstmals in der Märzrevolution von 1848, wo „Karl Marx und Friedrich Engels und der Bund der Kommunisten im Namen der jungen Arbeiterklasse die Forderung [erhoben], ganz Deutschland zu einer unteilbaren demokratischen Republik zu erklären. In ihr sollte die ökonomische und politische Macht der feudalabsolutistischen Kräfte, vor allem des preußischen Militarismus, beseitigt werden.“[\[2\]](#)

Das Ganze mündet schließlich in der propagandistischen Parole, dass die DDR, „die sich in Einklang weiß mit den Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft, [...] mit der Vollendung des Aufbaues des Sozialismus, mit der Erfüllung dieser ihrer historischen Mission nicht warten [könne], bis die

friedliebenden Kräfte in Westdeutschland unter Führung der Arbeiterklasse den Sieg errungen haben.“^[3] Als revolutionäre Kraft träte die Arbeiterklasse für die Interessen des gesamten deutschen Volkes ein, wobei die vom Imperialismus verursachte Teilung Deutschlands nur von ihr aufgehoben werden könne. Doch wer nach diesen starken Worten zu vermuten meint, dass sich die DDR mit dem *Nationalen Dokument* ausschließlich von der BRD abgrenzen und sich historisch legitimieren wollte, der irrt! Wieder einmal ging es auch darum, zweigleisig zu fahren und nicht die Einheitsrhetorik aus den Augen zu verlieren. Daher wird im vorletzten Passus (VI.) des *Nationalen Dokuments* explizit auf *Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten* eingegangen. Dort wird die Ansicht vertreten, dass, trotz der unüberwindbaren ideologischen Differenzen zwischen BRD und DDR, nur „die friedliche Koexistenz die Gewähr eines friedlichen Miteinanderlebens und eines friedlichen Wettbewerbs der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung“^[4] bieten würde.

Als Mittel zur Lösung der nationalen Frage schlug man eine vorübergehende Konföderation vor, die, gekennzeichnet durch eine Zusammenarbeit auf verschiedenen politischen und ökonomischen Ebenen, den Weg für eine spätere Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland ebnen sollte. Doch trotz dieser Einheitsrhetorik ging man seitens der DDR-Führung inoffiziell davon aus, dass eine längere Periode der Existenz zweier deutscher Staaten bevorstehen würde. Diese zunächst hinter vorgehaltener Hand vom Politbüro der SED getroffene Einschätzung sollte spätestens Anfang 1967 ihren Niedergang in der Öffentlichkeit finden.

So war es Walter Ulbricht selbst, der am 12. Januar 1967 bei einer Zusammenkunft des Autorenkollektivs *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* die Gelegenheit nutzte, deutlich zu machen, dass wegen der Entwicklungen in der BRD eine Wiedervereinigung bis auf weiteres nicht realistisch sei. Dies geschah vor allem unter dem Hintergrund der am 1. Dezember 1966 zwischen CDU und SPD gebildeten *Großen Koalition*. Deren, maßgeblich von der SPD vorangetriebene, „neue Ostpolitik“ drohte aus Sicht der DDR die eigene Deutschlandpolitik langfristig zu unterlaufen, u.a. deshalb, da ja eine Abgrenzung von der BRD und der damit verbundene Anspruch einer Kernstaatsfunktion im deutsch-deutschen Verhältnis ganz oben auf der Agenda stand.

Da passte es überhaupt nicht ins Konzept der politischen Führung in der DDR,

dass die BRD mit den anderen Ostblockstaaten auf Schmusekurs ging und es zu einem Aufweichen der verhärteten Fronten, womöglich sogar zu einer gegenseitigen diplomatischen Anerkennung von Ostblockstaaten und BRD kommen könnte. Nicht zuletzt ob dieser Tatsache kommt im Rahmen des *Nationalen Dokuments* und im Laufe der 60er Jahre der die DDR legitimierenden Geschichtsbetrachtung eine weitaus größere Rolle zu: Ziel war es, „die Legitimität der DDR aus der Vergangenheit her abzustützen, die gesamte deutsche Geschichte so darzustellen, als ob sie von ihren Anfängen an auf die DDR-Gründung und das ‚entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus‘ zugelaufen wäre. Es sollte [...] die DDR als [...] der Kernstaat einer zukünftigen wieder in einem staatlichen Gehäuse organisierten deutschen Nation“[\[5\]](#) erscheinen. Der im Nationalen Dokument der Arbeiterklasse zugesprochenen herausragenden Bedeutung wurde im 8-bändigen *Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* Rechnung getragen.

In diesem von einer Kommission unter Vorsitz Walter Ulbrichts verfassten Dokument, das im April 1963 vom ZK der SED gebilligt wurde, kam es zu einer vertiefenden Darstellung der historischen Rolle der Arbeiterklasse. Darin hob man u.a. hervor, dass es der deutschen Arbeiterklasse in der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg trotz materieller Notlage, alliierter Besatzung und Millionen „von der Naziideologie verseucht[en]“[\[6\]](#) Menschen im „harten Klassenkampf gegen die reaktionären Kräfte“[\[7\]](#) gelungen sei, den Sozialismus aufzubauen.

2.2 Die historische Mission der DDR

Der bereits im *Nationalen Dokument* angeklungene Anspruch der DDR, der einzig rechtmäßige, von der Geschichte legitimierte deutsche Staat zu sein, fand auch seine Verankerung in der Verfassungserneuerung aus dem Jahre 1968. Ganz im Sinne des zuvor konstruierten Geschichtsbildes bezeichnete man im Artikel 1 der Verfassung die DDR als einen sozialistischen Staat deutscher Nation, der gemeinsam mit den „Werkträgern in Stadt und Land [...] unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen“[\[8\]](#) sollte. Dieser hätte gemäß Artikel 6 „getreu den Interessen des deutschen Volkes und der internationalen Verpflichtung aller Deutschen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet und [...] eine dem Frieden und dem Sozialismus, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik“[\[9\]](#) betrieben. Gemäß ihrer historischen Deutung sah sich die DDR nunmehr der BRD um eine Epoche voraus. Dies wurde u.a. damit

begründet, dass in der DDR „auf der Grundlage der geschichtlich überlieferten eine neue, humanistische, eine sozialistische Kultur“[\[10\]](#) entstünde, während solche Bemühungen in der BRD „von den antihumanistischen Einflüssen des deutschen Militarismus, des Klerikalismus und der Unkultur des amerikanischen Imperialismus“[\[11\]](#) erstickt würden.

Die imperialistische Bourgeoisie habe in den zwei letzten Kriegen ihren Führungsanspruch endgültig verwirkt, weshalb es nun der Arbeiterklasse, respektive der sie führenden Partei, der SED, obliege, die deutsche Nation zu führen. Die bürgerliche Nation (BRD) war in diesem Sinne die rückständige, die sozialistische Nation die fortschrittliche. Die DDR wurde als historischer Höhepunkt in der deutschen Geschichte glorifiziert, während die BRD in der unheilvollen Tradition der Bourgeoisie stünde. Die BRD wurde als von den imperialistischen Westmächten herausgelöster „Separatstaat“ angesehen. Die gesellschaftswissenschaftliche Forschung und Lehre wurde vom Politikbüro der SED damit beauftragt, „das gesellschaftliche System des Sozialismus als Ganzes und in seinen Teilsystemen wissenschaftlich zu durchdringen, die entsprechenden Modelle für die Planung und Leitung auszuarbeiten, alle Werktätigen ständig mit neuen Zusammenhängen der gesellschaftlichen Entwicklung vertraut zu machen und sie zu befähigen, aktiv an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft teilzunehmen.“[\[12\]](#)

Bei der ideologischen und geschichtsphilosophischen Interpretation der Weltgeschichte im Sinne des Sozialismus spielte die materialistische Geschichtsauffassung von Marx und Engels eine herausragende Rolle. Lothar Berthold, der damalige Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, umriss Anfang 1966 die Grundzüge des nationalen Geschichtsbildes der DDR:

1. Allein die Arbeiterklasse ist zur Führung der deutschen Nation berufen.
2. Die Arbeiterklasse kann ihre Aufgaben nur lösen, wenn sie von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt wird.
3. Die Arbeiterklasse ist unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei in der Lage, alle Schichten des Volkes zusammenzufassen und zum Sozialismus zu führen.
4. Das Studium der Geschichte der Arbeiterklasse stärkt das sozialistische Bewußtsein und fördert den sozialistischen Patriotismus und sozialistischen Internationalismus.

5. Das Geschichtsbild vermittelt Kenntnisse über die allgemeinen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung.
6. Das Geschichtsbild besitzt für die gesamte deutsche Arbeiterklasse Gültigkeit.
7. Die Ausarbeitung des Geschichtsbildes ist selbst Bestandteil des Klassenkampfes.[\[13\]](#)

Beim Versuch, das Fundament eines sozialistischen Geschichtsbilds zu entwickeln, wurden „erstmalig Nationsverständnis und marxistisch-leninistisches Geschichtsverständnis - wenn auch hölzern und rudimentär - verknüpft. Das marxistisch-leninistische Geschichtsbild wurde von der SED als inhaltlicher Kern eines allgemein zu verbreitenden sozialistischen Geschichtsbewußtseins aufgefaßt.“[\[14\]](#) Im weltpolitischen Maßstab wurde dabei die allgemeine und für jedermann verständliche Losung ausgegeben, dass es einen Klassenkampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus (bzw. Imperialismus) gäbe, wobei Ersterer obsiege. Diese Konfrontation beider Systeme entsprach der marxistisch-leninistischen Weltanschauung. Um dieses Geschichtsbild in die Köpfe bzw. ins Bewusstsein der Menschen zu transportieren, bediente man sich unterschiedlichster Elemente.

Eines davon war, bei den alle fünf Jahre stattfindenden Jubiläumsfeiern zum Bestehen der DDR den Stand der Entwicklung des Sozialismus zu bilanzieren und die Bevölkerung zu animieren, auf dem sozialistischen Weg voranzuschreiten. In „Betrieben, Institutionen und Schulen wurden ‚Traditionszimmer‘ oder ‚Traditionsecken‘ eingerichtet, im normalen Alltag gab es unzählige Zeichen, die subkutan, allein durch ihre dauerhafte und selbstverständliche Präsenz, das historische Bewußtsein der Bevölkerung prägten, etwa Straßen- und Städtenamen (Karl-Marx-Stadt), Denkmäler zur Entwicklung der DDR, Briefmarken, Wandzeitungen, Plakate und Spruchbänder.“[\[15\]](#)

2.3 Die historische Mission der Arbeiterklasse

Die Anfang der 60er Jahre mit dem *Nationalen Dokument* ausgerufenen historischen Mission der Arbeiterklasse bzw. Arbeiterbewegung war, wie bereits deutlich geworden sein sollte, zuvorderst eine nationale Mission, da sich die DDR gegenüber der BRD als historisch rechtmäßiger deutscher Staat zu legitimieren bzw. abzugrenzen versuchte. Das marxistisch-leninistische Geschichtsbild der DDR bewegte sich in den 60er Jahren also in einem nationalen Rahmen. Doch

nicht nur das: Ulbricht stellte 1967 auf einer Tagung fest, dass der Sozialismus eine „relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab“[\[16\]](#) sei. Damit widersprach er der sowohl von Marx als auch Lenin vorgenommenen Sozialismus-Definition, wonach der Sozialismus nur eine kurze Übergangsphase zum Kommunismus darstelle. Desweiteren stellte sich das Nationsverständnis der DDR als sehr widersprüchlich heraus.

Denn mal sprach man von der gesamten deutschen Nation, dann wieder davon, dass die DDR der deutsche Nationalstaat sei. Dies lässt sich damit erklären, dass die SED, „um den ostdeutschen Wiedervereinigungsanspruch ideologisch zu bekräftigen, am Verständnis einer sozialistischen Nation ‚im Übergangsstadium‘ fest[haltete], ohne daß die DDR-Geschichtswissenschaftler dieser ein Fundament im Geschichtsverständnis des historischen Materialismus hätten geben können. In der Endphase der Ära Ulbricht schälte sich ein Widerspruch zwischen dem abgrenzenden Geschichtsbild und dem auf ganz Deutschland abzielenden Nationsverständnis deutlich heraus. Hierin reflektierte sich das für die DDR konstitutive Spannungsverhältnis zwischen Eigenstaatlichkeit und überstaatlichem Anspruch.“ [\[17\]](#) Dieser Konflikt zwischen Nation und Staatlichkeit löste sich erst mit der im Jahr 1971 vollzogenen grundlegenden Revision der Haltung der SED zur nationalen Frage auf.

3. Schlussbemerkung

Mit dem *Nationalen Dokument* thematisierte die SED die Deutschlandfrage, und zwar unter zwei Gesichtspunkten: Einerseits versuchte man, die DDR als den einzig rechtmäßigen deutschen Staat gegenüber der BRD abzugrenzen. Dies geschah unter Hinzunahme einer neuen Komponente, nämlich des Vorhabens, die DDR historisch zu legitimieren. Dazu bediente man sich der Konstruktion eines marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes, nach dem die DDR in einer historischen Mission den Sozialismus verwirkliche. Das Ganze geschehe unter der Führung der Arbeiterklasse als revolutionäre bzw. historische Kraft sowie der marxistisch-leninistischen Partei, also der SED.

Hierbei handelte es sich jedoch um eine historische Mission der deutschen Arbeiterklasse, womit sich das Ganze in einem nationalen Rahmen bewegte – schließlich wollte sich die DDR im Wesentlichen gegenüber der laut Ideologie in der unheilvollen Tradition der Bourgeoisie stehenden rückständigen bürgerlichen

Nation BRD als die fortschrittliche sozialistische Nation behaupten und eine Kernstaatsfunktion im deutsch-deutschen Verhältnis für sich in Anspruch nehmen.

Andererseits sprach man davon, dass man willens sei, eine friedliche Koexistenz mit der BRD anzustreben. Dies sollte im Rahmen einer Konföderation geschehen, in der die beiden deutschen Teilstaaten insbesondere auf politischer und wirtschaftlicher Ebene kooperieren und den Grundstein für eine Wiedervereinigung von BRD und DDR legen würden. Diese Einheitsrhetorik wiederum führte jedoch zu einem Konflikt mit dem Anspruch auf Eigenstaatlichkeit bzw. dem marxistisch-leninistischen Geschichtsbild der DDR.

4. Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen:

Berthold, Lothar: Unser nationales Geschichtsbild, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus 2/1966 (S. 225-331).

Das nationale Dokument über „die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“, hrsg. vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), Köln 1962.

Ulbricht, Walter: Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus, Sonderheft August 1962 (S. 58-186).

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, Gesetzblatt der DDR 1968 I., S. 199-222, In: Münch, Ingo: Dokumente des geteilten Deutschland, Stuttgart 1974.

Literatur:

Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und
Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996.

Reuter, Frank: Geschichtsbewußtsein in der DDR, Köln 1973.

Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2006.

Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2002.

Fußnoten:

1. Das nationale Dokument über „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“, hrsg. vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), Köln 1962, S. 21.
2. Ebd. S. 21.
3. Ebd. S. 28.
4. Ebd. S. 34.
5. Reuter, Frank: Geschichtsbewußtsein in der DDR, Köln 1973, S. 53.
6. Ulbricht, Walter: Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus, Sonderheft August 1962 (S. 58-186), S. 145f.
7. Ebd. S. 145f.
8. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, Gesetzblatt der DDR 1968 I., S. 199-222, In: Münch, Ingo: Dokumente des geteilten Deutschland, Stuttgart 1974.
9. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, Gesetzblatt der DDR 1968 I., S. 199-222, In: Münch, Ingo: Dokumente des geteilten Deutschland, Stuttgart 1974.
10. Nationales Dokument, S. 25.
11. Ebd. S. 26.
12. Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996, S. 139-140.
13. Berthold, Lothar: Unser nationales Geschichtsbild, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus 2/1966 (S. 225-331), S. 228.
14. Erdmann S. 142.
15. Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2002, S. 98-99.
16. Neues Deutschland, Nr. 252 vom 13.9.1967, In: Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2006, S. 67.
17. Erdmann S. 152.

Die DDR-Medien und der Prager Frühling 1968

Das »Neue Deutschland« und der Einmarsch - Die Rolle der DDR-Medien beim „Prager Frühling“ im Jahre 1968. Dieser Artikel erschien zuerst im Neuen Deutschland. Das ND war die Parteizeitung der SED und damals die auflagenstärkste Tageszeitung der DDR. Sie überstand die Wende und ist heute eine unabhängige sozialistische Tageszeitung.

Der mediale Schlagabtausch zwischen Ost und West verlief 1968 anfangs nicht schlecht für die DDR. Ausführlich hatte das »Neue Deutschland« über die große Protestbewegung in Westdeutschland berichtet. Das Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke und die Einführung der Notstandsgesetze wurden genutzt, die verkrusteten Verhältnisse und die Gefährdung demokratischer Grundrechte in der Bundesrepublik medial unter Feuer zu nehmen. Studenten unter Roten Fahnen - das war eine Schlagzeile wert. Doch als Truppen des Warschauer Vertrages die Tschechoslowakei besetzten, befanden sich die Medien der DDR in einer unangenehmen Lage.

Das Neue Deutschland (ND) druckte am 21. August 1968 auf Seite 1 eine »Mitteilung von TASS«, darunter ein vom ZK der SED, vom Staatsrat und Ministerrat signierter Appell an alle DDR-Bürger, daneben wurde die »gute und stabile Entwicklung der Volkswirtschaft unserer Republik« gefeiert.

Im Verlauf des Jahres 1968 hatten die DDR-Medien öfters gegen den tschechoslowakischen Reformprozess Stellung bezogen. Das änderte sich, als am 2. August 1968 die Parteiführungen der DDR und der CSSR eine gemeinsame Erklärung verabschiedeten. Das Dokument wurde im ND veröffentlicht. In der Folge stellte das »Zentralorgan« der SED seine Angriffe auf die Reformbewegung in der CSSR ein.

Nach der Landung sowjetischer Truppen auf dem Prager Flugplatz begann jedoch eine Medienschlacht um die Deutung der Ereignisse. ND sah sich in einer Zwickmühle. Kritik an der Intervention kam nicht nur vom politischen Gegner,

sondern auch von westlichen kommunistischen Bewegungen. Auch die gerade noch vom ND medial unterstützte Studentenbewegung protestierte – wieder unter Roten Fahnen – gegen den Einmarsch.

ND bemühte sich, die Proteste totzuschweigen. Die Leser erfuhren nur indirekt davon: Das Blatt veröffentlichte die Kritik westdeutscher Kommunisten an den Studenten. Auffallend war für aufmerksame Zeitgenossen auch: Während die westlichen Medien in Hülle und Fülle Fotos der in Prag agierenden sowjetischen Truppen sowie von Demonstrationen veröffentlichten, bot ND, wie die gesamte DDR-Presse, kaum Bildmaterial. Als Grund für die Invasion nannte das offizielle Partei- und Regierungsblatt einen »politisch-ideologischen Einbruch« des Gegners in der CSSR.

»Verantwortungslose, prinzipienlose, parteifremde Politiker« hätten sich der Führung der „Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei“ (KPTsch) bemächtigt und würden zusammen mit »konterrevolutionären Organisationen« ein Kesseltreiben gegen »aufrechte Kommunisten« führen. Wie jedoch »partEIFremde« Politiker die Führung der KPTsch angeblich übernehmen konnten, blieb für die Leser rätselhaft. Und warum war der Einmarsch erfolgt, wenn es doch am 2. August eine einvernehmliche Übereinkunft gab?

Im ND hieß es, der Eingriff sei notwendig gewesen, weil die »Sprachrohre antikommunistischer Propaganda« sonst ihre Hetze fortgesetzt hätten. Klar blieb nur die Führungsrolle der UdSSR. Im ND stand: »Wie einer zum Sozialismus und zum Frieden steht, ist an seiner Stellung zur Sowjetunion abzulesen«. Ob jemand als imperialistischer Agent oder aufrechter Kommunist zu gelten hatte, wurde in Moskau bestimmt. Und die dortige Sicht konnte sich sehr schnell ändern. Eine Woche nach dem Einmarsch kehrten die zeitweilig inhaftierten Prager Reformer in ihre Ämter zurück. Solch ein Kurswechsel war schwer glaubhaft zu machen.

ND konnte also nur allgemein »konterrevolutionäre Elemente« als Gegner anführen. Rätselhaft blieb auch, wer denn die Genossen waren, »die sich an die Bruderländer um Hilfe gewandt haben«. In der CSSR war die Empörung über die Besetzung so groß, dass auch die orthodoxen Kommunisten sich nicht mehr dazu bekennen wollten. So musste sich ND wieder mit Umschreibungen begnügen, konnte keine Namen nennen: Die mediale Auseinandersetzung um den »Prager Frühling« haben die DDR-Medien verloren.

Der Grundlagenvertrag von 1972

Inhaltsverzeichnis

[1. Vorwort](#)

[2. Hauptteil](#)

[2.1 Die Zwei-Nationen-These](#)

[2.2 Wichtige politische Schritte im Vorfeld zum Grundlagenvertrag](#)

[2.3 Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag von 1972](#)

[2.4 Die Bedeutung des Grundlagenvertrages](#)

[3. Fazit](#)

[4. Quellen- und Literaturverzeichnis](#)

1. Vorwort

Nun folgend werde ich mich mit dem am 21.12.1972 zwischen DDR und BRD geschlossenen Grundlagenvertrag beschäftigen, der den Weg für eine Normalisierung bzw. ein friedliches Nebeneinander in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten ebnen sollte.

2. Hauptteil

2.1 Die Zwei-Nationen-These

Hatte man bisher - zumindest offiziell - seitens der DDR in der Deutschlandfrage davon gesprochen, die nationale Einheit anzustreben, so wurde diese These spätestens auf dem VIII. Parteitag der SED vom 15. - 19. Juni 1971 zu Grabe getragen. Erich Honecker hörte man schon Monate zuvor sagen, dass die These von der nationalen Einheit von nun an „nichts anderes als ein modifizierter

Ausdruck von Revanchismus [sei], denn sie zielt letztlich auf die früher mit allen Mitteln nicht erreichte Unterordnung der DDR unter die imperialistische BRD“[1] ab. Dies bedeutete die Hinwendung zu einer Zwei-Nationen-These, wonach sich laut Honecker im „Gegensatz zur BRD, wo die bürgerliche Nation fortbesteht und wo die nationale Frage durch den unversöhnlichen Klassenwiderspruch zwischen der Bourgeoisie und den werktätigen Massen bestimmt wird, [...] in der Deutschen Demokratischen Republik [...] die sozialistische Nation“[2] entwickelt. Mit einer Kursänderung in der Deutschlandpolitik, die mit der Ablösung Walter Ulbrichts durch Honecker einherging, und damit auch vom nationalen Alleinvertretungsanspruch wurde die „Anerkennungspolitik von der SED in den weiteren Horizont einer Koexistenz- und Integrationspolitik gestellt, welcher der SED auch wieder größere Flexibilität und mehr Verhandlungsfähigkeit“[3] der BRD gegenüber einräumte.

2.2 Wichtige politische Schritte im Vorfeld zum Grundlagenvertrag

Im Zuge der Ostpolitik Willy Brandts und der bereits angesprochenen politischen Neuausrichtung der DDR in der Deutschlandfrage wurden richtungsweisende Abkommen hinsichtlich eines nachhaltigen Tauwetters in den Beziehungen zwischen DDR und BRD geschlossen, die zugleich das Fundament für den Grundlagenvertrag vom Dezember 1972 bildeten. Den Stein des Anstoßes für solch ein Vertragswerk hatte Willy Brandt mit seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 ins Rollen gebracht, in der er dem DDR-Ministerrat Verhandlungen auf Regierungsebene angeboten hatte. Und tatsächlich nahm nur ein Jahr später, am 27. November 1970, der Prozess des Meinungsaustausches über die Regelung der deutschen Frage zwischen den beiden deutschen Teilstaaten offiziell seinen Anfang. An diesem Tag trafen sich erstmals Michael Kohl, zu diesem Zeitpunkt Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, und Egon Bahr, damals Staatssekretär im Bundeskanzleramt, zu ersten Gesprächen.

In diesen Zeitraum fallen auch die besagten Abkommen, zu denen - neben den im Rahmen der Entspannungspolitik Brandts seitens der BRD mit UdSSR (*Moskauer Vertrag* vom 12.8.1970) und Polen (*Warschauer Vertrag* vom 7.12.1970) vereinbarten Verträgen - das am 3. September 1971 unterzeichnete *Vier-Mächte-Abkommen über Berlin* zählt, das u.a. einen ungehinderten Transitverkehr zwischen den Berliner Westsektoren und dem Bundesgebiet manifestierte sowie die politische und rechtliche „Stellung West-Berlins [festigte], das fortan als

potenzieller Krisenherd bei politischen Zuspitzungen zwischen Ost und West ausgedient hatte.“[4] Desweiteren sollten am 17.12.1971 ein *Transitabkommen*, also eine Übereinkunft zum Reiseverkehr zwischen Ost- und Westberlin, und am 26.5.1972 ein *Verkehrsvertrag*, der Reiseerleichterungen für BRD- und DDR-Bürger beinhaltete, folgen.

2.3 Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag von 1972

Der *Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik* bestand „aus einem Vertragstext und einer Reihe verbindlicher Vereinbarungen und Zusagen in Form von Protokollvermerken und Briefwechseln.“[5] In der Präambel des Vertrages ist u.a. zu lesen, dass beide Staaten, unbeschadet von grundsätzlich unterschiedlichen Auffassungen wie in der nationalen Frage, einen Beitrag zur Entspannung und Sicherheit in Europa leisten wollen. Zur Erreichung dieses Zieles strebten sie nach Artikel 1 an, normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu entwickeln. Zudem wollten sich beide Staaten gemäß Artikel 2 von den in der UN-Charta niedergeschriebenen Zielen und Prinzipien leiten lassen, vor allem der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung. In diesem Sinne bekundeten sie im Artikel 3 auch ihren Willen, Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen und sich der Anwendung von Gewalt oder auch nur deren Androhung zu enthalten sowie die Unverletzlichkeit ihrer gemeinsamen Grenzen und ihrer territorialen Integrität zu achten. Im Artikel 6 bekräftigten sie schließlich, ihre beiderseitige Unabhängigkeit und Selbstständigkeit in äußeren und inneren Angelegenheiten zu respektieren.

Damit konnte die DDR ein bedeutendes politisches Ziel erreichen, nämlich die Anerkennung ihrer Souveränität und Grenzen. In diesem Zusammenhang lässt sich feststellen, dass die SED von Anfang an „mit dem völkerrechtlichen Charakter des Vertrages [...] die zukünftige, auch friedliche Unveränderbarkeit der deutsch-deutschen Grenze und die Geltungskraft zweier deutscher Staatsbürgerschaften, die sich auf das jeweilige Territorium der Bundesrepublik und der DDR beschränkten, zu begründen“[6] versuchte. Doch gerade in Fragen der Staatsbürgerschaft gab es erhebliche Differenzen. Während die DDR-Seite davon sprach, dass der Vertrag eine Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen

vereinfacht, erklärte die BRD-Delegation, dass diese überhaupt nicht durch den Vertrag geregelt seien, womit auch weiterhin jeder DDR-Staatsbürger einen Anspruch auf das Bürgerrecht der BRD hatte, da es aus Sicht der Bundesrepublik auch weiterhin nur eine deutsche Staatsbürgerschaft gab. Auch bezüglich des vereinbarten Status der Grenzen zwischen BRD und DDR gab es - allerdings erst nach Abschluss des Grundlagenvertrages - Differenzen, da das Bundesverfassungsgericht - nach einer vom CSU-Politiker Franz Josef Strauß initiierten Verfassungsklage des Bundeslands Bayern gegen den Grundlagenvertrag - hinsichtlich der vereinbarten Grenzregelung in seinem Urteil zum Grundlagenvertrag vom 31.7.1973 feststellte, dass für „die Frage, ob die Anerkennung der Grenze zwischen den beiden Staaten als Staatsgrenze mit dem Grundgesetz vereinbar ist, [...] die Qualifizierung als staatsrechtliche Grenze zwischen zwei Staaten [entscheidend ist], deren ‚Besonderheit‘ ist, daß sie auf dem Fundament des noch existierenden Staates ‚Deutschland als Ganzes‘ existieren, daß es sich also um eine staatsrechtliche Grenze handelt ähnlich denen, die zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland verlaufen.“[7]

Dies wurde u.a. im *Neuen Deutschland* kommentiert, wo es hieß, dass an „das Märchen, die DDR als Bundesland einverleiben zu können, [...] doch selbst nicht mehr die Schüler der Zwergschulen in der Bundesrepublik Deutschland“[8] glauben würden. Es ist eine Ironie des Schicksals, dass jedoch genau diese *Einverleibung* mit dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 eintreten sollte. Bedeutsam für weitere Abkommen zwischen DDR und BRD sollte Artikel 7 sein, in dem sie festhielten, eine „Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern.“[9] In einem Zusatzprotokoll zum Grundlagenvertrag wurde dies genauer spezifiziert. Darüber hinaus ist noch der Widerstand seitens der Bundesregierung gegen eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR zu erwähnen, der sich im Artikel 8 widerspiegelt, wo nur von *Ständigen Vertretungen* und nicht *Botschaften* die Rede ist, die errichtet werden sollen. Am 21. Dezember 1972 schließlich unterzeichneten die Verhandlungsführer beider Seiten den Grundlagenvertrag, der am 21. Juni 1973 in Kraft treten sollte. Legendär wurde folgende Aussage Egon Bahrs zur Vereinbarung zum deutsch-deutschen Grundlagenvertrag: *Bisher hatten wir keine Beziehungen, jetzt werden wir schlechte haben - und das ist der Fortschritt.*

2.4 Die Bedeutung des Grundlagenvertrages

In der Vertragspolitik gilt der Grundlagenvertrag von 1972 bis zum noch bedeutungsvolleren Einigungsvertrag von 1990 als wichtigster Staatsvertrag zwischen DDR und BRD. Er bildete den Grundstein für ein komplexes und umfangreiches Vertragswerk, das von beiden Seiten in den folgenden Jahren immer mehr ausgebaut werden sollte und schuf nicht zuletzt die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten 18 Jahre später. Als unmittelbare Wirkung dieser Übereinkunft von internationaler Tragweite kann der zwischen DDR und BRD bereits im Rahmen der Verhandlungen zum Grundlagenvertrag abgestimmte gemeinsame Beitritt zur UNO im Jahre 1973 gewertet werden. Der DDR war damit endgültig die Einbettung ins internationale System gelungen. Sie „kam 1972 als Mitglied in die UNESCO und 1973 in verschiedene Unterorganisationen der UN. Am 18. September 1973 fand die DDR als 133. Staat [...] Aufnahme in die Weltorganisation und wurde 1980 sogar für zwei Jahre nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates. Im September 1974 kam es auch zu diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und der DDR, sie war nun in Ost und West anerkannt.“[10]

Der außenpolitische Aktionsradius der DDR wurde damit im erheblichen Maße erweitert - vortrefflich dokumentiert wird dies damit, dass ihr bis zum Jahr 1978 die völkerrechtliche Anerkennung durch insgesamt 123 Staaten gelang. Der damaligen Bundesregierung unter Willy Brandt wird auch heute noch von Kritikern der Ost- und Vertragspolitik vorgeworfen, damit der DDR zur Stabilisierung und Festigung verholfen zu haben. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass man diese „ohne Anerkennung [...] nicht für menschliche Erleichterungen [hätte] öffnen können. In Bonn war man sich klar, dass nur ein behutsames Vorgehen möglich war, eine offen betriebene Destabilisierung der DDR hätte damals nur zu ihrer größeren Abschottung und zum Eingreifen der Sowjetunion führen können.“[11] Und die Geschichte sollte der Entspannungspolitik Brandts auch Recht geben.

3. Fazit

Die Ost- und Vertragspolitik Willy Brandts sowie die Abkehr der DDR vom nationalen Alleinvertretungsanspruch, hin zu einer Zwei-Nationen-Theorie, bildeten die Voraussetzung für den Grundlagenvertrag aus dem Jahre 1972. Trotz der Tatsache, dass beide Seiten bei den Verhandlungen zum Grundlagenvertrag

in vielen Punkten zutiefst unterschiedliche Positionen aufzuweisen hatten, wie beispielsweise in der nationalen Frage, erreichte man doch einen Grundkonsens, der zur Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen beitragen sollte. Der DDR gelang mit der Anerkennung ihrer Souveränität und Grenzen sowie dem völkerrechtlichen Charakter des Grundlagenvertrages die Einbindung ins internationale System und damit eine erhebliche außenpolitische Aufwertung. Zudem wurde von BRD und DDR der Weg für einen gemeinsamen Beitritt zur UNO im Jahre 1973 frei gemacht. Langfristig gesehen bildeten der Grundlagenvertrag und die damit verbundenen Folgeverträge die Voraussetzung für die im Jahre 1990 vollzogene Wiedervereinigung beider Teilstaaten.

4. Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen:

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969 - 1976. Bericht und Dokumentation, Bonn 1977.

Honecker, E.: Rechenschaftsbericht des ZK der SED auf dem VIII. Parteitag der SED 1971, in: DA 7/71.

Honecker auf der 14. Tagung des Zentralkomitees im Dezember 1970, in: Brandt, Peter. / Ammon, Herbert: Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek 1981.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts betreffend die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. Juli 1973, in: Küchenmeister, Daniel / Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger: Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag. Umstände, Wirkungen, Sichtweisen, Potsdam 2003.

Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972, in: Küchenmeister, Daniel / Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger: Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag. Umstände, Wirkungen, Sichtweisen, Potsdam 2003.

Literatur:

Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996.

Fraude, Andreas: Die Außenpolitik der DDR, Erfurt 2006.

Seidel, Karl: Berlin-Bonner Balance, Berlin 2002.

Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2006.

Fußnoten:

[1] Honecker auf der 14. Tagung des Zentralkomitees im Dezember 1970, in: Brandt, Peter. / Ammon, Herbert: Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek 1981, S. 315.

[2] Honecker, E.: Rechenschaftsbericht des ZK der SED auf d. VIII. Parteitag der SED 1971, in: DA 7/71, S. 770.

[3] Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996, S. 165.

[4] Fraude, Andreas: Die Außenpolitik der DDR, Erfurt 2006, S. 38.

[5] Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2006, S. 87.

[6] Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996, S. 167.

[7] Urteil des Bundesverfassungsgerichts betreffend die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. Juli 1973, in: Küchenmeister, Daniel / Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger: Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag. Umstände, Wirkungen, Sichtweisen, Potsdam 2003, S. 154.

[8] Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Die Entwicklung der

Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969 - 1976. Bericht und Dokumentation, Bonn 1977, S. 197.

[9] Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972, in: Küchenmeister, Daniel / Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger: Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag. Umstände, Wirkungen, Sichtweisen, Potsdam 2003, S. 120.

[10] Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2006, S. 88.

[11] Seidel, Karl: Berlin-Bonner Balance, Berlin 2002, S. 170.

Beat und Rock im Osten

Inhaltsverzeichnis

[1. Vorwort](#)

[2. Hauptteil](#)

[2.1 Jazz, Rock´n Roll, Beatmusik
und die beginnenden 60er Jahre](#)

[2.2 Wende und Neubesinnung](#)

[2.3 Die 70er Jahre](#)

[2.4 Die 80er Jahre](#)

[3. Fazit](#)

[4. Literaturverzeichnis](#)

1. Vorwort

„Irgendwann will jedermann raus aus seiner Haut - Irgendwann denkt er dran, wenn auch nicht laut“ [\[1\]](#)

Befragt man heute die Leute unter 30 und/oder ohne Ostbiographie über den Rock in der DDR, fallen ihnen maximal Ute Freudenbergs „Jugendliebe“, Nina Hagens „Du hast den Farbfilm vergessen“ sowie Citys „Am Fenster“ ein oder man erinnert sich wage daran, dass „Über sieben Brücken musst du geh'n“ ursprünglich aus der Feder von Karat stammte. Ein Teil der damaligen Ostrock-„Stars“, wie Tamara Danz, Gerhard Gundermann oder vor kurzem Herbert Dreilich, sind leider bereits früh verblichen. Der große Rest hält sich heute mit „Starschnitten“ in der Super-Illu über Wasser, weiht eines der vielen tausend Autohäuser im Ostteil der Republik ein oder muss, wie jüngst Dirk Michaelis, Comeback-Duette mit abgehalfterten 90er Jahre Schunkel-Barden bestreiten. Einige wenige jedoch sind nach wie vor im Geschäft und können die anhaltende diffuse Ostalgie-Revival-Welle für sich nutzen. Wo aber lagen die Vorgänger des Rocks im Osten, welche Vorbilder hatten die Bands und mit welchen Schwierigkeiten hatten Sie zu kämpfen? Wie vollzog sich die Entwicklung gerade in den 60er Jahren über die Beatmusik und den goldenen 70ern bis zur Stagnation in den 80er Jahren? Welche Rolle spielten ideologische Vorgaben? Wie war das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bands und welche Leitlinien hatte er?

2. Hauptteil

2.1 Jazz, Rock´n Roll, Beatmusik und die beginnenden 60er Jahre

Die Entwicklung ostdeutscher Rockmusik hatte seinen Ursprung in der zunehmenden Beliebtheit von Jazz und Rock´n Roll Ende der 50er und zu Beginn der 60er Jahre. Trotzdem sich beide Musikrichtungen sowohl in der musikalischen Darbietung als auch in ihrem jeweiligen Publikum unterschieden, waren sie bereits früh als westlich dekadente Musik negativ konnotiert. Populärmusik wurde bereits früh als psychologische Waffe des Westens ausgemacht, Rock´n Roll Größen wie Bill Haley oder Elvis Presley als dumme, stumpfsinnige und völlig unmusikalische Irre gebrandmarkt. Dies lag zum einen an der großen Beliebtheit dieser Musik im Westen und zum anderen an Ausschreitungen im Anschluss an manche Konzerte. Die Brechung moralischer

Normen, die Entziehung aus erzieherischer Kontrolle und damit die Entfremdung der Jugendlichen vom System durch den Einfluss dieser Musik wurden als bedrohlich eingestuft.

Auf dem V. Parteitag der SED 1958 wurden Leitlinien der SED für die Kulturpolitik und den Aufbau der sozialistischen Nationalkultur abgesteckt. Prämissen waren unter anderem: die Arbeiterklasse solle auch in der Kultur die führende Rolle einnehmen, Künstler sich in die neuen Verhältnisse einordnen sowie die Aufforderung, dass sich Bürger und Regierung auf den Weg zur gebildeten Nation begeben sollten.[\[2\]](#) Nationalen Traditionen und einer Hinwendung zur hohen Kunst wurde eine vermehrte Bedeutung beigemessen. Unter der Mitarbeit des Verbandes Deutscher Komponisten und Musikwissenschaftler kristallisierten sich mehrere Leitlinien hinsichtlich der Tanz- und Unterhaltungsmusik heraus. Sozialistische Tanzmusik habe sich vom Westen abzugrenzen, da die leichte Muse ein Zeichen des Klassengegners sei. Im Januar 1958 wurde die Quotenregelung, wonach 60% der öffentlich gespielten Musik aus der DDR oder verwandten „Volksdemokratien“ zu stammen habe, verabschiedet. Auch wurde den Künstlern aufgetragen, die Hörer durch ihre Musik im Sinne der sozialistischen Persönlichkeit zu erziehen. Volkstümlichkeit, politische Aussage, musikalische „Verständlichkeit“ und Abgrenzung zur „Unkultur“ des Westens waren dabei die Schlagworte[\[3\]](#).

Mit dem Siegeszug der Beatles 1964 hielt auch eine Veränderung in der Musiklandschaft Ostdeutschlands Einzug. Viele tausend Amateurbands - im Gegensatz zum offiziell gewünschten und geforderten „Berufsmusiker“ - gründeten sich und coverten internationale Hits. Die Faszination des Beat gründete sich auf dem Bruch mit den Konventionen bisheriger Tanzmusik. Die elektrischen Gitarren traten in den Vordergrund der auf Schlagzeug, Bass und eben Gitarre reduzierten Bands. Hinzu kam eine statusähnliche Jugend-Attitüde - in Abgrenzung zu den Erwachsenen - wie sie der Rock´n Roll im Osten nie vorweisen konnte. Viele der späteren Rockgrößen der DDR begannen in diesen frühen Beatkapellen.[\[4\]](#)

Zu Beginn der 60er Jahre kam es in der DDR zu zaghaften Reformüberlegungen hinsichtlich der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielsetzungen. Die Leitlinien der Kulturpolitik wurden davon jedoch eher weniger berührt. Allerdings wurde das Klima in der Jugendpolitik vorerst, nach diversem auf und ab und vor dem Hintergrund des Einflusses westlicher Musik und Lebensweisen, wieder

etwas wärmer. Die Jugendkommission beim ZK der SED verabschiedete 1963 ein Kommuniqué unter dem Titel „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“. Obwohl in diesem Papier die Nähe zur SED und damit zum gesellschaftlichen System und die Verantwortung der Jugend für eben jenes System ausdrücklich postuliert wurde, fanden sich progressive Ansätze in ihm wieder. Eingefordert wurden neben dem Zugeständnis der Mündigkeit, ohne Gängelei und Administrieren, das Zugeständnis zu großzügigeren Freiheiten, für Toleranz und Individualität. Dies wirkte sich natürlich auch auf den Musiksektor aus, ohne jedoch das Leitbild des arbeitsamen und linientreuen Jugendlichen aufzugeben^[5]. Im Zuge des Deutschlandtreffens 1964 entdeckten Plattenverleger, Jugendmedien (wie DT 64) und Teile der FDJ das Phänomen Beat für sich und engagierten sich zum Teil recht stark für diese Bewegung. Im Jahr 1965 konnte man in der DDR erste Compilations ostdeutscher Beat-Bands und Lizenzpressungen der Beatles käuflich erwerben. Die FDJ veranstaltete Gitarrenwettstreite für junge Musiker und versuchte damit auch einen Teil der jugendlichen Euphorie einzufangen und Einfluss über die FDJ-Gitarrenbewegung zu gewinnen.

2.2 Wende und Neubesinnung

Gegen Ende des Jahres 1965 kippte dann die zwischenzeitlich wohlwollende Berichterstattung über die Beatbands und der Umgang mit ihnen. Waren die Beatles die „netten“ Jungs von nebenan, deren Platten man auch gerne mal verlegte, war die härtere Gangart des Beat hingegen verpönt. Nach dem Konzert der Rolling Stones im September 1965 in der Waldbühne und einer sich anschließenden Straßenschlacht kippte auch die Stimmung im Osten. Die sog. „Halbstarke“, ihr Gebaren, der unnormierte Umgang mit dem anderen Geschlecht, dem Alkohol, den Manieren oder dem Tanz- und Kleiderstil ließen bei den Machthabern neuerlich die Alarmglocken schrillen. Beat wurde als Nervengift des Klassenfeindes abgestempelt, seine Anhänger, allesamt „Rowdys“ und „Gammler“, seien dumm, faul, asozial und hässlich. Erich Honecker, zur damaligen Zeit Sekretär für Sicherheitsfragen, ließ die weitgehenden Zugeständnisse von 1963 aufkündigen. Von nun an sollte jeder Band, die westliches Musikgut aufführte, die Auftrittserlaubnis entzogen werden, ihre finanziellen Verhältnisse hinsichtlich der Steuerabgaben überprüft und bei härteren Fällen auch die Einweisung in ein Arbeitslager verfügt werden. Dies blieb jedoch nicht ohne Konsequenzen.

In Leipzig, deren Stadtbere durch ein besonders hartes Durchgreifen gegenüber

den Bands auffielen, fand am 31. Oktober 1965 eine Demonstration mehrerer hundert Jugendlicher gegen das Verbot der Amateurbands statt. Die Polizei griff, wie gewohnt, hart durch und verhaftete über 260 von ihnen und verhängte harte Strafen. Nach der 11. Tagung des ZK der SED im Dezember 1965 erlosch jegliche staatliche Förderung des Beat. Einige der politisch Verantwortlichen hatten ihren Platz zu räumen und die FDJ begann eine Alternativbewegung, die „Singebewegung“, zu installieren. Der Amateurstatus der Bands wurde neu geregelt und ließ bürokratischer Willkür im Hinblick auf Verbote von Bands freien Raum, da fortan nicht nur künstlerische Fähigkeiten, sondern auch das Auftreten und das Aussehen für die Erteilung einer Spielerlaubnis mit einbezogen wurden^[6]. Songformen, die von nun an gefördert und gespielt werden sollten, waren Antikriegs-, politische Kampf-, Volks- und Liebeslieder.

Das ständige Auf und Ab zwischen Ablehnung und Anerkennung gitarrenlastiger Musik nahm 1967 eine neuerliche Wendung. Vor dem Hintergrund des VII. Parteitages der SED und den damit verbundenen sozialpolitischen Neuerungen gewannen Kultur und Freizeitverhalten sowie deren Steuerung an Gewicht. Man wollte von staatlicher Seite dem kulturellen Einfluss des Westens etwas eigenes, besseres, entgegensetzen. Außerdem war ersichtlich geworden, dass man mitnichten die Szene der Beatbands unter Kontrolle bringen, geschweige denn den Stil verbieten könnte. Vereinbart wurden deshalb eine Ausweitung einheimischer Produktionen sowie die Wiedereinführung von Sanges- und Talentwettbewerben. Im Zuge dieser Neubesinnung entstanden Bands, die frühen Jazz-Rock, Blues-Rock und Soul-Einflüsse sowie Woodstock-Feeling aufwiesen und verbanden.

Die 70er Jahre

Zu Beginn der 70er Jahre war die Zahl einheimischer Bands immens angewachsen. Es fanden nun Open-Air-Auftritte mehrerer Bands statt, denen die jeweiligen Fans auch bereitwillig hinterher reisten. Eine neue Art von Fankultur war im Entstehen. Allerdings war es immer noch der Fall, dass viele Bands nur Stücke ausländischer Rockgrößen nachspielten. Wer als erster coverte, war oftmals erfolgreich. Auch die technische Ausstattung ließ vorerst zu wünschen übrig. Viele waren auf den Schwarzmarkt angewiesen und machten sich dadurch strafbar. Allerdings entschieden letztlich, wie überall auf der Welt, handwerkliches Geschick, Charisma und Ideen über den Erfolg der jeweiligen Bands. Die Musikstile differenzierten sich darüber hinaus, vor dem Hintergrund

der internationalen Entwicklung, immer mehr aus. Professionelle Musiker brachten Leben in den bisherigen, von Laien dominierten Musikalltag.

Der Rundfunk der DDR spielte bei der Profilierung der Musiker eine gewichtige Rolle, da seine Redakteure über das Land tingelten, hoffnungsvolle Bands unter ihre Fittiche nahmen und nach und nach aufbauten. Viele der Bands, die den Musikalltag der DDR bis zum Ende prägen sollten, entstanden in diesen frühen 70er Jahren. Sie hatten sich emanzipiert, kamen vom reinen Covern weg und fanden eigene deutschsprachige Ausdrucksformen. Der SED war dies, vor dem Hintergrund der kulturellen Abgrenzung zum Westen, sehr recht. Sie hofierte diese Bands und versah sie mit finanziellen und künstlerischen Privilegien. Gerade die 10. Weltfestspiele in der DDR lösten einen regelrechten Rockboom hinsichtlich der Verkaufszahlen und der Qualität der Songs aus. Auf der anderen Seite gab es Bands, die der neuen Politik der Umarmung und Vereinnahmung eher weniger abgewinnen konnten. Hinzu kam, dass es über die Jahre immer wieder Auseinandersetzungen zwischen Konzertbesuchern und der Polizei gegeben hatte.

Renft, eine Band, die in mehrfacher Hinsicht besondere Qualitäten aufwies und ein immenses Fanpotential in der DDR besaß, geriet wegen ihrer Texte und ihrem engen Verhältnis zu Gerulf Pannach mit dem Staat aneinander. Die Band wurde 1975 verboten und ihre Mitglieder in das Gefängnis gesteckt oder in die Westemigration getrieben. Alte Feindbilder vom gammiligen, ungesitteten und sich durch seinen Musikgeschmack vom sozialistischen System entfernenden früheren Beat- und heutigen Rockfan lebten wieder auf. Die Ausschreitungen nach den Konzerten zur 1000-Jahr-Feier in Altenburg 1976 und zum „Republikgeburtstag“ 1977 in Berlin ließen die Fronten abermals verhärten.

2.4 Die 80er Jahre

Der Rock in der DDR steckte zu Beginn der 80er Jahre in der Krise. Rockmusik verlor ständig an Reputation in der Bevölkerung. Dies ging einher mit der zunehmenden Ablehnung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Ein kurzes Zwischenhoch war den Bands allenfalls mit den ersten beiden Konzerten der „Rock für den Frieden“-Reihe - und vor dem Hintergrund der sich zwischen den Blöcken neuerlich verschärfenden Konfrontation - vergönnt. Im Zuge dieser Veranstaltungen traten verschiedenste internationale Bands im Osten auf. Um dieses Kapitel noch weiterzuführen, lud man deshalb BAP ein, eine Tournee in

ostdeutschen Städten zu spielen. Das Vorhaben geriet zum Desaster. In der näheren Folge wurden auch für die Künstler die Zeiten härter. Der Devisenmangel, die schlechte Stimmung und wirtschaftliche Krisen führten zu Verkaufseinbrüchen und damit zur Kürzung der finanziellen Mittel bei Künstlern, Bands und Produktionen. Viele Bands standen vor dem Aus. Die Konsequenz war eine Ausreisewelle namhafter DDR-Künstler in die Bundesrepublik. Sie war neben den materiellen Ursachen eine nicht mehr zu kompensierende Folge von stetig währenden Einflussnahmen auf das künstlerische Schaffen, von Verboten, den Lebensumständen, der unmissverständlichen Ablehnung seitens des Staates gegenüber Ausdrucksformen, die sich vom nichtssagenden Schlagereinerlei abgrenzten sowie der Kriminalisierung ganzer Fangruppen.[7]

Daneben fanden auch internationale Entwicklungen, hin zu Punk und Metal, auch im Osten Widerhall. Allerdings wurden diese Bands und Fans, die sich diesen Szenen zurechneten, mit der geballten Macht des Staates konfrontiert. Waren lange Haare, eine von der Norm abweichende Kleidung und die Ausdrucksweise bereits bei vorherigen Jugendkulturen auf massive Ablehnung gestoßen, wurden diese Richtungen als die pervertierteste Form imperialistisch subversiver Zersetzung diffamiert. Diese Szenen hatten im Gegensatz zur Beat- und Rockbewegung jedoch auch einen klar systemfeindlichen Ansatz und wurden gezielt durch das MfS, dessen Mitarbeiter innerhalb der Gruppen agierten, unterwandert. Hinzu kam die enge Verbindung dieser Gruppen zu Oppositionellen, der Umweltbewegung und kirchlichen Einrichtungen, die ihnen Auftrittsmöglichkeiten gewährten, ohne jedoch ihre militanten Züge zu teilen.[8]

Aufgrund der kriselnden ostdeutschen Musiklandschaft griff man deshalb auf das bei den „Rock für den Frieden“-Veranstaltungen erprobte Konzept zurück und lud internationale Rockgrößen in die DDR. Den Auftakt machten Udo Lindenberg und Peter Maffay. Hunderttausende bejubelten ab 1987 die Auftritte solch namhafter Größen wie Bruce Springsteen, Bob Dylan, Joe Cocker und anderer. Auftritte von Bands aus dem Westen und das gleichzeitige „Touren“ von einheimischen Bands in der Bundesrepublik, wurde zur Realität. Konterkariert wurde diese scheinbare Öffnung durch andauernde Ausbürgerungen, den Vorgängen um die Umweltbibliothek oder das Vorgehen bei der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration 1988.

3. Fazit

Die Entwicklung der Rockmusik in der DDR durchlief viele Hochs und Tiefs. Die 60er Jahre nehmen hierbei einen besonderen Platz ein, da Leitlinien und kulturelle Vorgaben, die die Zeit bis 1989 prägen sollten, in diesen Jahren festgelegt wurden. Das Misstrauen von offizieller Seite war selbst in guten und erfolgreichen Zeiten immer vorhanden. Der Beat-, Rock- oder Punkfan passte eben nicht in das gewünschte Bild des fleißigen und sauberen sozialistischen Staatsbürgers. Repressions- und Einflussmechanismen (Spielerlaubnis, Zensur, Profimusikerausbildung, Quotenregelung etc.) griffen nicht im gewünschten Maße oder waren nicht von langer Dauer. Letzten Endes musste die SED auch den Kopf vor den Ansprüchen der Bevölkerung senken. Die Kanalisierung, der Wunsch nach Einbettung der künstlerischen Ausdrucksformen in tradierte Formen von Musik und der Hinweis auf normierte Werte waren ständige Begleiter der musikalischen Entwicklung und lassen sich nicht nur mit dem subjektiven Musikempfinden der herrschenden Greisenelite erklären. Andererseits waren die Auseinandersetzungen um Musik und damit der jugendpolitischen Ausrichtung auch immer Machtfragen zwischen den Akteuren, die Musik demnach Spielball und Profilierungsfeld. Die Abgrenzung zum Westen und die Schaffung einer eigenen deutschen Spielart von Rockmusik sollte - wie auf anderen Gebieten, etwa dem Sport - die Überlegenheit des sozialistischen Modells demonstrieren. Problematisch wurde es nur, als sich Bands nicht an die Vorgaben hielten und banale Jugendphänomene in offiziellen Kreisen eine pathologische Angst vor dem Verlust der Kontrolle und damit Konsequenzen hervorriefen.

4. Literaturverzeichnis

Literatur:

Galenza, Ronald: Wir wollen immer artig sein - Punk und subkulturelle Musik in der DDR, in: Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 37, 2004, S. 611-622.

Leitner, Olaf: Rockszene DDR - Aspekte einer Massenkultur im Sozialismus, 1983.

Rauhut, Michael: Beat in der Grauzone - DDR-Rock 1964 bis 1972 - Politik und Alltag, 1993.

Rauhut, Michael: Rockmusik in der DDR - politische Koordinaten und alltägliche Dimensionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 49, 1999, S. 32-38.

Rauhut, Michael: *Schalmei und Lederjacke - Rock und Politik in der DDR der achtziger Jahre*, 2002.

Rauhut, Michael: *Wir müssen etwas Besseres bieten - Rockmusik und Politik in der DDR*, in: *Zeitschrift für das vereinigte Deutschland* 30, 1997, S. 572-587.

Wicke, Peter: *Rock around Socialism - Jugend und ihre Musik in einer gescheiterten Gesellschaft*, in: Baacke, D. (Hrsg.): *Handbuch Jugend und Musik*, 1998, S. 293-305.

Fußnoten:

[1] Renft, 1975.

[2] Rauhut, Michael: *Beat in der Grauzone - DDR-Rock 1964 bis 1972 - Politik und Alltag*, 1993, S. 27 ff.

[3] Rauhut, Michael: *Wir müssen etwas Besseres bieten - Rockmusik und Politik in der DDR*, in: *Zeitschrift für das vereinigte Deutschland* 30, 1997, S. 574 ff.

[4] u.a. Klaus Jentsch (Renft, the Butlers), Achim Mentzel (Diana Show Quartett), Herbert Dreilich (Jazz Youngsters), Dieter Birr (The Lunics)

[5] Wicke, Peter: *Rock around Socialism - Jugend und ihre Musik in einer gescheiterten Gesellschaft*, in: Baacke, D. (Hrsg.): *Handbuch Jugend und Musik*, 1998, S. 293-305.

[6] Vgl. hierzu: Rauhut, Michael: *Beat in der Grauzone - DDR-Rock 1964 bis 1972 - Politik und Alltag*, 1993, S. 124ff.

[7] Rauhut, Michael: *Schalmei und Lederjacke - Rock und Politik in der DDR der achtziger Jahre*, 2002, S. 11 ff.

[8] Galenza, Ronald: *Wir wollen immer artig sein - Punk und subkulturelle Musik in der DDR*, in: *Zeitschrift für das vereinigte Deutschland* 37, 2004, S. 611-622.

Frauenleitbild in der DDR

Inhaltsverzeichnis

[1. Vorwort](#)

[2. Hauptteil](#)

[2.1 Das Frauenbild](#)

[2.2 Das ostdeutsche Frauenleitbild](#)

[2.3 Auswirkungen](#)

[2.4 Staatliche und nichtstaatliche Frauenbewegung](#)

[3. Fazit](#)

[4. Quellen- und Literaturverzeichnis](#)

1. Vorwort

„Als ich ihnen dann schließlich begegnete, Anfang 1990, erschreckten mich ihre verhärmtten Gesichter, die abgearbeiteten Gestalten, sie sahen so ausgepowert aus und hatten ein Selbstbewusstsein und einen Pragmatismus, die mich faszinierten. Ihr Auftreten war so resolut, manchmal fast unfreundlich, und wenn ich auf Frauenbewegte traf, irritierte mich ihre burschikose und kurz angebundene Art. Überallhin schleppten sie ihre Kinder mit, forderten lautstark die Erhaltung der Kinderbetreuungseinrichtungen – und wir dachten geringschätzig: Was hat das mit Feminismus zu tun?“

[Ulrike Baureithel]

Als ich etwa acht Jahre alt war, hörte meine Mutter vorübergehend auf zu arbeiten. Bis dahin war sie Fernmeldemechanikerin bei der Post gewesen, technisch geschult, in einer Männerdomäne arbeitend und staatlich ununterbrochen überwacht. Familiäre Ereignisse, die hier nichts zur Sache tun, und die Erziehung von vier Kindern nahm sie derart in Beschlag, dass sie, sehr

zum Unverständnis unseres kompletten Umfeldes, zunächst einmal eine Weile nur Hausfrau und Mutter sein wollte. Ein Skandal! Ich war in meiner Klasse das einzige Kind, das nach dem Unterricht direkt nach Hause gehen konnte und dort von der Mutter empfangen wurde. So blieben mir zu meiner Freude Schulspeisung und Nachmittagshort erspart und ich wurde von meinen Mitschülern beneidet. Viele ihrer Eltern äußerten Unverständnis dafür, dass ich mich auf diesem Wege der nachmittäglichen Gemeinschaft entziehen konnte; es wurde sogar auf einem Elternabend angesprochen.

Eine gute Mutter, eine engagierte ostdeutsche Frau, sei sehr wohl in der Lage, Kindererziehung, familiäre Schwierigkeiten und den Beruf zu vereinbaren. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie unsere politisch stark engagierte Lehrerin dies mit süffisantem Unterton zu einer Kollegin sagte und mich dabei ansah. Das sei ja wie im kapitalistischen Westen, das würde all das, was die Frauen und die Frauenbewegungen der DDR erreicht hatten, zunichte machen, wo kämen wir denn da hin! Damals verstand ich das überhaupt nicht: was war denn so schlimm daran, dass meine Mutter zuhause war? Immerhin hatte sie mit uns vieren alle Hände voll zu tun, vor allem, wenn mein Vater wieder einmal im Ausland zeigen musste, wie fortschrittlich die Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik doch war. Und was hatte denn die Frauenbewegung mit unserer Familie zu tun? Kam die vorbei und wusch die schmutzige Wäsche oder kochte für uns hungrige Kinder?

2. Hauptteil

2.1 Das Frauenbild

Nach dem Fall der Mauer 1989 und der Wiedervereinigung 1990 gab es immer wieder Debatten über die Unterschiede im Frauenbild der DDR und der BRD. Das Verhältnis zwischen Feministinnen in Ost und West ist auch heute, 17 Jahre später, noch gespannt.

„Unterschiedliche Erfahrungen und Sozialisation von Frauen in DDR und BRD führen heute zu einer Situation in Feminismus, Frauenforschung und -bewegung, die zwischen Ost und West von mehr Differenzen als Gemeinsamkeiten geprägt ist und nicht einfach durch einen `schwesterlichen´ Diskurs zu beheben ist, auch wenn allem Anschein nach die derzeitige gesellschaftliche Situation gemeinschaftliches Handeln erfordert.“

[Ulrike Baureithel]

Die Leitbilder, die in BRD und DDR propagiert wurden, waren grundsätzlich verschieden. Beide Leitbilder waren politisch-ideologisch geprägt und wirkten sich unmittelbar auf die Lebensrealität der Frauen und die Frauenpolitik in beiden Ländern aus. In der BRD war das herrschende Leitbild der Frau das der Hausfrau und Mutter. Resultat war eine Vielzahl kultureller und politischer Ausschlussstrukturen, wie beispielsweise Behinderungen von Karriere und Berufsleben und die weitgehende Unvereinbarkeit von Kind und Karriere. Eine landesweit deckende Versorgung mit Betreuungseinrichtungen fehlte und fehlt bis heute. In der DDR herrschte hingegen das Leitbild der qualifizierten berufstätigen und gesellschaftlich aktiven Mutter. Die Betreuung der Kinder war vom Säuglingsalter an staatlich und auch finanziell gewährleistet, so dass der Entsprechung des Leitbildes weitgehend nichts im Wege stand.

Sozialpolitische Maßnahmen in Bezug auf Frauen und Kinder folgten den jeweiligen Leitbildern, und so sind die entstandenen Frauenbewegungen in DDR und BRD als kritische Antwort auf die resultierenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen. Nach der Wiedervereinigung kollidierten beide bestehende Leitbilder. Zwar wird - insbesondere von Politikerinnen - verstärkt gefordert, die Kinderbetreuung auch staatlich zu gewährleisten und karrierebewusste Mütter moralisch und rechtlich zu unterstützen, doch scheint sich unterschwellig das westliche Leitbild durchgesetzt zu haben. Auf politischem Wege werden diesem zumindest weit weniger Steine in den Weg gelegt als dem Leitbild der arbeitenden Mutter, welches den tatsächlich herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen weit mehr entsprechen würde. In Zeiten von Hartz IV und insbesondere im Osten wachsenden finanziellen Nöten werden dennoch Mittel gekürzt, Betreuungsschlüssel erhöht und immer mehr Tagesstätten und Kindergärten geschlossen, sodass viele Frauen gezwungen sind, die Betreuung der Kinder selbst zu übernehmen - es sei denn, sie sind finanziell so gut gepolstert, dass sie sich eine private Betreuung leisten können.

2.2 Das ostdeutsche Frauenleitbild

„Das Frauenbewusstsein ist eine eigenständige Ebene der Aneignung, Kontrolle und Gestaltung von Gesellschaft“

[Ulrike Baureithel]

Die Wurzeln des ostdeutschen Leitbildes finden sich in der (proletarischen) Arbeiterbewegung. Ausgangspunkt war die Vorstellung, dass sich aus dem Kapitalismus geborene Widersprüche der Gesellschaft auf dem Weg zum Kommunismus lösen werden und dass die Lösung der Klassenfrage auch die auftretenden „Nebenwidersprüche“ wie die Emanzipation der Frau beinhalten würde. Gleichzeitig wurde die rechtliche Gleichstellung und die Förderung der Berufsintegration der Frauen bereits als faktische Gleichstellung betrachtet.

Von Beginn an hatte die DDR die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Verfassung verankert:

„Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.“

[Verfassung der DDR, Artikel 20, Absatz 2]

Sozialistische Gleichberechtigungspolitik in Form staatlicher Maßnahmen erfasste allerdings nicht beide Geschlechter, sondern konzentrierte sich auf die Frau. Demzufolge zielte die Frauenpolitik zunächst im Kern auf die Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit als Voraussetzung für die gesellschaftliche Gleichberechtigung. In einer nächsten Phase dienten bis Ende der 60er Jahre zahlreiche sozial- und bildungspolitische Maßnahmen der (nachholenden) Qualifizierung von Frauen: So gab es beispielsweise Frauenausschüsse in den Betrieben, Frauenförderpläne für Qualifikation und Aufstieg im Betrieb, Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen, vor allem in technischen Berufen, es gab Frauensonderklassen an Fachschulen und die Möglichkeit zum Sonderstudium an Hochschulen für die Frauen, die bereits Berufserfahrungen hatten. Ebenso bestand die Möglichkeit von Teilstudien zur Erlangung eines Hoch- oder Fachschulabschlusses für Frauen, denen ein volles Abend- oder Fernstudium zeitlich nicht möglich war.

So hatten (1988) 81% der berufstätigen Frauen eine abgeschlossene Berufsausbildung und davon etwa 20% einen Fach- oder Hochschulabschluss. In Leitungsfunktionen waren jedoch ähnlich wie im Westen nur 2,5% dieser Frauen vertreten, was auch heute noch Fragen bezüglich der tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau aufwirft. Seit Ende der 60er Jahre erfolgte eine

bevölkerungspolitisch motivierte Veränderung der Frauenpolitik als Reaktion auf die auffallend sinkende Geburtenrate.

Auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 wurden zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen beschlossen, die auf die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf zielten: So beschloss man das bezahlte Babyjahr, die Verkürzung der Arbeitszeit von Müttern, einen bezahlten Haushaltstag, erhöhten Grundurlaub für Mütter, Freistellung zur Pflege kranker Kinder, einen Versorgungsgrad mit Kinderbetreuungseinrichtungen von 90% sowie die gesetzlich geregelte Geburtenbeihilfe (1000,-Mark pro Kind), einen Ehekredit, der bei der Geburt von 3 Kindern innerhalb von 8 Jahren nicht zurückgezahlt werden musste, bevorzugte Wohnungsvergabe für junge Ehepaare und - damals bahnbrechend - die Möglichkeit zur kostenfreien Schwangerschaftsunterbrechung bis zur 12. Woche.

2.3 Auswirkungen

Arbeit und Familie waren der Rahmen der weiblichen Identität in der DDR. Gleichberechtigung im Beruf und Traditionalismus in den Geschlechterbeziehungen war oft an der Tagesordnung. Arbeit, Kollektiv und Sozialpolitik prägten die Identitäten der Frauen - nicht jedoch die der Männer. Die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie war vorrangig Aufgabe der Frauen und auch die sozialpolitischen Maßnahmen gingen von einem traditionellen Männer-Frauen-Verhältnis aus. Niemals war es das Ziel, Männer in Frauenberufe zu integrieren oder sie den Familienpflichten näher zu bringen. So schoben Frauen zu Hause nach der Arbeit die „2. Schicht“, die ihnen „für Selbstbesinnung und weiblichen Selbstbezug [...] weder Raum noch Zeit“ ließ. Nichtsdestotrotz bewältigte der Großteil der Frauen diesen Balanceakt. Es war eben gang und gäbe. Die „patriarchale Gleichberechtigung“, wie dieser Zustand heute von Sozialwissenschaftlern betitelt wird, bot also die Möglichkeit der Herausbildung von weiblicher Autonomie, war aber für Frauen gemacht und nicht von Frauen entwickelt und erkämpft. Arbeit sicherte den Frauen unabhängig von Männern die Existenz. Sie bedeutete Gemeinschaft in Kollektiven, soziale Integration und soziale Anerkennung durch Arbeitsleistung. Sie war selbstverständlicher Bestandteil der Selbstdefinition und des Selbstbewusstseins der Frauen.

2.4 Staatliche und nichtstaatliche Frauenbewegung

Seit Beginn der 80er Jahre fanden sich in der DDR unter dem Dach der

evangelischen Kirche informelle Gruppen zusammen, unter ihnen auch Frauengruppen, die sich mit Fragen der Ökologie, Frieden oder Antimilitarismus beschäftigten. Die wenigsten von ihnen waren tatsächlich religiös, sie nutzten lediglich die Institution Kirche als einzigen öffentlichen, zugleich aber nichtstaatlichen Raum, in dem es möglich war, nicht sanktionierte Diskussionen zu führen. Dass viele ihrer Diskussionen dabei auf die nicht vorhandene Gleichberechtigung innerhalb klerikaler Strukturen zielten, war dabei irrelevant. Selbstverständlich gab es auch außerhalb des kirchlichen Raums kritische Diskussionen. Die politische Brisanz und die Konsequenzen waren jedoch verschieden.

Es gab hauptsächlich drei Bereiche, in denen Frauen ihre Probleme und Interessen formulierten. Zum einen war dies der Bereich der feministischen Theologie und der daraus 1985 entstandene landesweit agierende Arbeitskreis „Feministische Theologie und Frauenbefreiung“. Hier wurden vor allem die Geschlechterverhältnisse innerhalb kirchlicher Strukturen diskutiert. Der zweite Bereich war die Gruppe „Frauen für den Frieden“, die 1982 aus Protest gegen das neue Wehrdienstgesetz der DDR, das u.a. beinhaltete, im Verteidigungsfall auch Frauen in die allgemeine Wehrpflicht mit einzubeziehen, entstand. Es gab Diskussionen und zum Teil auch erheblichen Widerstand beispielsweise gegen Militärspielzeug, über die Sozialisation in der Familie, die Geschlechterrollen in Schulbüchern, über Gewalt gegen Frauen, über die Friedenspolitik und Friedenserziehung oder auch über die Hochrüstungspolitik des Landes. Neu war daran, dass hier aktiv in öffentlichem Raum gehandelt wurde, was durchaus politische Repressalien und Verhaftungen zur Folge hatte. Eine dritte Interessenvertretung von Frauen bildete die Gruppe „Lesben in der homosexuellen Selbsthilfe“. Seit 1982 begannen sich Lesben und Schwule unter dem Dach der evangelischen Kirche zu organisieren. Ziel war es, die Anerkennung von lesbischen und schwulen Lebensformen zu erreichen und vor allem öffentliche Begegnungsorte zu schaffen.

„Zu Beginn war unser Kreis noch gemischt, also Lesben und Schwule gemeinsam. Doch nach dem dritten Abend zu einem Lesbenthema, bei dem die Schwulen in der Diskussion über uns Lesben voll das Wort an sich rissen, bestanden wir auf Trennung.“

[Ulrike Baureithel]

Neben diesen drei nichtstaatlichen Informationsgruppen gab es noch den staatlichen Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD). Dieser existierte seit 1947. Der DFD verstand sich als Erbe der Frauenbewegung, die noch vor Gründung der DDR als bürgerlich-demokratischer Störfaktor ausgeschaltet werden sollte. Die zunächst antifaschistische, demokratische, parteipolitisch und religiös unabhängige Organisation entwickelte sich schnell zu einer Massenorganisation im Gefolge der SED. In Veranstaltungsreihen und Vorträgen beschäftigte sich der DFD verstärkt mit Gesundheits- und Schwangerschaftsberatung. Ab Mitte der 1960er Jahre kümmerte er sich verstärkt um Frauen, die nicht organisiert, nicht berufstätig oder nur halbtags beschäftigt waren, um sie fürs Berufsleben zu gewinnen.

3. Fazit

Die zeitliche Parallelität von Beruf und Familie und die dadurch gewährleistete relative ökonomische Unabhängigkeit vom Partner entwickelten sich zu Bestandteilen der Identität der DDR-Frauen; sie stellten gleichzeitig Doppelbelastung und Doppelchance dar. Die Geschlechtertradition der Frau als Erzieherin der Kinder, der Frau als HAUSfrau, war jedoch weitgehend mit dem in der BRD vorhandenen Geschlechterbild identisch. Eine ostdeutsche Sozialwissenschaftlerin benennt den Konflikt, der heute noch zwischen Frauen aus Ost und West besteht, folgendermaßen: West-Emanzen gegen Ost-Muttis, Befreiungskämpferinnen einerseits, Fußfessel der feministischen Bewegung andererseits. Den Feministinnen aus dem Westen wird Kolonialherrengebaren vorgeworfen. Den Ostfrauen wiederum Verklärung der realsozialistischen Frauenemanzipation. Ein Zusammenkommen scheint auch 17 Jahre nach der Wiedervereinigung äußerst schwierig.

„Wie immer das Geschlechterverhältnis in der ehemaligen DDR beschaffen war, wie funktionalistisch ausgerichtet und männlich normiert das politische Gleichheitspostulat auch gewesen sein mag: Die Erfahrung, dass Frau auf dem Arbeitsmarkt nichts mehr wert ist und als ältere Frau nicht mehr gebraucht wird; die Erfahrung, dass Kindererziehung nicht mehr in der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung steht; die Erfahrung als Sexualobjekt an Litfaßsäulen und Kinoleinwänden ausgestellt zu werden; kurz: die Erfahrung dieser Differenz machen die ostdeutschen Frauen erst in den vergangenen Jahren. Möglicherweise liegt hier – über Enttäuschungen und Verletzungen hinaus – ein strukturelles Moment für die Aversion zwischen Ost

und West...“

[Ulrike Baureithel]

4. Quellen- und Literaturverzeichnis

Literatur:

Dölling, Irene: Aufbruch nach der Wende. Frauenforschung in der DDR und in den neuen Bundesländern, In: H. M. Nickel (Hrsg.), Frauen in Deutschland 1945-1992, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 397-407, Bonn 1993.

Hampele, Anne: Arbeite mit, plane mit, regiere mit. Zur politischen Partizipation von Frauen in der DDR, In: H. M. Nickel (Hrsg.), Frauen in Deutschland 1945-1992, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 301-311, Bonn 1993.

Hornig, Daphne; Steiner, Christine: Auf der Suche nach der Bewegung. Zur Frauenbewegung in der DDR vor und nach der Wende, In: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung. Heft 36 (Band Differentielle Sexualitäten), 1995.

Szepansky, Gerda 1995: Die stille Emanzipation. Frauen in der DDR, Frankfurt am Main 1995.

Friedrich II. und die DDR

Inhaltsverzeichnis

1. Hauptteil

[1.1 Preußens Untergang](#)

[1.2 Preußens Rückkehr](#)

[1.3 Preußens Gloria](#)

2. Fazit

3. Quellen- und Literaturverzeichnis

„Nur in der DDR wurde die Bürokratie samt ihrer preußischen Verwaltungstradition vernichtet.“[1]

Die DDR ist eine „preußische Form der Diktatur“[2]

1. Hauptteil

1.1 Preußens Untergang

Unter den Linden, direkt vor der HU, reitet Friedrich II. oder, wie ihn einige nennen, Friedrich der Große. Mehrere Jahrzehnte war sein Reiterstandbild von diesem Ort verbannt worden und gar seine Existenz gefährdet. Friedrich II. wurde gefeiert und geschmäht. Widersprüchlich wurde er betrachtet und widersprüchlich war seine Person. Ich will zeigen, wie es zu seiner zeitweiligen Verbannung in der DDR und seiner gefeierten Rückkehr kam. Welche Gründe gab es, gegen ihn vorzugehen und welche, ihn zurückzuholen? Diesen Fragen will ich hier nachgehen. Das Preußenbild in der DDR spielt dafür eine ebenso wichtige Rolle wie die Person und Persönlichkeit Friedrichs II. Doch gehen wir zum Beginn der DDR.

Der Zweite Weltkrieg ist vorbei und die Fragen „Wie konnte es passieren?“ und „Wer ist Schuld?“ stellten sich. Eine alleinige Schuldzuweisung dem Nationalsozialismus zu geben, griff zu kurz, denn ohne Wurzeln in der Vergangenheit war er nicht zu erklären. Ein großer Teil der Schuld wurde „Zonenübergreifend“ beim preußischen Militarismus gesehen. Der Alliierte Kontrollrat beschloss daher am 25. Februar 1947: „Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst“, weil „Der Staat Preußen ... seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist“.

Für die Linke stammte die antipreußische Haltung bereits aus dem 19. Jahrhundert und bot jetzt einen bequemen Erklärungsansatz. Das preußische Junkertum wurde als einer der Wegbereiter für die Nationalsozialisten betrachtet. Für das Ziel einer umfassenden Bodenreform wurde dadurch eine moralische und

historische Begründung geliefert. Kurz gesagt: Es passte gut ins Konzept!

In der Bewertung des Preußischen gab es in der Sowjetzone bei KPD und SPD auch vor der Vereinigung zur SED keinerlei Differenzen. Es wurden Schriften veröffentlicht wie „Preußen gegen Deutschland“, „Der Irrweg einer Nation“, „Die Legende vom preußischen Sozialismus“. Dabei wurde gern auf das Reaktionäre in Preußen verwiesen: Von den Angriffskriegen Friedrich II., über die Niederschlagung der 1848er-Revolution, bis zu den Sozialistengesetzen Bismarcks, auch wenn diese bereits in die Zeit nach der Reichseinigung (1871) fallen. Und hatte nicht Lessing einst über Friedrichs Preußen geschrieben, es sei das „sklavischste aller Länder“? Es gab also genug, womit man gegen Preußen argumentieren konnte. Die preußische Traditionslinie sollte mit der DDR ein für alle mal ein Ende finden.

Das Reiterstandbild von Friedrich II. wurde der Hauptstadt verwiesen und lagerte nun unter Matten irgendwo in Sanssouci. Doch damit nicht genug: Er sollte endgültig beseitigt werden. Paul Verner, SED-Chef von Ost-Berlin, verfügte 1960 die Beseitigung des Kunstwerks. Nur einer von Kulturminister Hans Bentzien geleiteten Aktion gelang in letzter Minute die Rettung Friedrichs.

1.2 Preußens Rückkehr

Von Anfang an mischten sich auch andere Betrachtungen von Preußen in die Debatte ein. Die Reihe „Lehrhefte für den Geschichtsunterricht an den Oberschulen“ direkt nach dem Krieg wurde mit der Ausgabe „Die preußischen Reformen“ begonnen. Stückchenweise wurden bestimmte Aspekte der preußischen Geschichte weniger kritisch gesehen. 1952 wurde das neu gegründete Museum für deutsche Geschichte in Berlin eröffnet. Es begann eine erste Überblicksausstellung zu den preußischen Angriffskriegen im 18. Jahrhundert, daneben wurden aber auch die *Berliner Aufklärung*, die *Preußischen Reformen* und der *Deutsche Zollverein* gewürdigt. Beispiele gibt es besonders auch aus der NVA.

Die deutsch-russische Waffenbrüderschaft während der *Napoleonischen Kriege* wurde gern herangezogen. Der höchste Orden der NVA wurde 1966 nach dem preußischen General Scharnhorst benannt. Außerdem gab es eine *Adolf von Lützow Jagdfliegerstaffel*. Die preußischen Traditionen waren natürlich gerade bei der Armee durchaus beliebt. Eigene positive Traditionslinien waren

angesichts zweier Weltkriege nicht leicht zu finden. Gefunden wurden sie einerseits bei der *Roten Ruhrarmee* und den *Roten Matrosen* während der Revolution 1918, andererseits bei den *Internationalen Brigaden* im spanischen Bürgerkrieg.

Diese Traditionen reichten aber geschichtlich nicht sehr weit zurück und so musste noch anderes her. Auch wurde zum Aufbau der NVA natürlich auf Offiziere der Wehrmacht gesetzt, wenn auch deutlich weniger als in der BRD. Diese fühlten sich mit den preußischen Traditionen durchaus verbunden. So fand Preußen Eingang in die militärische Tradition der NVA. Preußische Tugenden wie der strikte Gehorsam waren sowieso längst Bestandteil der NVA und, solange sie nicht unter der Fahne Preußens auftauchten, gern gesehen.

Auch in der Geschichtswissenschaft der DDR blieb die Ablehnung des Preußischen nicht unwidersprochen. Am Anfang ging es vor allem um Detailfragen. Musste der nationale Widerstand gegen Napoleon nicht positiv gesehen werden? War nicht diese oder jene preußische Reform im Rahmen ihrer Zeit positiv? 1970 erschien dann die erste geschlossene Darstellung der preußischen Geschichte durch zwei junge Geschichtsdozenten der Humboldt Universität mit dem Titel „Preußen. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung“. Diese Darstellung war, von ein paar ideologischen Einschränkungen abgesehen, recht ausgewogen und war so erfolgreich, dass es bis 1984 zu 7 Auflagen kam. In fast jeder DDR-Bibliothek war dieses Buch zu finden. Zusammen mit anderen Schriften wurde langsam ein Wandel in der Betrachtung von Preußen deutlich.

Wurde Friedrich II. nicht von Voltaire als „Fürstenphilosoph“ oder als „Salomo des Nordens“ bezeichnet? Aus den Schriften von Marx und Engels wurden bisher gern die preußisch-kritischen Passagen zitiert. Doch auch diese großen Autoritäten im Osten haben von Friedrich dem Großen gesprochen und es lässt sich durchaus Lob für ihn und Preußen bei ihnen finden. Die alten Kritiker alles Preußischen waren nicht verstummt, doch sie verloren deutlich an Boden. Ihre sehr einseitige Betrachtungsweise unterlag allmählich der sehr viel differenzierteren Neubetrachtung.

Friedrich, immer noch in seinem Exil in Sanssouci, konnte Hoffnung schöpfen. In einer Artikelserie für die Zeitung „Horizont“ wurde er 1978 das erste Mal wieder bei seinem alten Titel *Friedrich der Große* genannt. Ausgerechnet der sowjetische Botschafter war es, der das Tabu brach. Auch in der Sowjetunion wurde man sich

der vorrevolutionären Vergangenheit wieder stärker bewusst. Dort ging es um einen anderen „Großen“, um Zar Peter I..

1.3 Preußens Gloria

Der eigentliche Befreiungsschlag erfolgte 1979. In diesem Jahr erschien die Biographie von Ingrid Mittenzwei über Friedrich II. Sie erlangte internationale Aufmerksamkeit und hat auch heute ihren Reiz noch nicht verloren. Sie schaffte es, Friedrich in seiner Widersprüchlichkeit darzustellen. Friedrichs Ablehnung der Leibeigenschaft kommt zur Sprache, genauso wie das Scheitern seines nur zögerlichen Versuchs, diese abzuschaffen.

Seine Schrift „Antimachiavelli“, die - allerdings nur kurzfristige - Abschaffung der Zensur und die begrenzte Abschaffung der Folter belegen sein fortschrittliches Gedankengut. Aber auch seine Schattenseiten werden gezeigt. Friedrich II. verdankt seinen Beinamen „der Große“ seinem erfolgreichen Angriffskrieg gegen Österreich zur Eroberung Schlesiens. Außerdem war er Initiator für die erste Teilung Polens und damit der Besetzung eines großen Teil Polens durch Preußen, Russland und Österreich.

In späteren Auflagen der Biographie diskutiert Mittenzwei auch die Frage, ob Friedrich „der Große“ genannt werden kann. Sie beantwortet diese zwar nicht explizit, bleibt aber im ganzen Buch bei Friedrich II. - auch eine Antwort. In einem Grundsatzartikel von Mittenzwei und anderen DDR-Historikern wird die differenzierte Betrachtung von Preußen angemahnt: „damit über der notwendigen Bekämpfung und entschiedenen Zurückweisung des Reaktionären an Preußen nicht die positiv-progressiven Momente missachtet oder gar negiert werden.“[3] Widerstand gegen die Biographie kam vor allem aus Polen. Beim offiziellen DDR-Verzicht auf den Beinamen „der Große“ kann, neben den bereits besprochenen Gründen, auch noch ein anderer zumindest am Rande eine Rolle gespielt haben: Die Rücksicht auf den befreundeten polnischen Nachbarstaat.

Friedrich II. war der Initiator der ersten polnischen Teilung gewesen. Damit war sein Ruf in Polen verständlicherweise nicht besonders gut, vorsichtig ausgedrückt. Obwohl in der ersten Auflage die Frage der Größe Friedrichs noch nicht aufgeworfen wurde, stieß die Biographie in Polen auf heftige Kritik. Doch der preußische Siegeszug war nicht mehr aufzuhalten. 1980 sprach Erich Honecker in einem Interview von Friedrich dem Großen. Nun war es also offiziell,

er hatte seinen alten Titel wieder. Die durchorganisierte DDR konnte ja auch durchaus mit genug preußischen „Tugenden“ aufwarten. Das „Rote Preußen“ nannten die Niederländer gern die DDR - und wie bei den meisten Scherzen steckt auch hier viel Wahrheit drin. In diesem Sinne könnte man davon sprechen, dass die Rehabilitierung schon lange überfällig war.

Es war also an der Zeit, Friedrich II. konnte zu seinem alten Platz vor der Humboldt-Universität zurückkehren. Das Exil in Sanssouci war vorbei. Erich Honecker begründete den Schritt folgendermaßen: „In jedem der deutschen Lande gab es in der Vergangenheit Fortschrittliches und Reaktionäres, und die Standbilder wurden meist von berühmten Bildhauern geschaffen. Das ist ein Stück Kultur des Volkes.“ Ein wahrer Satz. Auch wenn Erich Honecker ihn jetzt Friedrich den Großen nannte, so blieben die Historiker der DDR doch fast alle bei Friedrich II. - kannten sie Friedrich II. doch besser.

Die DDR griff die alte Preußen-Traditionslinie wieder auf und versuchte sie für sich zu nutzen. Natürlich achtete man weiter darauf, nur das für sich selbst als Tradition zu nutzen, was als progressiv an Preußen gesehen werden konnte. Auch in der Bevölkerung gab es eine große Begeisterung für Friedrich II., aber nicht immer so wie von den Machthabern erwünscht. Der Volksmund kommentierte Friedrichs Rückkehr so: „Lieber Friedrich, steig hernieder und regiere Preußen wieder! Lass in diesen schweren Zeiten lieber unsern Erich reiten!“ Sicher nicht die erwünschte Reaktion. Es setzte ein richtiger Preußenboom ein.

Nicht umsonst wird von einer Preußenrenaissance in der DDR gesprochen. Friedrich war nicht der einzige, der zurückkehrte. Auch das Denkmal des Freiherrn von Stein wurde 1981 neben der Schlossbrücke wiederaufgestellt. Es gab eine aufwändig vorbereitete Ausstellung über den „Philosophen von Sanssouci“ zu Friedrichs 200. Todestag. Die Ausstellung wurde ein gewaltiger Publikumserfolg. Nur wenig später wartete das DDR-Fernsehen mit dem aufwändig produzierten Fernsehrama „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“ auf. Die Sendung wurde ein voller Erfolg. Preußen erfreute sich wieder einer großen Beliebtheit.

2. Fazit

Wie sich gezeigt hat, war die Betrachtung Preußens in der DDR von vielen verschiedenen Facetten geprägt. Aus der einseitig kritischen Betrachtung der

Anfangsjahre hatte sich eine erstaunlich differenzierte Sichtweise entwickelt. Gerade die Mischung aus jahrzehntelanger Kritik und aufkommender Preußenbegeisterung schuf nun eine sehr interessante Sichtweise auf Preußen – kritisch, aber nicht ohne Sympathie. Heute ist die Betrachtung Friedrichs wieder mehrheitlich positiv, aber man sollte dabei nicht die negativen Punkte vergessen und nicht den Fehler der frühen DDR, unter umgekehrten Vorzeichen, wiederholen. Die Teilung Polens, seine Angriffskriege, seine fortschrittlichen Reformen und die Neubegründung der *Akademie der Künste* stehen nebeneinander. Bei Reden von Politikern ist Friedrich II. wieder populär geworden. So erinnert u.a. Wolfgang Schäuble in seinen Reden gerne daran, dass Friedrich der Große „der erste Diener seines Staates sein wollte“, wenn er mehr Patriotismus einfordert. Oft wird Friedrich in Reden wegen seiner relativ fortschrittlichen Politik als Beispiel eines klugen Staatsmannes herangezogen. Die Frage, ob Friedrich „der Große“ war, ist also sehr aktuell. Preußen ist wieder modern!

3. Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen:

Fünf niederländische Blickwinkel auf die DDR, In: Haus der Niederlande, http://www.uni-muenster.de/HausDerNiederlande/Zentrum/Projekte/NiederlandeNet/Dossiers/80/nl_ddd_blickwinkel.html, Datum: 26.11.2007.

Grabowski, Bernd; Ingrid Mittenzwei: Friedrich II. von Preußen, In: Berliner LeseZeichen; Ausgabe 06 + 07, Edition Luisenstadt, Berlin 2001, http://www.luise-berlin.de/Lesezei/Blz01_06/text10.htm, Datum: 26.11.2007.

Wernicke, Kurt: Der arge Weg der Erkenntnis. Zum Umgang mit dem Preußen-Bild in der DDR, In: Berliner LeseZeichen, Ausgabe 12, Berlin 2000, http://www.luise-berlin.de/Lesezei/Blz00_12/text05.htm, Datum: 26.11.2007.

Literatur:

Mittenzwei, Ingrid; Friedrich II. und seine Zeit, Miniaturen zur Geschichte, Kultur und Denkmalpflege Berlins, Nr.4; Berlin 1980.

Mittenzwei, Ingrid; Friedrich II. von Preußen; Berlin 1984.

Waterkamp, Rainer; Der Wandel des Preußenbildes in den DDR-Medien; Bonn

1997.

Fußnoten:

[1] Geschichtslehrbuch für die 10. Klasse der erweiterten Oberschule (*Mittelalter. Beginn der Neuzeit*, Berlin 1960), zitiert nach: http://www.luise-berlin.de/Lesezei/Blz01_06/text10.htm, Datum: 26.11.2007.

[2] Der niederländische Journalist Koos Koster 1976, zitiert nach: http://www.uni-muenster.de/HausDerNiederlande/Zentrum/Projekte/Niederlande/Net/Dossiers/80/nl_ddd_blickwinkel.html, Datum: 26.11.2007.

[3] Mittenzwei, Ingrid u.a.: Preußen und die deutsche Geschichte, In: Monatsschrift Einheit, Berlin 1979.

Der 17. Juni 1953 in der DDR-Geschichtspolitik

Inhaltsverzeichnis

1. Hauptteil

1.1 Der historische Hintergrund zum 17. Juni 1953

1.2 Die geschichtspolitische Relevanz

1.3 Ein „faschistischer“ bzw. „konterrevolutionärer“ Putsch?

2. Fazit

3. Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Hauptteil

1.1 Der historische Hintergrund zum 17. Juni 1953

Die Volkserhebung vom 17. Juni 1953 erfolgte in einer Phase allgemeiner Unzufriedenheit – so führte u.a. die „Forcierung des schwerindustriellen Aufbaus [...] in eine ‚chaotische Wirtschafts- und Versorgungslage‘[1] – in der Bevölkerung, die nicht zuletzt durch einen *Neuen Kurs*, nämlich der Ausrufung eines sozialistischen Aufbaus, hervorgerufen wurde. Der *Neue Kurs*, der in der formalen und rasanten Übernahme des Gesellschaftsmodells der Sowjetunion bestand, brachte neben den verschärften Verfolgungen politisch Andersdenkender auch verstärkte ökonomische Zwangsmaßnahmen wie die Kollektivierung der Landwirtschaft mit sich, die zu einer Destabilisierung der Wirtschaft und einem damit verbundenen sprunghaften Ansteigen der Fluchtbewegung (z. B. Bauern und Intellektuelle) aus der DDR führten. Trotz dieser schwierigen Lage erhöhte die politische Führung der DDR am 28.5.1953 in den VEB die Arbeitsnormen um mindestens 10%, was den Kessel endgültig zum Überlaufen brachte. Wohl erst auf „Druck der KPdSU hin nahm die SED-Führung am 9.6.1953 viele der auf der 2. Parteikonferenz 1952 beschlossenen Maßnahmen des verschärften Klassenkampfes zurück, nicht aber die Normerhöhung für die Arbeiter [...]. Ein Streik der Bauarbeiter vom Morgen des 16. Juni 1953 weitete sich zum politischen Generalstreik am 17. Juni 1953 aus, der nur durch das Eingreifen der sowjetischen Armee unterdrückt werden konnte.“[2] Dieses militärische Vorgehen, das viele Tote (etwa 51) und Verletzte forderte, sicherte den Machterhalt der SED. Nach offiziellen Angaben des DDR-Innenministeriums belief sich die Gesamtzahl der am Aufstand Beteiligten auf „496 765 Personen, manche neuere Forschungen gehen heute von bis zu einer Million aus. [...] Die Gesamtzahl der Verhaftungen belief sich später auf 13000; rund 5600 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet, die zwei Todesurteile und zahlreiche langjährige Zuchthausstrafen für Beteiligte der Erhebung nach sich zogen.“[3] Nun folgend hinterfrage ich, wie die DDR-Führung die Ereignisse geschichtspolitisch deutete.

1.2 Die geschichtspolitische Relevanz in der DDR

Wie nun reagierten die in der DDR politisch Verantwortlichen auf die Volkserhebung? Welches Bild zeichneten sie von den eben beschriebenen Ereignissen? Die Antwort: Bereits am Abend des 17. Juni wurde seitens der DDR-

Regierung die zukünftige geschichtspolitische Interpretation der Volkserhebung vorgegeben. Zunächst sprach man seitens des von Marschall Sokolowski geleiteten Krisenstabs der Sowjetunion von einer „faschistischen Provokation“, da man die Ereignisse als vom Westen provoziert ansah und diese Begründung dazu nutzte, die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen in Alarmzustand zu versetzen. Etwas später stellte Walter Ulbricht in einer Regierungserklärung fest, dass die „Unruhen [...] das Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihren Helfershelfern aus deutschen kapitalistischen Monopolen“[4] seien. Diese Sicht der Dinge fand schließlich auch in einer Erklärung des ZK der SED vom 21. Juni 1953 ihre Manifestierung:

„In Westdeutschland saßen und sitzen die amerikanischen Agenturen, die auf Anweisung von Washington die Pläne für Krieg und Bürgerkrieg ausarbeiten. In Westdeutschland und Westberlin organisierten die Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter die unmittelbare Vorbereitung des Tages X. So wurde im Ministerium von Jakob Kaiser mit aktiver amerikanischer Unterstützung unter dem Tarnnamen 'Forschungsbeirat' ein spezieller Stab für Diversions- und Bürgerkriegsakte geschaffen, dem Millionen Mark aus den Geheimfonds aus- und inländischer Imperialisten zuflossen. In Westberlin wurden von den Kaiser und Reuter systematisch Kriegsverbrecher, Militaristen und kriminelle Elemente in Terrororganisationen vorbereitet und ausgerüstet. Zu den alten faschistischen Morderfahrungen kamen noch zusätzlich die Methoden der amerikanischen Gangster. So wurde der faschistische Auswurf wieder großgezogen. Neben den ausländischen Kriegstreibern tragen Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter die volle Verantwortung für das Blut, das bei der Niederschlagung des faschistischen Abenteurers geflossen ist. [...] An Hand der in den Westberliner Agentenzentralen vorbereiteten Listen wurden vorübergehend faschistische und kriminelle Verbrecher aus den Haftanstalten herausgeholt, wie z. B. die wegen bestialischer Verbrechen gegen die Menschlichkeit von der demokratischen Justiz verurteilte SS-Kommandeuse des Konzentrationslagers Ravensbrück, Erna Dorn. So sollte in der Deutschen Demokratischen Republik eine faschistische Macht errichtet und Deutschland der Weg zur Einheit und Frieden verlegt werden.“[5]

Dieses Deutungs- bzw. Argumentationsmuster seitens der politischen Führung in der DDR sollte das DDR-Geschichtsbild zu den Ereignissen am 17. Juni 1953 in der Folgezeit maßgeblich prägen. Da gab es nur ein Problem: Die vermeintlichen Rädelsführer bzw. westlichen Drahtzieher der Volkserhebung konnten nicht

dingfest gemacht werden. Das mit der Aufspürung und Festnahme der „Organisatoren der Provokationen“ beauftragte Ministerium für Staatssicherheit (MfS) brachte diese Tatsache in ernste Bedrängnis. So räumte der Chef des MfS, Ernst Wollweber, am 11. November 1953 auf einer Dienstkonferenz ein, „dass es uns bis jetzt noch nicht gelungen ist, nach dem Auftrag des Politbüros die Hintermänner und die Organisatoren des Putsches vom 17. Juni festzustellen.“[6] Wenn auch gerade kurz nach den Ereignissen vom 17. Juni 1953 diese Tatsache des Mangels an Beweisen viele Richter der DDR-Justiz in Verlegenheit brachte und es vereinzelt zu Verweigerungen dieser kam, Haftbefehle zu unterzeichnen, setzte sich in der Folge die SED-Linie durch – nicht zuletzt deshalb, weil das MfS Richter unter Druck setzte, der politischen Linie zu folgen bzw. da man willfährige Richter mit dieser Aufgabe betraute.

Später sprach man seitens der politischen Führung etwas abgewandelt vom „konterrevolutionären“ Putsch. So ist in einem DDR-Geschichtslehrbuch von 1971 für Schüler der 10. Klasse zu lesen, dass es am „17. Juni 1953 [...] Agenten verschiedener imperialistischer Geheimdienste [gelang], [...] einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen zu verleiten [...] Durch das entschlossene Handeln der fortschrittlichsten Teile der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten [...] brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen“[7]. Diese absurde und falsche Darstellung der wirklichen Ereignisse rund um den 17. Juni 1953 war bis zum Ende der DDR fester Bestandteil der Geschichtspolitik der politischen Führung, die alles tat, um die Auseinandersetzung mit den besagten Vorgängen – die die SED einst in tiefe Verunsicherung stürzten und sie aus der Angst heraus, dass sich so etwas wiederholen könnte, zu einem Ausbau des Disziplinierungs- und Unterdrückungsapparates veranlasste – aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen.

Doch wie sehr dieses Geschehen auch noch Jahrzehnte später in den Köpfen vieler Menschen herumgeisterte, gerade auch bei den Machthabern der DDR, zeigt sich beispielsweise bei einem Treffen der Generalität des MfS am 31.8.1989, also kurze Zeit vor dem Mauerfall, wo sich Erich Mielke besorgt fragte: „Ist es so, dass Morgen der 17. Juni ausbricht?“[8] Noch viel präsenter und gewichtiger war das „Angsttrauma“ 17. Juni 1953 im Bewusstsein der SED-Funktionäre und des MfS natürlich in der Zeit unmittelbar nach der Volkserhebung verankert: „Alle Jahre wieder wurde durch die Staatssicherheit am 17. Juni ,erhöhte

Alarmbereitschaft‘ proklamiert. Es wurde mit ‚feindlichen Provokationen‘ gerechnet. Die Aktionen so genannter ‚Feindorganisationen‘ wie des ‚Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen‘ (UfJ) oder der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ (KgU) wurden beobachtet. Im Inland wurde der leiseste Anschein einer Widerständigkeit peinlich genau registriert und [...] unterdrückt.“[9]

1.3 Ein „faschistischer“ bzw. „konterrevolutionärer“ Putsch?

Die bereits beschriebene geschichtspolitische Deutung der Volkserhebung vom 17. Juni 1953 seitens der politischen Führung der DDR als „faschistischer“ bzw. „konterrevolutionärer“ Putsch, die bis zum Fall der Mauer aufrechterhalten wurde, stellt sich als haltlos heraus. Natürlich war eine umfangreiche Aufarbeitung der Nazi-Diktatur in diesen frühen Jahren der beiden deutschen Teilstaaten nicht annähernd geleistet, aber dass sich eine faschistische Untergrundbewegung daran machte, einen Putsch in der DDR zu organisieren, konnte trotz intensivster Bemühungen der SED, eben dies aufzudecken, nicht nachgewiesen werden. Vielmehr wird aus historischen Quellen deutlich, dass man seitens der SED eifrig darum bemüht war, die eigene geschichtspolitische Propaganda bzw. Rhetorik zu stützen, die man schon publik machte, bevor auch nur ansatzweise die Ereignisse rund um den 17. Juni aufgearbeitet wurden. So heisst es in einem Fernschreiben (Nr. 228) Walter Ulbrichts an die Bezirksleitung Cottbus vom 22. Juni 1953:

„Es ist notwendig, alles Tatsachenmaterial zu beschaffen, über faschistische und andere reaktionäre Kräfte, über Diversanten und andere Banditen aus Westdeutschland und Westberlin und aus der DDR, die in Eurem Bezirk aufgetreten sind. Es ist insbesondere auch notwendig, darüber Tatsachen zu bringen, dass Jugendliche in Westberlin militärisch ausgebildet wurden. Dazu nutzt Euer eigenes Material und setzt Euch außerdem mit staatlichen Stellen in Verbindung. Wir brauchen schnell solches Material, um es in die Presse bringen zu können...“[10].

Diese gezielte Anfrage nach einem bestimmten Personenkreis war symptomatisch für das Bemühen der SED-Führung, die eigene antifaschistische Ideologie zu stützen bzw. von den Ursachen der Volkserhebung abzulenken. Die dann später ins Spiel gebrachte Deutung der Ereignisse als „konterrevolutionärer Putsch“ trifft ebenfalls nicht zu. Denn obwohl „die Streiks vor allem die volkseigenen

Betriebe und die im Fünfjahrplan zu schaffenden metallurgischen und energetischen Zentren sowie wesentliche Verkehrsprojekte betrafen, wurden das neu entstandene Volkseigentum und die Existenz der DDR nirgendwo öffentlich in Frage gestellt.“[11] Auch die von der SED in die Welt gesetzte Legende bzw. Verschwörungstheorie vom West-Berliner Radiosender RIAS - der live und ausführlich über die Volkserhebung berichtete -, dieser habe einen aus dem Westen gesteuerten konterrevolutionären Putsch aktiv mitorganisiert, ist ebenso haltlos.

Nicht zuletzt deshalb, weil der Sender sich weigerte, einen Aufruf zum Generalstreik zu senden bzw. es den Reportern und Gastrednern untersagte, dies zu tun, was dem RIAS später nicht nur Kritik aus dem Westen, sondern auch seitens enttäuschter Bürger der DDR einbrachte. Deshalb sollte man jedoch nicht die Rolle der westlichen Medien im Allgemeinen und des RIAS im Speziellen als „Katalysator“ der Volkserhebung unterbewerten. Denn richtigerweise stellte der damalige Chef der deutschen Redaktion des RIAS, Egon Bahr, fest: „Zum erstenmal wurden Verantwortung und Macht eines elektronischen Mediums deutlich, das, ohne den zeitraubenden Vorgang des Denkens und ohne von Grenzen aufgehalten zu werden, Menschen verbindet, die am Lautsprecher hängen, und sie innerhalb weniger Stunden zu gleichem Verhalten veranlasst ... Der RIAS war ohne zu wissen ... zu wollen, zum Katalysator des Aufstandes geworden. Ohne den RIAS hätte es den Aufstand so nicht gegeben.“[12] Und in der Tat hatte der RIAS durch seine live ausgestrahlten und sympathisierenden Kommentare und Berichte zu den Ereignissen des 17. Juni einen nicht geringen Einfluss auf die selbigen, gerade auch bezüglich der Mobilisierung der Streikenden.

Doch dies war weder von langer Hand geplant, noch zentral koordiniert worden. Darüberhinaus konnte auf der westlichen Seite bzw. bei den Westmächten kein Interesse daran bestehen, die direkte Konfrontation mit der Sowjetunion zu suchen und einen militärischen Konflikt zu provozieren bzw. zu riskieren. Dass der Volkserhebung bzw. den Protesten zuvorderst eine große Unzufriedenheit der Bevölkerung über ökonomische und soziale Missstände in der DDR zugrunde lag, entsprach da schon eher der Realität. Aber dies selbstkritisch in aller Öffentlichkeit eingestehen bzw. eine gesellschaftliche Debatte über die real existierenden (Miss-)Verhältnisse zulassen konnte und wollte die SED-Führung nicht. Vielmehr war sie nun mehr als zuvor damit beschäftigt, den eigenen

Machterhalt zu sichern. Das spiegelt sich auch in folgenden Auszügen der *Erklärung des Zentralkomitees der SED* vom 21. Juni 1953 wider: Danach sei es nun erforderlich, „den angeschlagenen Gegner entscheidend zu schlagen, die faschistischen Banden restlos zu liquidieren, die Ordnung aus eigenen Kräften auf feste Grundlagen zu stellen und die Durchführung des neuen Kurses von Partei und Regierung zu sichern.“[13]

Diesem ideologischen Weltbild der SED entspricht es, dass der erwähnte faschistische Feind bereits a priori da ist, bevor er überhaupt empirisch in Erscheinung tritt. Demnach ist der Feind „eine Denkfigur, der Feind ist denkstrukturell schon da, bevor er auftritt; die Systemstelle ist frei und kann mit wechselnden Figuren besetzt werden, kurz: es ist Wahrnehmung und Auslegung empirischer Phänomene aus der Perspektive des vorgängigen Weltbildes“[14], das von marxistisch-leninistischer Natur ist. Somit kann der 17. Juni 1953 als „Trauma der Partei gelten, als Datum, an dem die ideologischen Fiktionen der SED, etwa die Fiktion von der Einheit von Partei und Arbeiterklasse, [...] beim Versuch ihrer Realisierung demaskiert werden, kurz: als Datum, an dem die SED eine Lektion über den tatsächlichen Stand der Dinge erhält“[15].

Nicht umsonst befand sich die Partei-Führung kurz nach den Ereignissen in einem wahren Schockzustand und intern kam eine kritische Diskussion auf, wie es sie in späteren Zeiten kaum mehr geben sollte. Die Methoden zur Ausübung der Macht wurden seitdem weitaus flexibler gehandhabt und die radikale Klassenkampf-Politik maßgeblich zurückgefahren, so dass sich die Lebensverhältnisse für alle Bevölkerungsschichten zu verbessern begannen. Die Erkenntnis für die SED bestand also auch darin, dass der zuvor gefahrene radikal-ideologische Kurs nach sowjetischem Vorbild so nicht weitergeführt werden konnte. Die eben beschriebene Entwicklung wurde allerdings auch und gerade durch den vorherigen Tod von Josef Stalin am 5. März 1953 und die Politik der neuen sowjetischen Führung begünstigt. So hieß es in einem Beschluss dieser *Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik*: „Infolge der Durchführung einer fehlerhaften politischen Linie ist in der Deutschen Demokratischen Republik eine äußerst unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage entstanden ... Als Hauptursache der entstandenen Lage ist anzuerkennen, dass gemäß den Beschlüssen der Zweiten Parteikonferenz der SED, gebilligt vom Politbüro des ZK der KPdSU(B), fälschlicherweise der Kurs auf den beschleunigten Aufbau des

Sozialismus in Ostdeutschland genommen worden war ohne Vorhandensein der dafür notwendigen realen sowohl innen- als auch außenpolitischen Voraussetzungen.“[16]

Obwohl es in diesem Beitrag im wesentlichen um die Geschichtspolitik der DDR im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 ging, soll abschließend noch hinzugefügt werden, dass dieser natürlich auch im Westen all zu oft politisch instrumentalisiert bzw. in verzerrender Art gedeutet wurde. In der BRD dominierten hauptsächlich drei geschichtspolitische Bilder: Einerseits war von einer Revolution im Sinne der Französischen von 1789 mit dem Sturm auf die Bastille die Rede, andererseits von einer antitotalitären Gesinnung der Deutschen, die sich, gemäß des Widerstands am 20. Juli 1944 gegen Hitler, nun gegen die SED-Diktatoren Ulbricht, Pieck und Grotewohl auflehnten. „Das letzte dominierende Deutungsmuster [...] lautete: Der 17. Juni hat die durch den Nationalsozialismus beschädigte ‚nationale Würde‘ Deutschlands wiederhergestellt. Der Freiheitsdrang eines Teils des deutschen Volkes und sein Kampf gegen Willkür und Unmenschlichkeit kamen in den Augen vieler Westdeutschen einer geschichtlichen Ehrenrettung der gesamtdeutschen Nation gleich.“[17]

2. Fazit

Das von der SED gezeichnete geschichtspolitische Bild der Ereignisse rund um den 17. Juni 1953 eines aus dem Westen heraus geplanten und gesteuerten *faschistischen* bzw. *konterrevolutionären* Putsches entbehrt jedweder Grundlage. Vielmehr lenkte man unter Maßgabe der Ideologie des vorherrschenden marxistisch-leninistischen Weltbildes von den eigentlichen Ursachen, nämlich der sozioökonomischen Krise in der DDR, ab. Als Konsequenz aus dieser traumatischen Erfahrung entschärfte die SED-Führung ihre radikale Klassenkampf-Politik zugunsten eines flexibleren Regierungsstils. Im gleichen Atemzuge baute sie jedoch auch den eigenen Machtapparat aus und organisierte diesen straffer, um zukünftig ihre Existenz bedrohende Vorgänge wie die vom 17. Juni 1953 zu verhindern. Auch seitens der BRD waren die geschichtspolitischen Deutungen dieses Ereignisses oft ideologisch geprägt und für politische Zwecke instrumentalisiert worden.

3. Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen:

BArch, SAPMO, NY 4690/699.

BLHA, Rep. 930, Nr. 721.

Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, 8. Jg., H. 7, Juli 1953.

Flugblatt: „Erklärung des Zentralkomitees der SED: Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei“ vom 21. Juni 1953, BLH.A Rep. 930, Nr. 721.

Geschichte. Lehrbuch für die Klasse 10. Geschichtsbildprägend auch: Geschichte der SED. Ein Abriß.

Grotewohl, Regierungserklärung, 17.6.1953; BArch, SAPMO, NY 4090, Nr. 437, Bl. 16.

Referat des Genossen Staatssekretär Wollweber auf der zentralen Dienstkonferenz am 11. und 12. November 1953; BStU, ZA, BdL/Dok-6111.

Literatur:

Bahr, Egon: Zu meiner Zeit, München 1996.

Diedrich, Torsten: Waffen gegen das Volk, Der 17. Juni 1953 in der DDR, München 2003.

Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17.6.1953: Volksaufstand in der DDR, Ursachen - Abläufe - Folgen, Berlin 2003.

Mitter, Armin; Wollweber, Stefan (Hg.): Ich liebe euch doch alle, Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989, Berlin 1990.

Scheermann, Hans-Dieter: Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg, Dialog-Heft 10: Der 17. Juni 1953 in Brandenburg - 1. Teil, Brandenburg 2003.

Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Der Weg

zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948 - 1990, Darmstadt 1999.

Finke, Klaus (Hrsg.): Erinnerung an einen Aufstand. Der 17. Juni 1953 in der DDR, Oldenburg 2003.

Fußnoten:

[1] Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996, S. 95.

[2] Ebd. S. 96.

[3] Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948 - 1990, Darmstadt 1999, S. 67.

[4] Grotewohl, Regierungserklärung, 17.6.1953; BArch, SAPMO, NY 4090, Nr. 437, Bl. 16, In: Flemming, Thomas: Kein Tag der deutschen Einheit, 17. Juni 1953, Berlin 2003, S. 122.

[5] Flugblatt: „Erklärung des Zentralkomitees der SED: Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei“ vom 21. Juni 1953, BLH.A Rep. 930, Nr. 721, In: Scheermann, Hans-Dieter: Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg, Dialog-Heft 10: Der 17. Juni 1953 in Brandenburg - 1. Teil, 2003, S. 51.

[6] Referat des Genossen Staatssekretär Wollweber auf der zentralen Dienstkonferenz am 11. und 12. November 1953; BStU, ZA, BdL/Dok-6111, S. 4, In: Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17.6.1953: Volksaufstand in der DDR, Ursachen - Abläufe - Folgen, Berlin 2003, S. 252.

[7] Geschichte. Lehrbuch für die Klasse 10. Geschichtsbildprägend auch: Geschichte der SED. Ein Abriß, In: Diedrich, Torsten: Waffen gegen das Volk, Der 17. Juni 1953 in der DDR, München 2003, S. 136.

[8] Mitter, Armin; Woll, Stefan (Hg.): Ich liebe euch doch alle, Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989, Berlin 1990, S. 125.

[9] Woll, Stefan: Der Juniaufstand in der DDR - Deutung und Rezeption, In: Finke, Klaus (Hrsg.): Erinnerung an einen Aufstand. Der 17. Juni 1953 in der

DDR, Oldenburg 2003, S. 100.

[10] BLHA, Rep. 930, Nr. 721, In: Scheermann, Hans-Dieter: Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg, Dialog-Heft 10: Der 17. Juni 1953 in Brandenburg – 1. Teil, 2003, S. 52.

[11] Scheermann, Hans-Dieter: Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg, Dialog-Heft 10: Der 17. Juni 1953 in Brandenburg – 1. Teil, 2003, S. 52.

[12] Bahr, Egon: Zu meiner Zeit, München 1996, S. 80.

[13] Erklärung des Zentralkomitees der SED: Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei, In: Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, 8. Jg., H. 7, Juli 1953, S. 852.

[14] Finke, Klaus: Die Krise des SED-Sozialismus und der Juni-Aufstand 1953, In: Finke, Klaus (Hrsg.): Erinnerung an einen Aufstand. Der 17. Juni 1953 in der DDR, Oldenburg 2003, S. 38.

[15] Finke, Klaus: Die Krise des SED-Sozialismus und der Juni-Aufstand 1953, In: Finke, Klaus (Hrsg.): Erinnerung an einen Aufstand. Der 17. Juni 1953 in der DDR, Oldenburg 2003, S. 39.

[16] BArch, SAPMO, NY 4690/699 S. 79, In: Scheermann, Hans-Dieter: Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg, Dialog-Heft 10: Der 17. Juni 1953 in Brandenburg – 1. Teil, 2003, S. 11.[17] Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948 – 1990, Darmstadt 1999, S. 79.

Die Verfassung der DDR aus dem Jahre 1949

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort

2. Hauptteil

2.1 Was ebnete den Weg zur ersten DDR-Verfassung?

2.2 Verhältnis von Verfassungswirklichkeit und -theorie

3. Fazit

4. Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Vorwort

Wie kam die erste Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 zustande? In was für einem Verhältnis standen Verfassungstheorie und -wirklichkeit? Und welche Rolle spielte die SED dabei? Mit diesen Fragen setze ich mich nun folgend auseinander und werde darauf eine adäquate Antwort zu geben versuchen.

2. Hauptteil

2.1 Was ebnete den Weg zur ersten DDR-Verfassung?

In der Zeit der unverkennbaren Verschärfung des gesellschaftlichen und politischen Systemkonflikts zwischen den USA und der Sowjetunion (UdSSR) im Jahre 1946, der selbstverständlich nicht ohne Auswirkung auf die von Westmächten und UdSSR kontrollierten deutschen Besatzungszonen blieb, ist der Beginn der ostdeutschen Verfassungsdebatte anzusiedeln. Im selben Jahr legte der während des Zweiten Weltkriegs im sowjetischen Exil lebende Walter Ulbricht, der als Mitglied der KPD im Jahre 1943 in der UdSSR das *Nationalkomitee Freies Deutschland* (NKFD) mitbegründete und 1945 als Chef der nach ihm benannten *Gruppe Ulbricht* nach Deutschland zurückkehrte, wo er den durch die Sowjetunion veranlassten Zwangszusammenschluss von SPD und KPD zur *Sozialistischen Einheitspartei* (SED) maßgeblich organisierte, erste Verfassungsentwürfe der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vor. Eine wesentliche Aussage Ulbrichts mit Blick auf eine zukünftige Verfassung lautete,

dass als höchstes Staatsorgan das Parlament zu gelten habe, „in dessen Hand die Gesetzgebungsgewalt sowie die Kontrolle über die gesamte Verwaltung“[1] liegen müsse. Diese Schlussfolgerung ist offensichtlich darauf zurückzuführen, dass „die in den volksdemokratischen Staaten des sowjetischen Einflußbereiches erforderliche Planung und Lenkung der Ökonomie nur praktikabel [war], wenn die Legislative auch für die administrative Umsetzung der von ihr verabschiedeten Wirtschaftspläne kompetent war. Eine Gewaltenteilung im Sinne eines Systems von ‚checks and balances‘, bei dem Parlament und Exekutive Gegengewichte bilden sollten, hätte einen Konflikt zwischen Planvorgaben und Planerfüllung institutionalisiert.“[2] Die auf eine sowjetische Initiative zurückgehenden Entwürfe Ulbrichts trugen einen gesamtdeutschen Charakter und standen in direkter Konkurrenz zu der parallel dazu stattfindenden Verfassungsdiskussion in den Westzonen. Damit verbunden war es aus deutschlandpolitischer Perspektive die Absicht der UdSSR, den föderalen staatstheoretischen Überlegungen der USA mit einem Konzept zur Schaffung eines zentralistisch ausgerichteten deutschen Einheitsstaates entgegenzutreten.

An der Ausgestaltung der ersten Entwürfe wirkten neben Ulbricht insbesondere die SED-Parteivorsitzenden Otto Grotewohl (ehemals SPD) und Wilhelm Pieck (ehemals KPD) sowie der SED-Spitzenfunktionär Max Fechner mit. Die eigentliche „inhaltliche Arbeit leistete aber der SED-Rechtsexperte Karl Polak, der sowohl das deutsche als auch das sowjetische Rechtssystem bestens kannte. Damit besaß er ideale Voraussetzungen, um einen Verfassungsentwurf im Sinne von SMAD und SED auszuarbeiten.“[3] Doch wie war es bezüglich der ostdeutschen Verfassungsdebatte um die nationale Frage bestellt? Dazu finden wir bei Otto Grotewohl, der seit dem Jahre 1948 auch Vorsitzender des Verfassungsausschusses war, eine interessante Aussage: „Wenngleich uns auch aus dem Hitlerschen Trümmerfeld kein Staat verblieben ist, eine Nation sind wir trotz allem noch. Wir haben noch die Gemeinschaft der Sprache, des Bodens, der Wirtschaft und des Nationalcharakters.

Gewiß sind auch diese Merkmale einer Nation nicht unangetastet geblieben. Der Boden ist verkleinert, die Wirtschaft ist durch Zonengrenzen zerschnitten und der Nationalcharakter ist von vielfachen Krankheiten infiziert.“[4] Nach dem Ende des Dritten Reiches verblieb also zwar kein Staat mehr, jedoch eine Nation. Zudem lässt sich festhalten, dass die von Grotewohl erwähnten Nationsmerkmale voll und ganz mit den von Stalin definierten übereinstimmen. Und die Aussage,

dass der Boden verkleinert wäre, lässt keine andere Schlussfolgerung zu, als dass die SED bereits zu diesem Zeitpunkt die von der UdSSR 1944 geforderte Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen bereit war - was die DDR schließlich auch 1950 mit dem *Görlitzer Abkommen* besiegeln sollte. Hinsichtlich der letztendlichen DDR-Verfassungsgebung spielte das Ende 1947 als Reaktion auf die *Londoner Außenministerkonferenz* von der SED ins Leben gerufene politische Instrument der *Volkskongressbewegung* eine herausragende Rolle. Auf der Konferenz wurde deutlich, dass die Westmächte zu einer westlichen Teillösung in der Deutschlandfrage tendierten, worauf die SED mit der Einberufung des „Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden“ antwortete, der zum ersten Mal am 6. und 7. Dezember 1947 in der Deutschen Staatsoper tagte und mit dem man im Wesentlichen zweierlei Zielsetzungen verfolgte: Einerseits beabsichtigte man, die Position des sowjetischen Außenministers bei der Konferenz zu stärken, andererseits wollte man sich öffentlichkeitswirksam als parteiübergreifende und treibende Kraft für die Realisierung eines geeinten Deutschland profilieren. Jedoch scheiterte der Versuch, in den Westzonen Fuß zu fassen - nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die Besatzungsmächte in den Westzonen den Volkskongress im Laufe der Zeit schließlich verboten.

Als dann aufgrund der verfestigten Fronten zwischen Westmächten und UdSSR die besagte Außenministerkonferenz scheiterte und am 20. März 1948 der sowjetische Vertreter aus dem Alliierten Kontrollrat abzog, forcierte dies die Verfassungsgebung in den drei Westzonen und in der Ostzone. Der Volkskongress, in dem die SED - unter Erlangung einer Mehrheit der Sitze - eine führende Rolle einnahm und diese auch zu festigen verstand, indem sie u.a. politische Gegner wie die CDU sowohl zu schwächen als auch einzubinden verstand[5], wählte den ersten deutschen Volksrat, der seinerseits in seiner ersten Sitzung am 19. März 1948 sechs Fachausschüsse wählte, zu denen auch der Verfassungsausschuss gehörte. Letzterer arbeitete die erste - gesamtdeutsch ausgerichtete - Verfassung der DDR aus und legte sie dem Volksrat vor, der sie dann am 19.3.1949 beschloss. Dabei ist anzumerken, dass der „Verfassungsentwurf vom Oktober 1948 einen Kompromiss [...] zwischen den unterschiedlichen Vorstellungen von SED und Blockparteien“[6] darstellte. Herauszuheben ist desweiteren „die inhaltliche Zurückhaltung der sowjetischen Besatzungsmacht, die letztlich nur den zeitlichen Ablaufplan festlegte.“[7] Allerdings musste sich die Sowjetunion auch nicht großartig darum Sorgen machen, dass die wesentlich von der SED ausgearbeitete DDR-Verfassung zu

einer Realpolitik führen würde, die nicht im Interesse der UdSSR gewesen wäre. Denn die führenden und entscheidenden Kräfte innerhalb der SED waren ganz auf der politischen Linie der UdSSR, wofür Walter Ulbricht ein hervorragendes Beispiel abgibt.

2.2 Verhältnis von Verfassungswirklichkeit und -theorie

Zunächst einmal ist festzustellen, dass sich die DDR-Verfassung in wichtigen Passagen auffällig an der Weimarer Reichsverfassung orientierte, womit seitens der SED wohl vor allem bezweckt wurde, ein möglichst breites parteipolitisches Spektrum und insbesondere auch sozialdemokratische sowie bürgerliche Kreise aus den Westzonen anzusprechen. So ist bereits die Präambel der DDR-Verfassung von ihrem Inhalt her in weiten Teilen identisch mit der Weimarer Reichsverfassung, wenn von der Förderung von Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und gesellschaftlichem Fortschritt die Rede ist. Und im Artikel 3 heisst es u.a.: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. [...] Die Staatsgewalt muß dem Wohl des Volkes, der Freiheit, dem Frieden und dem demokratischen Fortschritt dienen. Die im öffentlichen Dienst Tätigen sind Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei.“[8] Daneben wurden auch die klassischen bürgerlichen Freiheitsrechte (Art. 6 - 14) in der Verfassung verankert, wie beispielsweise die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, die persönliche Freiheit sowie die Rede-, Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit.

Auch der sehr ausführlich gestaltete Abschnitt über *Religion und Religionsgemeinschaften* (Art. 41 - 48), der die Glaubens- und Gewissensfreiheit proklamierte, lehnte sich an die Weimarer Verfassung an. Doch gibt es ebenso erhebliche Unterschiede zwischen den beiden Verfassungen. Hervorzuheben wäre u.a. die Abkehr vom Prinzip der Gewaltenteilung, worauf ich ja bereits schon einmal zu sprechen kam. So stellte der sich für den Inhalt der Verfassung maßgeblich verantwortlich zeichnende Karl Polak als eine aus seiner Sicht zentrale Schwäche der Weimarer Verfassung heraus: „In Wahrheit war nicht die parlamentarisch verantwortliche Regierung die Spitze der Exekutive, sondern der Reichspräsident, der vom Parlament ganz unabhängig war... So mußte sich [...] die Volksvertretung, der Reichstag [...] unter die Staatsbürokratie beugen, an deren Spitze der Reichspräsident stand: den Beamtenapparat, die Ministerialmaschinerie, die Reichswehr.“[9] In dieselbe Kerbe schlug der SED-Parteivorsitzende Otto Grotewohl in seiner Rede zur Begründung der DDR-Verfassung vom 22.10.1948, als er u.a. feststellte, dass der größte Mangel der

Weimarer Verfassung war, dass das Parlament in seinen Rechten stark beschränkt und zuletzt zur vollkommenden Machtlosigkeit verurteilt war, weil die aus dem Kaiserreich vererbten alten Institutionen ebenso wie der alte Staatsapparat und die alte Wirtschaftsorganisation übernommen wurden. Aus seiner Sicht wurden bei der Ausarbeitung der DDR-Verfassung die aus der Geschichte der Weimarer Republik gezogenen Lehren berücksichtigt. Und in der Tat nahm das Parlament, respektive die Volkskammer, eine vom Papier her bedeutsame verfassungspolitische Machtstellung ein. Betrachtet man jedoch die Verfassungswirklichkeit, so präsentiert sich einem ein ganz anderes Bild.

Denn in Missachtung des Artikels 51 Absatz 1 der DDR-Verfassung, wurden die Abgeordneten der Volkskammer nicht mittels des Verhältniswahlrechts, sondern vielmehr durch das Block- und Einheitslistenwahlsystem bestimmt, nach dem „von 330 Plätzen 90 auf die SED und 120 auf die von ihr dominierten Massenorganisationen FDGB, FDJ, DFD, VVN und Kulturbund (insgesamt 63,4%) [entfielen]. CDU und LDPD erhielten je 45 (insgesamt 27,3%), NDP und DBD je 15 (insgesamt 9%) Sitze. Da alle SED-Abgeordneten nach dem Parteistatut den Beschlüssen und der Kontrolle der Parteigremien unterworfen waren, konnte sich letztlich die SED, d.h. ihre Führungsorgane den entscheidenden Einfluß auf Gesetzgebung und Exekutive sichern, ohne daß ein verfassungspolitisches Gegengewicht existiert hätte.“[10] Die Legitimierung erfuhr diese Einheitsliste aus Sicht der SED im Rahmen der am 7. Oktober 1949 gegründeten *Nationalen Front*, in der sich nach offizieller Bekundung alle patriotischen Kräfte des deutschen Volkes nach dem Vorbild der DDR für den Aufbau eines vereinten, unabhängigen und demokratischen Deutschlands engagieren sollten. Die SED nutzte dies, wie die Volkskongressbewegung schon zuvor, als politisches Instrument zur Etablierung ihrer Macht. Die rechtliche und gesellschaftspolitische Stellung der Volkskammer war demnach nicht sehr bedeutend. Und was Ulbricht und Polak an der Weimarer Republik einst kritisierten, dass sich nämlich das Parlament der Staatsbürokratie unterordnen musste, tritt genau jetzt ein, wo die SED nach und nach eine Einparteienherrschaft etablierte und oppositionelle Kräfte ausschaltete. Für Letzteres war der SED insbesondere Artikel 6 der DDR-Verfassung sehr zweckdienlich.

Auf Basis der wenig aussagekräftigen Allgemeinformel, dass u.a. „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen [...] und [...]“

Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, [...] Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches“[11] sind, wurden unter entsprechender Auslegung in der Folgezeit politische Gegner strafrechtlich verfolgt. Gleichzeitig war die Durchsetzung der in der Verfassung zugesagten Grundrechte durch den Einzelnen nicht möglich, was durch die Staatsstruktur bedingt war, in der sich die Rechtsprechung mangels der fehlenden Gewaltenteilung der Volkskammer unterzuordnen hatte: Nach Artikel 130 Absatz 2 und Artikel 131 wurden von ihr die Richter des Obersten Gerichtshofes, der anderen Obergerichte, der oberste Staatsanwalt und die Laienrichter nicht nur gewählt, sondern konnten gemäß Artikel 132 ebenso von ihr wieder abberufen werden. Zudem gab es keinen Staatsgerichtshof oder ein Verfassungsgericht und der Artikel 89 verbot Richtern die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen, was nach Artikel 66 Absatz 3 und 7 ebenfalls alleinige Aufgabe der Volkskammer war. Bezüglich der nationalen Frage erhob die DDR-Verfassung einen gesamtdeutschen Geltungsanspruch, was u.a. aus dem Artikel 1 hervorging, wo es heisst: „(1) Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. (2) Die Republik entscheidet alle Angelegenheiten, die für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit wesentlich sind; alle übrigen Angelegenheiten werden von den Ländern selbständig entschieden. [...] (4) Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.“[12]

Der sich aus diesen Passagen ergebende gesamtdeutsche Alleinvertretungsanspruch lässt sich ebenso in der Präambel des am 24. Mai 1949 in Kraft getretenen Grundgesetzes der BRD finden. Beide Seiten reklamierten für sich eine Art Kernstaatsfunktion für ein künftiges Gesamtdeutschland. Doch so glaubhaft die in der DDR-Verfassung verankerte Absicht, für Gesamtdeutschland zu gelten, zum damaligen Zeitpunkt auch gewesen sein mag, wurde sie vor allem durch den hereinbrechenden Kalten Krieg bzw. die internationale Ost-West-Blockbildung vereitelt. Gleichwohl muss man sich immer wieder vergegenwärtigen, dass die erste DDR-Verfassung auch und gerade den Zweck für die sie maßgeblich entworfene SED zu erfüllen hatte, zunächst einmal eine parteiübergreifende Akzeptanz zu finden, um sich als führende politische Kraft zumindest in der SBZ profilieren und festigen zu können. Daher stellt die erste DDR-Verfassung einen Kompromisscharakter dar und beinhaltet noch nicht die vollen gesellschaftspolitischen Absichten der SED, die vor allem von kommunistischer Natur waren. Wobei Letzteres auch schon in der DDR-

Verfassung von 1949 zur Geltung kam, wenn man sich, neben der fehlenden Gewaltenteilung, die verfassungsgemäßen Aussagen über die Rolle des Eigentums näher ansieht. Zwar wurde laut Artikel 22 das Eigentum grundsätzlich von der Verfassung gewährleistet, jedoch regelte Artikel 24 die sogenannte Bodenreform, nach der u.a. alle „privaten Monopolorganisationen, wie Kartelle, Syndikate, Konzerne, Trusts und ähnliche auf Gewinnsteigerung durch Produktions-, Preis- und Absatzregelung gerichtete private Organisationen [...] aufgehoben und verboten“[13] werden sollten. Somit wurden Enteignungen legitimiert und die Masse der Produktionsmittel dem Staat unterstellt.

3. Schlussbemerkung

Obwohl die Verfassung der DDR aus dem Jahre 1949 einen Kompromisscharakter zwischen der SED und den späteren Blockparteien, wie CDU und LDPD, trug, die an der Verfassungsdiskussion beteiligt waren, da es zu den obersten Maximen der SED gehörte, die bürgerlichen Parteien miteinzubeziehen, gelang es der SED, die Verfassung in zentralen Punkten in ihrem Sinne zu gestalten, z. B. bezüglich der fehlenden Gewaltenteilung. Die einen gesamtdeutschen Charakter tragende DDR-Verfassung nahm zwar vom Papier her für sich in Anspruch, demokratisch zu sein, vielmehr stellte sie jedoch eine demokratische Fassade dar, hinter der die SED nach und nach ihre bürokratisch-diktatorische Macht aufbaute. Summa summarum lässt sich resümieren, dass es in der Verfassungsrealität keine freie Wahlen gab, die Grundrechte des Einzelnen nicht einklagbar waren und nicht das gemäß der Verfassung höchste Organ im Staate, nämlich die Volkskammer, die politische Macht und Entscheidungsgewalt in ihren Händen hielt, sondern allein die SED.

4. Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen:

Die Verfassung vom 7. Oktober 1949, in: Hildebrandt, Horst: Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts, 11., ergänzte Aufl., Paderborn 1979, S. 197-234. Grotewohl, Otto: Im Kampf um unsere Zukunft, in: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus 3/1946.

Polak, Karl: Gewaltenteilung, Menschenrechte, Rechtsstaat. Begriffsformalismus und Demokratie, zur Kritik der Weimarer Verfassung, in: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus 7/1946.

Ulbricht, Walter: Strategie und Taktik der SED, in: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus 5/1946.

Literatur:

Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996.

Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt am Main 1992. Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2006.

Fußnoten:

[1] Ulbricht, Walter: Strategie und Taktik der SED, in: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus 5/1946, S. 263.

[2] Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996, S. 72.

[3] Hoffmann, Dierk: Rezension von: Amos, Heike: Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone / DDR 1946-1949. Darstellung und Dokumentation, Münster / Hamburg / Berlin / London: LIT 2006, in: sehepunkte 7 (2007), Nr. 1 [15.01.2007], URL: <http://www.sehepunkte.de/2007/01/10503.html>(1.5.07).

[4] Grotewohl, Otto: Im Kampf um unsere Zukunft, in: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus 3/1946, S. 135.

[5] Anm.: Erinnert sei hier nur an die Zwangsvereinigung mit der SPD und die Absetzung der CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer durch die SMAD wegen ihrer ablehnenden Haltung zum Volkskongress.

[6] Hoffmann, Dierk: Rezension von: Amos, Heike: Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone / DDR 1946-1949. Darstellung und Dokumentation, Münster / Hamburg / Berlin / London: LIT 2006, in: sehepunkte 7 (2007), Nr. 1 [15.01.2007], URL: <http://www.sehepunkte.de/2007/01/10503.html>(1.5.07).

[7] Ebd. (Datum: 1.5.07).

[8] Die Verfassung vom 7. Oktober 1949, in: Hildebrandt, Horst: Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts, 11., ergänzte Aufl., Paderborn 1979, S. 197-198.

[9] Polak, Karl: Gewaltenteilung, Menschenrechte, Rechtsstaat. Begriffsformalismus und Demokratie, zur Kritik der Weimarer Verfassung, in: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus 7/1946, S. 392.

[10] Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996, S. 72-73.

[11] Die Verfassung vom 7. Oktober 1949, in: Hildebrandt, Horst: Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts, 11., ergänzte Aufl., Paderborn 1979, S. 198-199.

[12] Die Verfassung vom 7. Oktober 1949, in: Hildebrandt, Horst: Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts, 11., ergänzte Aufl., Paderborn 1979, S. 197.

[13] Ebd. S. 203.